

Solidarische und kooperative Projekte im Griechenland der Krise beschreibt Lisa Mittendrein in einem Buch von AG-SPAK. Wir veröffentlichen Appetithappen, die Lust machen weiter zu lesen.

Seite 3

In Stuttgart findet vom 31. Januar bis zum 2. Februar das Eine-Welt-Festival Stuttgart Open Fair statt. Zu Gast sind Referent\_innen aus aller Welt, so auch aus Brasilien und Ägypten.

Seite 3

Bei einer Demonstration gegen Gentrifizierung und für Flüchtlingsrechte kam es am 21.12. zu massiven Übergriffen der Polizei, die linken AktivistInnen wurden jedoch kriminalisiert. Die Artikel machen sichtbar, was derzeit wirklich geschieht.

Seite 4-5

Das studentische Kollektiv organisiert Blackjack und Poker, gespielt wird mit Schokochips. Mitarbeiter\_innen der Ausländerbehörde werden gegebenenfalls vor die Tür gesetzt.

Seite 6

Wie genossenschaftliches Engagement perspektivisch noch stärker alten und kranken Menschen zugute kommen kann. Aktivist\_innen der Genossenschaftsbewegung entwickeln neue Ansätze.

Seite 7

Das „Wesenskernspiel“ von Christine Jung ist inspiriert von der „Neuen Arbeit“. Es bringt die MitspielerInnen auf die Spur ihrer Neigungen und Herzenswünsche.

Seite 8

Wie indigene Ansätze und Praxen des Buen Vivir in Bolivien und Ecuador verankert und gesellschaftlich umgesetzt werden. Auch Möglichkeiten der Vergesellschaftung in Europa werden in diesem Beitrag thematisiert.

Seite 9

KRIEG UM DIE KÖPFE

# Initiativen für Zivilklauseln an deutschen Hochschulen

„Military Studies“, „Sonderforschungsbereich 700“, „Netzwerk Interventionskultur“ – die Militarisierung der deutschen Hochschullandschaft in Forschung und Lehre hat viele Facetten. Der Widerstand dagegen auch. Einige Schlaglichter werden im Folgenden darauf gerichtet. Den Rahmen dafür bildet eine deutsch-europäische Politik, die „uns“ weltweite Zugriffsrechte auf Waren, Rohstoffe und Märkte anmaßt – durchaus auch mit militärischen Mitteln – und zugleich die Flüchtenden aus den betroffenen Ländern des Südens abwehrt.

VON ARIANE DETTLOFF, REDAKTION KÖLN • Eine Zivilklausel an deutschen Universitäten? Keine Forschung mit Drittmitteln vom Militär? Der Kieler Professor und Politologe Joachim Krause hält gar nichts davon. Für ihn sind die Interventionskriege der Bundeswehr Friedensmissionen: „Die oft zitierte Friedensorientierung des Grundgesetzes ist keinesfalls – das haben Verfassungsgericht und Bundestag wiederholt festgestellt – ein Plädoyer für radikalen Pazifismus und Entmilitarisierung, sondern für aktive Mitwirkung Deutschlands an internationalen Bemühungen der Friedenswahrung.“ Krause ist einer derjenigen deutschen Professoren, die erhebliche Mittel für ihre Forschungen von der Bundeswehr beziehen. Er möchte die bestehenden Zivilklauseln abschaffen und neue verhindern.

An 14 deutschen Hochschulen gibt es bereits eine „Zivil-“ oder „Friedensklausel“, durchgesetzt von überwiegend studentischen Initiativen. Der Unterschied zwischen beiden: Mit einer „Friedensklausel“ wird immer wieder von Interessenvertretern auch Militärforschung gerechtfertigt, dienen doch ihrer Ansicht nach die Auslandseinsätze der Bundeswehr dem Frieden. Eine „Zivilklausel“ dagegen wendet sich gegen jede Zusammenarbeit mit dem Militär und dessen Institutionen. Und ohne Offenlegungspflicht bleiben beide Varianten „Papiertiger“.

An der Universität Tübingen gibt es seit 2009 eine durch die Bildungstreikbewegung erkämpfte „Friedens- und Nachhaltigkeitsklausel“. Dennoch wurde 2012 eine Honorarprofessur für Wolfgang Ischinger eingerichtet. Ischinger veranstaltet jährlich die Münchener „Sicherheitskonferenz“, eine Drehscheibe für internationale Akteure der Kriegspolitik und Kriegsindustrie, die auch in diesem Februar wohl wieder starken Protest der Friedens- und antimilitaristischen Bewegung hervorrufen wird.

Die Zivilklauselbewegung wird dabei sein. Sie hat sich mittlerweile gut vernetzt. Im Zusammenhang



Fotos: Giovanni Lo Curto

„Lernen für den Frieden“ arbeitet sie gemeinsam mit der Initiative „Schule ohne Bundeswehr“ für eine militärfreie Bildung. Dieser „Contraste“-Ausgabe liegt ihre Unterschriftenliste bei, die der Kultusministerkonferenz übergeben werden soll.

Im November 2013 kam zutage, dass deutsche Hochschulen sogar für das Pentagon tätig sind. Infolge niedriger Grundfinanzierung und Lehrstuhlstreichungen nimmt manche Uni eben gerne eine „Finanzspritze“ an.

Die Debatte um Zivilklauseln ist nicht nur an den Hochschulen, sondern auch in der Öffentlichkeit heftiger denn je entbrannt.

Unser Contraste-Schwerpunkt stellt vor allem selbstorganisierte Gruppen der Zivilklauselbewegung und deren Kämpfe vor. Initiativen dafür haben sich an einigen Dutzend Hochschulstandorten gebildet. Über Motivation, Organisation und Aktivitäten verschiedener Initiativen berichten die Contraste-Autor\_innen ebenso wie über Schwierigkeiten, Widerstände und Hürden. So bekam die Whistleblowerin Irma Kreiten bei ihrer Arbeit im „Sonderforschungsbereich „Kriegserfahrungen“ an

der Universität Tübingen es mit Behinderungen und Eingriffen zu tun, die sie als Mobbing bezeichnet. Eine schwere Stresserkrankung war für die Historikerin und Ethnologin die Folge.

Das Verteidigungsministerium hat 2013 rund 4,8 Millionen Euro für Forschungsprojekte an Hochschulen ausgegeben und schafft so einen finanziellen Anreiz für die Bildungsstätten. Der Protest gegen die Militarisierung der Universitäten und wissenschaftlichen Institute aber wächst. An der Humboldt-Universität in Berlin konnte Bundesverteidigungsminister Thomas de Maiziere im vergangenen April seine Rede nicht halten: Zwischenrufe des Publikums wie: „Noch ein Krieg!“ und lautstarke „Buhs“ übertönten schon die Ankündigung seines Auftritts durch den Uni-Präsidenten.

2014 jährt sich zum 100. Mal der Beginn des Ersten Weltkriegs. An seinem Ende stand eine Zivilklausel. Artikel 177 des Friedensvertrags von Versailles hatte für Deutschland bestimmt: „Erziehungsanstalten, Universitäten (...) dürfen sich mit keinerlei militärischen Dingen beschäftigen.“ • <http://www.contraste.org> Seite 11-14

INITIATIVEN GEGEN OBdachLOSIGKEIT UND DISKRIMINIERUNG

## „Das ist Gentrifizierung in Reinkultur“

VON ANNE SEECK/REDAKTION BERLIN • Viele reden von Gentrifizierung in Berlin, diese kann in die Obdachlosigkeit führen.

Hilfe bietet in dem Fall zum Beispiel mob e.V. Die Anlaufstelle für Obdachlose in Berlin „mob e.V.“ sucht noch Räume für die Notunterkunft. Ihr wurde das Haus an der Prenzlauer Allee gekündigt, das sie mit viel Engagement, Spendengeld und ehrenamtlichen Helfern ausgebaut hatte. Die Vermieterin begründete die Kündigung mit der veränderten Wohnsituation im Kiez. Ein Objekt dieser Art sei im Prenzlauer Berg nicht mehr zu halten. „Das ist Gentrifizierung in Reinkultur“, sagte der Chefredakteur des strassenfegers. Betroffen von dieser Maßnahme sind die Redaktion der Obdachlosenzeitung strassenfeger, das Kaffee Bankrott, das Sozialkaufhaus Trödelpoint, die Beratungsstellen der Frostschutzengel und Pankows einzige Notunterkunft. Letztere ist nun gefährdet. Für die anderen Einrichtungen konnten Räume gefunden werden. <http://www.strassenfeger.org/>

Seit 1996 gibt es im Berliner Mehringhof auch diesen Winter vom 31.10.2013-27.3.2014 einen Kälteschutz, das heißt Obdachlose können dort jeden Donnerstag von 21-9 Uhr im

Versammlungsraum übernachten. Das Projekt ist selbstorganisiert, und lebt von der Unterstützung ehrenamtlicher HelferInnen. Es werden immer HelferInnen gesucht! <http://www.mehringhof.de/>

Da muss ich mitten in der Vorweihnachtszeit und dem allgemeinen Konsumrausch an zwei Wohnungslose denken, die ich kenne. Der eine wohnt in einem Obdachlosenheim, der andere auf einem Dachboden. Beide hatten es „etwas schleifen lassen“ und wurden in Berlin-Neukölln zwangsgeräumt. Inzwischen gibt es Menschen, die sich gegen eine Zwangsäumung wehren und ihren Fall öffentlich machen, so die Familie Gübel und zwei behinderte Frauen: Frau Cengiz sowie Rosemarie F, die nach ihrer Räumung verstarb. <http://zwangsraeumungsverhindern.blogspot.de/>

Die beiden Wohnungslosen haben noch ein Dach über dem Kopf, Obdachlose auf der Straße werden dagegen oft Opfer von Gewalt. Vor kurzem las ich das 2013 im Unrastverlag erschienene Buch „Obdachlosenhass und Sozialdarwinismus“ von Lucius Teidelbaum. Hier nur ein Beispiel, das der Autor benennt: Nachdem am 19. März 1992 am Flensburger Hafen

(Schleswig-Holstein) der 21jährige Nazi-Skinhead Sascha D. „Ausländer raus“ gerufen hatte, gab sich ihm der Obdachlose Ingo Finnm (31 oder 32) als Sinto zu erkennen. Er wurde von dem Täter ins Hafenbecken gestoßen und ertrank. In Berlin gibt es zwei Initiativen zum Gedenken an Günter Schwannecke (<http://guenterschwannecke.blogspot.eu/>) und Dieter Eich. (<http://niemandistvergessen.blogspot.eu/>)

Zudem werden Obdachlose häufig aus Bahnhöfen und dem öffentlichen Nahverkehr verdrängt. Dabei arbeiten sie in diesen oft. Sie betteln, sammeln Pfandflaschen, musizieren, erfragen und verkaufen entwertete Fahrkarten, verkaufen Obdachlosenzeitungen. Die Verdrängung setzte vor allem mit der Privatisierungswelle in den 1990er Jahren ein, zudem gab es neue gesetzliche Regelungen wie „Straßensatzungen“. Es war auch ein Anstieg von Beschäftigten im privaten Sicherheitsgewerbe und der Videoüberwachung zu verzeichnen. Den Rest erledigte die architektonische Gestaltung von Räumen (z.B. Sitzschalen statt Bänke, abgeschaffte kostenfreie Toiletten). Jan Markowsky, ehemaliger Obdachloser und strassenfeger-Redakteur, sagte: „Verdrängung aus dem innerstädtischen Raum ist schon passiert. Das ist Vergangenheit.“

Und noch ein Tipp für Obdachlose und Arme: <http://www.gitschiner15.de/> •

D 8008

BREAKING NEWS: ++ BUKO ++  
BRAUCHT SPENDEN ++ !!! ++  
FÜR ++ RADIKAL ++  
GLOBAL ++ DENKEN ++  
HANDELN ++ !!!



Konto: Verein zur Förderung  
entwicklungspädagogischer Zusammenarbeit  
Bank: Ex. Darlehensgenossenschaft Kiel  
BLZ: 210 602 37, Kto.: 234 389

WWW.BUKO.INFO

Anzeige

## EDITORIAL

## CONTRASTE in der digitalen Welt

Liebe Leserinnen und Leser,

wir haben eine neue Website online gestellt. Unter der bekannten Adresse [www.contraste.org](http://www.contraste.org) findet Ihr nun das neue digitale Gesicht der CONTRASTE.

Allerdings wirkt dieses Gesicht nicht so neu, wie sich das vielleicht die eine oder der andere gewünscht hätte. Denn auf dem Sommerplenum 2013 hatten wir verabredet, dass die Website der Zeitung ähnlich sehen soll. Das haben wir nun als ersten Schritt versucht, umzusetzen. Eine Arbeitsgruppe entwirft derzeit ein neues Gesamtlayout. Beim diesjährigen Sommerplenum möchten wir uns auf einen Entwurf einigen, und zum 30. Geburtstag von CONTRASTE im Oktober diesen Jahres Zeitung und Website neu gestalten.

Nachdem Dieter im März 2013 gestorben war, gab es niemand, die oder der die alte Website richtig bedienen konnte, die noch mit Frontpage gebaut war (an dieser Stelle herzlichen Dank an unseren treuen Abonnenten Michael Salbinger, der im Sommer die notdürftigsten Aktualisierungen gemacht hat!). Es war nun klar, dass wir eine neue Website brauchen. Vadim, Heiko und Steffen von der kleinen Genossenschaft netz.coop haben sie nun in typo3 gebaut und das gesamte Hosting übernommen.

Nachdem das technische Problem gelöst ist, stellen sich inhaltliche Fragen. Was wird zum Beispiel aus den Bunten Seiten, unserem Adressverzeichnis selbstverwalteter Betriebe und Projekte? Es ist uns schon seit einiger Zeit nicht mehr gelungen, diese Sammlung aktuell zu halten. Immer wieder erreichen uns Mails von Projekten, die ihre Daten ändern oder neu eingetragen werden möchten. Die Angaben im Archiv der alten Website werden wir nicht mehr aktualisieren, sie stehen aber zur Dokumentation weiter zur Verfügung. Wir arbeiten daran, uns ein Konzept für eine Überarbeitung und Neuveröffentlichung der Datensammlung zu überlegen. Auch unsere CD mit den Bunten Seiten und dem Archiv können wir derzeit nicht aktualisieren und vertreiben sie darum nicht mehr.

Eine ganz große Frage ist, wie viele Artikel wir zukünftig online stellen möchten. Da gibt es ganz unterschiedliche Auffassungen. Manche fürchten, dass wir Abos verlieren könnten, wenn wir zu viele Texte im Internet veröffentlichen, und dass damit unsere Existenz gefährdet wäre. Andere wünschen sich, dass möglichst alles auch online gelesen werden kann, und vertrauen darauf, dass CONTRASTE dann so bekannt wird, dass auch wieder neue Abos reinkommen. Auf dem Sommerplenum wollen wir beschließen, wie wir damit umgehen.

Wir haben nun auch \*@contraste.org-Mailadressen eingerichtet und unsere Mailinglisten laufen auf dem Server von netz.coop. Wer sich also in die öffentliche CONTRASTE-Mailingliste eintragen möchte, findet sie nun hier:

☞ <http://lists.contraste.org/cgi-bin/mailman/listinfo/contraste-liste>

Die alte yahoo-Liste bleibt als Archiv erhalten und kann hier eingesehen werden:

☞ <http://de.groups.yahoo.com/neo/groups/contraste-list/info>

*Elisabeth Vof und Steffen Neumann*

## Statt elis.corner

## Klarstellung der Redaktion zur Dezember-Ausgabe

In der Ankündigung des Beitrags elis.corner in CONTRASTE 351, Dezember 2013, ist uns leider ein sinnenstehender Fehler unterlaufen, für den wir uns entschuldigen. Wir hatten auf Seite 1 geschrieben „Nach der Freilassung Gustl Mollath, wartet er weiter auf die für ihn gespendeten Gelder.“ Die Intention des Beitrags war jedoch genau umgekehrt, er kritisierte die Konstruktion eines Spendenskandals. So lautete der letzte Satz von elis.corner: „Es ist höchste Zeit, statt in vermeintlichen Spendenskandalen zu wühlen, diesem Bankenskandal die erforderliche öffentliche Aufmerksamkeit zuteil werden zu lassen.“

Wegen dem angeblichen Spendenskandal hatte Rechtsanwalt Gerhard Strate im Auftrag von Gustl Mollath Anzeige wegen Steuerhinterziehung gegen Fritz Letsch erstattet. Die Staatsanwaltschaft München hat dieses Verfahren am 30.12.2013 eingestellt.

Ergänzend zum elis.corner-Beitrag vom Dezember hier noch einige Erläuterungen zum besseren Verständnis.

## Erläuterungen zum Fall Mollath – Ergänzung zu elis.corner in CONTRASTE 351, Dezember 2013

VON ELISABETH VOSS, REDAKTION SOLIDARISCHE ÖKONOMIE ● Am 6. August 2013 wurde Gustl Mollath nach 7 Jahren aus der forensischen Psychiatrie des Bezirkskrankenhauses Bayreuth entlassen. 2006 war er vom Vorwurf, seine Frau misshandelt und Autoreifen aufgestochen zu haben, freigesprochen worden – aufgrund fehlender Schuldfähigkeit. Wegen angeblich besonderer Gefährlichkeit kam er in die Psychiatrie.

Mollaths Frau Petra, die sich 2002 von ihm trennte und heute als Geistheilerin arbeitet, war damals Anlageberaterin bei der HypoVereinsbank. Mollath erstattete 2003 Anzeige und wies nach, dass sie für ihren Arbeitgeber Schwarzgeldgeschäfte abgewickelt und Gelder von KundInnen in die Schweiz transferiert hatte. Seinen Anzeigen wurde nicht nachgegangen, jedoch wurde seine Frau von der Bank entlassen. Erst im November 2012 erfuhr die Öffentlichkeit, dass ein Revisionsbericht der HypoVereinsbank bereits 2003 festgestellt hatte: „Die Anschuldigungen des Herrn Mollath klingen in Teilbereichen zwar etwas diffus, unzweifelhaft besitzt er jedoch 'Insiderwissen'. Alle nachprüfbar behauptungen haben sich als zutreffend herausgestellt.“

Mollaths damalige Anwältin Erika Lorenz-Löblein betonte im Interview mit Radio Lora im Sommer 2013, dass das Bayerische Finanzministerium schon 2003 von dem Revisionsbericht der HypoVereinsbank gewusst haben muss, der Mollaths Anschuldigungen bestätigte, weil MitarbeiterInnen in den Gremien der Bank vertreten waren. Sie berichtete außerdem, dass Mollath im Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtags im Sommer 2013 darauf hinwies, dass der Revisionsbe-

richt der Bank von 2003 nicht vollständig sei, wer alles wissen wolle, solle Martin Maske fragen. Maske ist der neue Ehemann von Mollaths früherer Frau. Er wird in Internetforen als „Mann im Hintergrund“ benannt. Früher war Maske Bankdirektor der Hypo Real Estate, einer Tochtergesellschaft der HypoVereinsbank für das Immobiliengeschäft. Diese wurde 2009 verstaatlicht und als systemrelevantes Institut mit mehr als 100 Milliarden Euro aus dem Finanzmarktstabilisierungsfonds gestützt.

In einer Pressemitteilung vom 2. April 2002 schrieb der NDR in der Ankündigung seines Dokumentarfilms „Die Immobilienfalle“: „Anfang der 90er-Jahre hatte die damalige Hypobank mithilfe offensichtlich speziell geschulter Vertriebsleute Steuerspar-Wohnungen und die zum Kauf nötigen Kredite unter die Leute gebracht. Die versprochenen Renditen wurden selten erzielt, die gegebenen Mietgarantien so gut wie nie erfüllt. Nun liefern viele Geschädigte fast ihr gesamtes Einkommen an die Bank ab. Mindestens fünf Betroffene sollen Selbstmord begangen haben.“ Die HypoVereinsbank rühmt sich ihrer strategischen Partnerschaft mit dem FC Bayern München. Dessen Präsident Uli Hoeneß warb für die Bank mit Anlageratschlägen: „Wo Geld sich jetzt wohlfühlt“ – bevor er wegen Steuerhinterziehung vor Gericht musste. Die Bank ist international tätig, so dass davon ausgegangen werden muss, dass ihre unsauberen Geschäfte ebenfalls internationale Auswirkungen haben. Das Insiderwissen von Gustl Mollath könnte eine wichtige Rolle dabei spielen, dies aufzuklären. ●

## SPENDEN-UND ABOZÄHLER

Liebe SpenderInnen und Spender,

viele von Euch sind unserem Aufruf um weitere Spenden gefolgt. Es sind 1503,65 Euro zusammen gekommen, einen großen Dank. So können wir weitere Schulden abbauen und neue Rechnungen bezahlen. Einen großen Dank an euch für Eure Unterstützung. Danken wollen wir auch unseren AbonnentInnen und FörderInnen, die durch ihre regelmäßigen Beiträge uns kontinuierlich unterstützen.

Eure CONTRASTE - RedakteurInnen

H.L. 3,50	N.N. 100,00
U.W. 225,00	U.B. 100,00
W.H. 15,00	E.-H. V. 15,00
A.T. 8,00	A.B. 13,00
M.W. 38,00	J.H. 50,00
R.S. 8,00	N.K. 50,00
N.N. 55,00	T.K. 100,00
W.J. 50,00	C.+H. M. 75,00
N.N. 50,00	N.K.J. S. 25,00
Ariane Dettloff, Köln 20,00	E.V. 100,00
A.S. 50,00	W.C. 255,65
M.H. 50,00	K.-H. B. 27,50
J.C. 50,00	

## DER POLITISCHE KRIMI

## Mord an der Grenze

Für Anspruchsvolle, die mehr als die Bildzeitung wollen – Alle drei Monate in CONTRASTE.

VON ROMAN SCHWEIDLENKA ● Für mich einer der besten politischen Krimis der letzten Jahre. Die Bühne des Geschehens ist brutale Realität: Die österreichische – tschechische Grenze im Waldviertel, brutale Schlepperbanden schleusen erschöpfte Flüchtlinge, denen sie vorher ihr Geld abgeknöpft haben, nach Österreich. Die Grenzpolizei streift ebenfalls durch den Wald, manchmal greifen sie die verzweifelten Illegalen auf. Bei einer dieser Aktionen vergewaltigt ein Polizist eine junge Flüchtlingsfrau und bringt sie anschließend, in Panik geraten, um.

Der Autor zeichnet das interessante Psychogramm des Mörders: Ein korrekter Beamter, ein Aushängeschild für Zucht und Ordnung, daheim von einer kranken, tyrannischen Mutter und einer seitensprungfreudigen Ehefrau gequält, dessen einzige Erholung im Pilze suchen besteht. Nach dem Mord versucht der Beamte, alle Spuren zu verwischen, den Mord zu vertuschen. Während seine Kollegen und die osteuropäischen Verwandten der Vermissten aktiv werden, gestaltet es sich für den Mörder immer schwieriger, den Verdacht von sich abzulenken. Die Rivalität mit einem konkurrierenden Kollegen eskaliert. Immer schneller dreht sich die Spirale der Angst in dem Polizisten, der vom Jäger zum Gejagten geworden ist, während sich die Enge des Waldviertler Dorfes immer fester um ihn schließt. Am Ende der packenden Story wird er als bedauerlicher Einzelfall gebranntmarkt; als ein Sonderling, der immer schon suspekt war ... ●

Ernest Zederbauer: Mord an der Grenze, Molden Verlag, Wien 2013



## Change of Address !

## Neue Adresse oder Bankverbindung?

Leider erreichen uns immer wieder Reklamationen von Leuten, die CONTRASTE trotz Nachsendeauftrag nicht mehr erhalten. Der Postzeitungsvertrieb ist nicht Bestandteil des Nachsendeauftrags, wir erfahren auch nicht, dass die Zeitung nicht zustellbar ist. Die Zustellerin entsorgt diese Monat für Monat, bis sich unsere LeserIn mit einer neuen Anschrift meldet. Deshalb ist es wichtig, uns bei eurem Umzug sofort eure neue Anschrift mitzuteilen! TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren bitten wir bei der Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht, damit die bei einer geplatzten Lastschrift anfallenden Bankgebühren vermieden werden können. Die beteiligten Banken belasten unser Konto mit Gebühren in Höhe von mindestens 5,50 €.

NEU:  
Änderungen bitte an: [abos@contraste.org](mailto:abos@contraste.org) senden.

SCHNUPPERABO!!  
3 AUSGABEN FÜR NUR 5 EURO

Online-Bestellung unter:

[www.contraste.org](http://www.contraste.org)

oder einfach das Geld, in Form von Briefmarken oder einem Schein, mit Anschrift und Stichwort „Schnupperabo“ an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Lieferungen ins europäische Ausland kosten 10 Euro. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus.

## SPENDEN FÜR CONTRASTE

Contraste e.V.  
Kontonummer: 515 124 05  
BLZ 508 900 00  
Volksbank Darmstadt eG

IBAN DE02508900000051512405  
BIC GENODEFIVBD

## JETZT CONTRASTE FÖRDERN!

- Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname

Straße

Wohnort

Datum Abo-Nr:

Unterschrift

Coupon ausschneiden und einsenden an:

CONTRASTE e.V.  
Postfach 10 45 20  
D-69035 Heidelberg



## GRIECHENLAND: NEUE ANSÄTZE SOLIDARISCHER ÖKONOMIE

## Solidarität ist alles, was uns bleibt

Die griechische Krise bedeutet nicht nur massiv steigende Arbeitslosigkeit und Armut für den größten Teil der Bevölkerung, sondern auch breiter Widerstand gegen die herrschende Austeritätspolitik. Die Autorin des aktuellen Buchs „Solidarität ist alles, was uns bleibt“ (vgl. Kasten) besucht Griechenland regelmäßig und untersucht die neu entstandenen und vielfältigen Projekte Solidarischer Ökonomie. Wir dokumentieren das leicht überarbeitete Schlusskapitel aus dem Buch.

VON LISA MITTENDREIN ● Griechenland befindet sich derzeit in einer erschreckenden ökonomischen, politischen und sozialen Situation. Unternehmensschließungen, Entlassungen, Lohnkürzungen, Privatisierungen, die Streichung öffentlicher Leistungen und unzählige Steuererhöhungen sind nur einige der vielen Elemente von Krise und Austeritätspolitik, mit denen die GriechInnen tagtäglich zu kämpfen haben. Die Folgen dieser Politik wurden bereits beschrieben: Arbeitslosigkeit, Armut, gesellschaftliche Desintegration und verstärkter Zulauf zu rechtsextremen Ideologien sind nur einige der Folgen.

All diese Entwicklungen und Ereignisse versetzen solidarische BeobachterInnen in Sorge, erregen Mitgefühl und oft auch Wut. Zwei Dinge machen jedoch noch Mut: der große Widerstand der sozialen Bewegungen gegen die destruktive Krisenpolitik und das Wachstum der Solidarischen Ökonomie.

## Neue Bewegungen

Griechenland erlebt in dieser furchtbaren Krisensituation gerade das Aufleben einer neuen Bewegung Solidarischer Ökonomie. Quer durchs Land entstehen fast täglich neue Tauschkreise, Gemeinschaftsgärten, Alternativwährungen, kooperative Läden, soziale Zentren, Umsonstläden, selbstverwaltete Cafés und viele andere Arten von Projekten. Ich habe vor Beginn der Arbeit am Buch gehofft, in Griechenland spannende Projekte kennenzulernen – wie inspirierend viele Initiativen und AkteurInnen es sind, hat jedoch selbst mich überrascht. Die Solidarische Ökonomie Griechenlands ist in vieler Hinsicht besonders, ihre Eigenschaften, Formen, Dynamiken und Potenziale sind beeindruckend. Einige Aspekte treten jedoch als bemerkenswert hervor: Nicht nur ist das Feld der Solidarischen Ökonomie bunt und vielfältig,



▲ Demonstration 2012 in Patras: „Die einzige Lösung: Revolution – Für eine Welt mit Gleichheit, Solidarität und Frieden“

Foto: AG SPAK - Bücher

dies trifft auch auf die einzelnen Projekte zu. In fast allen von mir besuchten Initiativen finden nicht nur eine oder zwei Aktivitäten statt, sondern viele verschiedene. So wird im Gemeinschaftsgarten nicht nur Gemüse angepflanzt, sondern die Mitglieder versuchen mit ihrer Tätigkeit auch, Menschen in Not zu unterstützen.

Daneben betreiben sie Informationsarbeit zur biologischen Landwirtschaft und Selbstversorgung und setzen sich für den Erhalt und Ausbau öffentlicher Räume ein. Ein anderes Projekt beginnt wiederum als Alternativwährung, eröffnet ein Gemeinschaftszentrum mit Tauschbasar, macht Öffentlichkeitsarbeit und plant den selbstorganisierten Anbau von Obst und Gemüse. Die verschiedenen Projekte entstehen oft aus einer konkreten Idee, reagieren auf die Wünsche des Umfelds, wandeln sich aber rasch und erweitern ihre Tätigkeitsbereiche.

Diese Breite der Aktivitäten in jedem einzelnen Projekt zeigt, dass in der Solidarischen Ökonomie undogmatisch und auf breiter Basis Alternativen entwickelt werden.

Ein weiterer bemerkenswerter Aspekt betrifft die große Bedeutung von Gemeinschaft innerhalb der Solidarischen Ökonomie. Der Wunsch nach Gemeinschaft ist – wenn auch indirekt – eines der am stärksten hervortretenden Motive der AkteurInnen im Feld. In den meisten Fällen kommen die Beteiligten über die wirtschaftlichen Aktivitäten zu den Projekten – was sie jedoch dort hält, sind die sozialen Beziehungen und das Gefühl der Zugehörigkeit.

Die dritte besondere Eigenschaft der Solidarischen Ökonomie in Griechenland ist: ihre Integrationskraft. Die Zusammenführung von Wirtschaft, Politik und Gemeinschaft ist eine große Herausforderung und eine Leistung mit besonderem transformatorischen Potenzial.

## Selbsthilfe und Wertewandel

Die Geschichte hat gezeigt, dass Projekte alternativen Wirtschaftens oft nicht über Krisenzeiten hinaus bestehen konnten, wenn sie primär der Selbsthilfe dienten.

Ich habe in der Analyse versucht zu beschreiben und abzuwägen, welchen Stellenwert das Element der Selbsthilfe (und das der Transformation) in der Solidarischen Ökonomie in Griechenland einnimmt. Eine erste Differenzierung betrifft die Form der Selbsthilfe: Mit Hilfe der Solidarischen Ökonomie findet nicht nur materielle, sondern auch immaterielle (psychologische, soziale) Selbsthilfe statt, und diese Selbsthilfe ist dabei immer kollektiv. Mit der zunehmenden Verschärfung der Krise gewinnt der Aspekt der Krisenbewältigung innerhalb der Projekte an Bedeutung. Meine Einschätzung ist dennoch die, dass die Krisenbewältigung und die Selbsthilfe in den Motiven für die Projekte und deren Potenzialen nach wie vor nicht dominieren. In keinem der von mir besuchten Projekte können die Beteiligten durch die Mitarbeit oder Teilnahme ihren Lebensunterhalt bestreiten – und nur ein Projekt hat dies überhaupt zum Ziel. Viele Initiativen leisten einen Beitrag zur Befriedigung ungedeckter materieller Bedürfnisse, dies geht aber selten so weit, dass dieser Aspekt der bestimmende ist.

Solidarische Ökonomie ist also in Griechenland auch Selbsthilfe, sie ist jedoch und vor allem viel mehr. Über die kollektiven Identitäten, die Emanzipation und Aneignung, den Wertewandel, die Bildung neuer Beziehungen und die Entstehung von Solidarität, die Inspiration und schließlich die Integration von Wirtschaft und anderen Lebensbereichen trägt die Solidarische Ökonomie ein transformatives Potenzial in sich.

Wie auch die Frage nach dem Bestehen über die Krise hinaus kann der Beitrag des Feldes zur Transformation erst im Nachhinein beurteilt werden. Auch wenn ich die Selbsthilfe häufig der Transformation gegenüberstelle, so sind diese beiden Potenziale keine Gegensätze. Kollektive Selbsthilfe kann Solidarität und kollektive Identitäten hervorbringen, welche wiederum über die konkrete Situation hinausgehen und transformatives Potenzial haben. Und auch die Transformation, die Veränderung bestimmter Lebensbereiche, kann einzelnen Beteiligten helfen, ihre materiellen und immateriellen Bedürfnisse zu befriedigen.

Viele meiner InterviewpartnerInnen sind jedenfalls fest vom transformativen Potenzial ihrer Projekte überzeugt und äußern den Wunsch, gemeinsam den Wandel in Bewegung zu setzen. Sie wollen über ihr konkretes Tun neue alternative Wege aufzeigen und so zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beitragen. Oder wie es ein Interviewpartner ausdrückt:

„Wenn man nicht experimentiert, wenn man nicht versucht eine andere Art zu Leben zu finden, und man einfach erwartet, dass etwas von hoch oben herab kommt, dann wird es nie passieren.“ ●

## REZENSION

## Solidarische Ökonomie in der griechischen Krise

Die Krise in Griechenland ist etwas aus den Schlagzeilen verschwunden – umso notwendiger sind fundierte Informationen und Analysen aus erster Hand. Das aktuelle Buch aus dem SPAK-Verlag leistet beides, auch wenn die Berichte von Besuchen in meist neu entstandenen solidarökonomischen Initiativen und Gruppierungen leider etwa ein Jahr alt sind. Doch ist der Wert der umfangreichen Analyse zu gesellschaftlichen Entwicklungen nicht hoch genug einzuschätzen.

Die griechische Bevölkerung kämpft als Folge von Bankenkrise und aufgezwungener Austeritätspolitik mit dem Zusammenbruch der Wirtschaft, mit Arbeitslosigkeit, Armut, einem kaum mehr funktionierenden politischen System und mit gesellschaftlicher Desintegration. Doch der Widerstand ist und bleibt groß. Immer mehr Griechinnen und Griechen

nehmen ihre Versorgung, den Zusammenhalt des Gemeinwesens und die Suche nach Alternativen selbst in die Hand: Sie bauen eine Solidarische Ökonomie von unten auf.

Lisa Mittendrein analysiert die Grundlagen und Dynamiken der Solidarischen Ökonomie in Griechenland seit Krisenbeginn. Sie stellt konkrete Projekte vor und lässt deren AktivistInnen zu Wort kommen. Sie untersucht die Frage, was Solidarische Ökonomie in der Krise für Einzelne wie für die Gesellschaft leisten kann und zeigt: Solidarische Ökonomie ist auch gemeinsame Selbsthilfe und sie hat transformatorisches Potenzial für die Gesellschaft. Spannend ist der Ansatz der Autorin, ihre Eindrücke vor Ort mit vielen Originalzitaten lebendig zu gestalten und gleichzeitig ihre analysierende Sichtweise von außen nicht aufzugeben. Ein lesens-

wertes und lebendiges Zeitdokument, das Hoffnung macht. ●

Peter Streiff

Lisa Mittendrein: Solidarität ist alles, was uns bleibt - Solidarische Ökonomie in der griechischen Krise  
AG SPAK Bücher, ISBN 978-3-940865-55-7, 2013, 208 Seiten, 16 €  
www.agspak-buecher.de

## ▼ Selbsthilfe im neu eingerichteten Gemeinschaftsgarten

Foto: AG SPAK - Bücher



## 9. STUTTGART OPEN FAIR (SOFA)

## Festung EU oder solidarisches Europa?

Von Januar bis Mai 2014 findet zum neunten Mal das Eine-Welt-Festival Stuttgart Open Fair statt. Unter dem Motto „Festung EU oder Solidarisches Europa?“ findet der Kongress zeitgleich mit dem Weltwirtschaftsforum der Mächtigen in Davos statt.

PETER STREIFF, REDAKTION STUTTGART ● Die über 50 mitveranstaltenden Gruppen aus dem Raum Stuttgart nehmen die EURO-Krisen, das Flüchtlingsdrama im Mittelmeer und die Wahlen zum Europäischen Parlament zum Anlass, Europa von innen und außen in den Blick zu nehmen. ReferentInnen aus der Stuttgarter Partnerstadt Kairo, aus Südost-Asien und aus der Bewegung gegen das Staudammprojekt Belo Monte in Amazonien stellen die Festung EU aus erstarrten politischen, ideologischen und wirtschaftlichen Strukturen in Frage und diskutieren ihre Erfahrungen mit europäischen und internationalen zivilgesellschaftlichen Bewegungen.

Ein dreitägiger Kongress vom 31. Januar bis zum 2.

Februar 2014 im Stuttgarter Rathaus und im Forum3 bildet den Festival-Auftakt. In Workshops und Strategiediskussionen lernen die Gruppen im Kampf für Umwelt, Armutsüberwindung, Frieden, Menschenrechte und Demokratie voneinander und bauen gemeinsam an einer starken solidarischen Bewegung, die über die Grenzen Europas hinausgeht. Ein Beispiel dafür werden Bemühungen um solidarische Unterstützung der Fairtradetown Stuttgart für die Zivilgesellschaft in ihren arabischen Partnerstädten Kairo und Menzel Bourguiba sein. Ziel des Kongresses ist es auch, den Open-Air-WeltSTATTMarkt am 10. Mai 2014 auf dem Stuttgarter Schlossplatz vorzubereiten.

Aus der Einladung: „Die Idee eines geeinten Europa steht für vieles: Menschenrechte, Frieden, Demokratie, Wohlstand. Doch welche Entwicklung nimmt die EU und welche Auswirkungen hat das auf den Rest der Welt?“

Für unseren Rohstoffhunger werden Menschen

von ihrem Land vertrieben und Natur zerstört – wollen wir nicht Armut überwinden und Umwelt schützen? Unternehmen aus Baden-Württemberg liefern Waffen in alle Welt – wollten wir nicht Frieden schaffen? An unseren Wohlstandsgrenzen ertrinken Menschen, die vor unseren Krisen fliehen – sind wir blind für unsere Verantwortung? In unserem geeinten Europa haben wir für die Anderen nichts mehr übrig – wollten wir nicht füreinander da sein, nach Jahrhunderten der Kriege? Wir haben nicht mitzubestimmen, nur Steuern für die Bankenrettung zu zahlen – ist das die Demokratie, die wir wollten?“

Bisher haben folgende ReferentInnen ihre Teilnahme am Kongress zugesagt:

- **Shahira Abouellail**, die vor zwei Jahren bereits Gast am Stuttgart Open Fair war und die sich gegen Militärgerichte in Kairo, der Partnerstadt Stuttgarts, einsetzt (No Military Trials for Civilians),
- **Hans-Jürgen Bieling**, Professor für Wirtschaft

- und Politik an der Universität Tübingen,
- **Pia Eberhardt** von der Lobby-kritischen Recherchegruppe „Corporate Europe Observatory“,
- einE VertreterIn der lokalen Widerstandsbewegung „Xingù Vivo Para Sempre“, die das Staudammprojekt Belo Monte in Brasilien bekämpft
- **Alexandra Strickner** vom europäischen Attac-Netzwerk aus Wien,
- der ehemalige bolivianische UN-Botschafter **Pablo Solon** von der globalisierungskritischen Organisation „Focus on the Global South“ und viele andere mehr.

## FESTUNG EU ODER SOLIDARISCHES EUROPA? 9. Stuttgart Open Fair

31.01.-02.02.2014; Auftakt am 31.1. im Rathaus Stuttgart, Kongress im Forum3 (Nähe S-Stadtmitte), kostenlos Kongress zum Mitmachen mit Workshops, Podien, Film und Theater, Aktionsplanungen, Strategiediskussionen für, mit und von zivilgesellschaftlich engagierten Menschen und Gruppen aus Stuttgart, Europa und der Welt.  
www.stuttgartopenfair.de

BERICHT ZU DEN AUSEINANDERSETZUNGEN UM DIE ROTE FLORA IN HAMBURG

# 30 Meter Demonstrationsrecht

**Am 21. Dezember wollten 10.000 Teilnehmende im Hamburger Schanzenviertel ihr Demonstrationsrecht wahrnehmen und für den Erhalt des sozialen Zentrums Rote Flora, ein Bleiberecht für Flüchtlinge und ein Wohnrecht der MieterInnen in einem genossenschaftlichen Neubau am Ort der geräumten, maroden ESOHäuser auf St. Pauli auf die Straße gehen. Drei Themen, die in Hamburg für lebhaftere Kontroversen sorgen, die sich für eine Demonstration zur Unterstützung der Meinungsbildung in der Stadt anbieten.**

VON GASTON KIRSCHKE, HAMBURG ● Es kam anders. Die Demonstration wurde auf Befehl der langjährigen Einsatzleiter Peter Born und Hartmut Dudde, die an diesem Tag die Gesamteinsatzleitung zu verantworten hatten, nach nur 30 Metern von Polizeieinheiten in Kampfmontur 'aufgestoppt' und attackiert. Wasserwerfer wurden ohne Vorwarnung eingesetzt, Greiftrupps schlugen sich, unter Einsatz von Knüppeln und Tonfas, sowie von Pfefferspray, Tritten und Faustschlägen ins Gesicht ihren Weg durch die zusammengedrängten DemonstrantInnen. Aus dem vorderen Bereich der Demonstration schlug der Polizei eine massive Gegenwehr entgegen, es wurden Steine und Pyrotechnik geworfen. Den ganzen Tag über wurden DemonstrantInnen von der Polizei attackiert, sämtliche Versuche Ersatzdemonstrationen anzumelden schmetterten die Gesamteinsatzleiter Born und Dudde ab. Laut autonomem Ermittlungsausschuss und Demosanitärerinnen gab es über 500 verletzte DemonstrantInnen, Rettungswagen der Feuerwehr fuhren laut Einsatzzentrale 121 „nicht-polizeiliche“ Verletzte in Krankenhäuser. Laut Pressesprecher der Polizei gab es 170 verletzte BeamtInnen, von denen 16 in Krankenhäusern behandelt wurden.

Am Tag vor der verhinderten Demonstration war ein Polizeirevier attackiert worden, Fenster und Einsatzwagen wurden beschädigt. Daraus leitete die Polizeiführung eine angebliche Gewaltbereitschaft auf Seiten demonstrierender Autonomer ab, offensichtlich, um ihr rechtswidriges Verhindern der Demonstration abzusichern. Hamburgs Innensenator Michael Neumann, SPD, gab dem eigenmächtigen Vorgehen der Gesamteinsatzleiter Rückendeckung und schwadronierte über „Chaoten aus der gesamten Bundesrepublik“, die massive Gewalt ausgeübt hätten. An Hysterie kaum zu überbieten sprach der innenpolitische Sprecher der Bürgerchaftsfraktion der CDU, Kai Voet Van Vormizeele, gar von „bürgerkriegsähnlichen Attacken“ auf die Polizei.

## Hamburger David-Wache zweimal attackiert?

Angeblieh kam es am 28. Dezember erneut zu einem – diesmal laut Polizeidarstellung äußerst brutalen – Angriff auf das bekannteste Hamburger Polizeirevier, die Davidwache auf der Reeperbahn: Drei attackierte Polizisten sollen dabei, so wurde behauptet, schwer

verletzt worden sein, einer lebensgefährlich durch einen Stein am Kopf. Die meisten Hamburger Medien überschlugen sich in dramatisierender Berichterstattung. „Vermummte brechen Beamten den Kiefer: Die Kriegserklärung“ schrieb etwa die Hamburger Morgenpost, und titelte: „Polizei warnt - Wir schießen nächstes Mal scharf!“ Die lokalen Verbände der Polizeigewerkschaften in Hamburg hinterfragten nicht etwa den auf gewalttätige Eskalation angelegten konfrontativen Kurs der Gesamteinsatzleiter Hartmut Dudde und Peter Born, sondern inszenierten eine Kampagne: „Keine Gewalt gegen Polizisten!“, welche sogleich vom Bürgermeister der Stadt, Olaf Scholz, und seinem Innensenator, Michael Neumann, beide SPD, unterstützt wurde.

Kaum Gehör findet der oft als Anwalt der Roten Flora aufgetretene, gewöhnlich gut informierte Anwalt Andreas Beuth, dessen Büro eigene Recherchen zu dem angeblichen, vermeintlich brutalen Überfall auf die Davidwache vom 28. Dezember durchgeführt hat und am 5. Januar erklärte, dieser Angriff durch angeblich 40 Vermummte habe wohl nie stattgefunden: „Es ist kein Beamter vor der Davidwache Ecke Reeperbahn/Davidstraße durch einen Stein oder anderen gefährlichen Gegenstand verletzt worden.“ Der Jurist Beuth schlussfolgert politisch: „Hinter der bewusst falschen Darstellung stehen augenscheinlich politische Interessen der Polizeiführung und ihrer Gewerkschaften wie zusätzliche Stellen, eine bessere Bezahlung der Polizei, eine 'Aufrüstung' der Polizei und aktuell die Einrichtung eines unbefristeten Gefahrengebiets in einem nie dagewesenen Ausmaß“.

Der Polizeisprecher Mirko Streiber musste am 6. Januar einräumen, dass der Beamte aus der Davidwache nicht bei dem vermeintlichen Angriff von 40 Vermummten unter dem Rufen von Parolen wie "St. Pauli - Scheißbullen - habt ihr immer noch nicht genug!" mit einem Stein am Kopf schwer verletzt wurde, sondern bei einer Auseinandersetzung auf dem Kiez - ermittelt wird gegen unbekannt. Die frühere Darstellung der Polizeipressestelle, in der ein Überfall durch mutmaßliche Autonome behauptet wurde, wurde von Medien und Agenturen zu einem lebensbedrohlichen Anschlag aufgebauscht, von einer "neuen Qualität linksextremistischer Gewalt" war in den tonangebenden Hamburger Medien die Rede.

## Die Eskalation geht weiter

Hamburgs Polizeiführung setzt weiter auf Eskalation: Seit dem 4. Januar sind die Szeneviertel in Hamburgs westlicher Innenstadt – St. Pauli, Altona-Altstadt und -Nord sowie das Schanzenviertel von ihr zum „Gefahrengebiet“ erklärt worden. Diese Hamburger Besonderheit – seit 2005 darf die Polizeiführung Teile der Stadt ohne richterliche Anordnung zu 'Gefahrengebieten' erklären, in denen die polizeilichen Befugnisse stark erweitert sind - geht zurück auf eine Initiative des Rechtspopulisten und ehemaligen Innensensors Ro-

nald Barnabas Schill, der auch die jetzigen 'Leiter Einsatz' der Hamburger Polizei, Peter Born und Hartmut Dudde, massiv protegierte. Bis heute wirkt Schills Personalpolitik so im Polizeiparappat nach. Die Polizei darf im Gefahrengebiet nach Augenschein verdachtsunabhängige Personen- und Taschenkontrollen vornehmen, Aufenthaltsverbote und Platzverweise aussprechen, Ingewahrsamnahmen von vermeintlich Verdächtigen sind leichter möglich – es reicht dafür schon aus, gegen ein verhängtes Aufenthaltsverbot zu verstoßen. Am Wochenende machten Uniformierte davon massiv Gebrauch: Hundertschaften patrouillierten in Mannschaftswagen durch die Szeneviertel und nahmen sich alle vor, deren Outfit als autonom eingestuft wurde: 414 Personen wurden laut Polizei überprüft, 83 erhielten ein Aufenthaltsverbot, 9 einen Platzverweis. Christiane Schneider, Abgeordnete von Die Linke: „Es gibt de facto keine Kontrolle der Polizei. In Sachen Gefahrengebiet entscheidet die Polizei, und nur sie.“ Die in Hamburg allein regierende SPD hat damit kein Problem: „Wir unterstützen ausdrücklich, dass die Polizei den rechtlichen Rahmen konsequent ausschöpft, um neuen Übergriffen präventiv entgegenzuwirken“, wie der innenpolitische Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Arno Münster, erklärte.

Das Hamburger Abendblatt titelt am 6. Januar: „Geheimpapier: Polizei warnt vor weiteren Anschlägen in Hamburg“ und erweckte mit Hilfe eines frei über angeblich drohende „weitere Anschläge“ fabulierenden, vermeintlich geheimen Papiers, „Nur für den Dienstgebrauch“ den Eindruck, die autonome Szene Hamburgs würde sich terroristisch betätigen, gezielte Anschläge auf Personen planen. Dieses schaurige Szenario wurde sicher nicht zufällig an dem Tag inszeniert, an dem auf Betreiben der Oppositionsparteien Die Linke und die Grünen der Innenausschuss der Hamburger Bürgerschaft das erste Mal seit dem 21. Dezember zusammentrat, um das Vorgehen der Polizeiführung bei der Suspendierung des Demonstrationsrechtes an diesem Tag zu untersuchen. Christiane Schneider, Abgeordnete für Die Linke, und Antje Möller, Abgeordnete der Grünen, waren am 21. Dezember bei der Zerschlagung der Demonstration anwesend. Möller distanzierte sich zwar auch zuerst von „Gewalt und Eskalation“ auf Seiten der DemonstrantInnen, kritisierte aber das durch die Polizeiführung „ausgehebelte Demonstrationsrecht für Tausende, die friedlich demonstrieren wollten“. Christiane Schneider von der Bürgerschaftsfraktion der Linken wurde in Medienbeiträgen fälschlicherweise



▲ Esso-Häuser in Hamurg Sankt-Pauli

Foto: Irene Bude

se unterstellt, in einem „schwarzen Block“ die Parole „Haut ab ihr Bullen!“ gerufen zu haben. Die für ihre Besonnenheit und ihren Einsatz zur Deeskalation von Gewalt bekannte erfahrene Abgeordnete warf der Polizei bestimmt in der Sache, aber ruhig im Ton vor, das Demonstrationsrecht ausgehebelt zu haben: „Ich habe den Eindruck, dass es die politische Absicht war, die Demonstration nicht stattfinden zu lassen.“

## Freifahrtschein für die Polizei

Die Gesamteinsatzleiter der Polizei, Born und Dudde, haben im Innenausschuss volle Rückendeckung durch SPD und CDU erhalten. Innensenator Neumann, Polizeipräsident Wolfgang Kopitzsch und Einsatzleiter Peter Born saßen während der Sitzung einträchtig nebeneinander. „Die Schuldfrage stellt sich überhaupt nicht“, blockte Neumann jede Kritik ab - einen Dialog könne es nicht geben. „Wer nicht bereit ist, das staatliche Gewaltmonopol zu akzeptieren, darf kein Gesprächspartner des Staates sein!“ Im übrigen, orakelte Neumann, sei nicht sicher, ob auf Seite der Protestierenden „die letzte Stufe der Eskalation erreicht ist.“ Und forderte eine breite gesellschaftliche Solidarisierung mit der Hamburger Polizei – und somit auch mit deren eskalierendem, konfrontativen Vorgehen: „Ein Angriff auf die Polizei ist ein Angriff auf uns Alle!“ Neumann wird, als ehemaliger Berufssoldat, diese martialische Sprache bewusst gewählt haben. Das klingt nach Carte Blanche für den repressiven Kurs der Polizeiführung. Peter Born wird von seinem Posten in der Leitung der Hamburger Polizei zwar demnächst abtreten – aber nur, weil seine bereits einmal aufgeschobene Pensionierung nach Beamtenrecht unumgänglich ist. Die in Hamburg regierende SPD gefällt sich als Partei der Ordnung im Stile Gustav Noskes und versucht, die TeilnehmerInnen vom 21. Dezember in die kriminelle Ecke zu drängen. Umso dringlicher, die VeranstalterInnen der Demonstration zu Wort kommen zu lassen. Ein Interview mit Florentin, einem Sprecher der Pressegruppe der Kampagne zur Unterstützung der Roten Flora auf Seite 5 dieser Ausgabe. ●

EINSCHRÄNKUNGEN IM GEFAHRENGEBIET HAMBURG

# Zieht euch warm an

**Nach der Demonstration für den Erhalt der Roten Flora, der ESOHäuser und für ein Aufenthaltsrecht der Lampedusaflüchtlinge wird die Stimmung durch die Hamburger Polizei und die Politik des Hamburger Innensensors Neumann weiter angeheizt.**

VON ULRIKE KUMPE, REDAKTION HANNOVER ● Die Aufarbeitung des Polizeieinsatzes am 21.12.2013 bei der Demonstration für die Rote Flora, den Erhalt der ESOHäuser und für ein Bleiberecht der Lampedusaflüchtlinge begann mit einer Sitzung des Innenausschusses am 06.01.2014 in Hamburg. Was für eine Aufarbeitung, fragt man sich, liest man das Interview mit Thomas Wüppesahl, Kriminalbeamter a.D. und ehemaliger Bundestagsabgeordneter der Grünen, in der taz vom 07.01.2014. Von Aufarbeitung kann keine Rede sein. Thomas Wüppesahl sagt: „Innensenator Michael Neumann (SPD) hat zum Stichwort Gefahrenzone zweimal gesagt, Gesetze seien dazu da, Freiheitsrechte einzuschränken. Das sagt der Landesverfassungsminister!“

Sich für eine solidarische Gesellschaft einzusetzen, scheint Menschen zu Bürgern zweiter Klasse werden zu lassen, nicht nur in Hamburg. Björn Werminghaus ist stellvertretender Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft in Hessen. Er antwortete auf einen Tweet, der am 21.12. nach verletzten Demonstrierenden fragte, dies seien keine Demonstranten, sondern

„gewalttätiger Abschaum“. Die Konsequenz für ihn ist die Bitte, über die Feiertage das Twittern zu unterlassen, so spiegel-online.

Das Erschreckende ist sicherlich nicht, dass Polizeibeamte so etwas denken, nicht einmal, dass sie so etwas twittern, sondern, dass sie politische Rückendeckung erhalten. Ebenso, wie der Einsatz der Polizei in Hamburg politische Rückendeckung durch die Hamburger SPD erhält, nicht nur des Innenministers Neumann. Die Stimmung in Hamburg wird durch dieses Vorgehen weiter angeheizt. Selbst das US-Außenministerium warnt dem Tagesspiegel zufolge in Hamurg lebende US-Amerikaner vor dem Aufenthalt in der Gefahrenzone.

Es mögen die schlimmsten Ausschreitungen der letzten Jahre in Hamburg gewesen sein, vergleicht man dies mit den Häuserkampfauseinandersetzungen der 1980er Jahre erscheinen sie doch eher als Kinkerlitzchen. - Wofür wird hier Stimmung gemacht?

Sich einzusetzen für Flüchtlinge, eine solidarische Gesellschaft und bezahlbaren Wohnraum macht Menschen zu Abschaum? Die politischen Konflikte gerieren zu einer reinen Frage der Gewalt. Und die wichtigste Frage schien in der anfänglichen Berichterstattung die, wer nun angefangen hat. Die Polizei bezichtigt die Demonstrierenden, die Demonstrierenden die Polizei. Es war die Polizei, soviel ist sicher, aber geht es darum? - Er war's - nein er? Endgültig absurd

wird die Schmierenkömödie in einer weiteren Äußerung des Innenministers, die Thomas Wüppesahl in seinem Interview wiedergibt: „Doch Neumann streitet ab, dass die Konflikte um die Rote Flora, die Esso-Häuser und die Lampedusa-Flüchtlinge – politische Fragen sind. Für ihn sind alle diese Punkte bereits geklärt, dass hat er im Innenausschuss gesagt. Das ist irre.“

Nun denn, Freundinnen und Freunde einer solidarischen Gesellschaft, dies ist eine politische Ansage, wie sie auch bei den Blockupy-Protesten schon stattfand – nun denn – zieht euch warm an. ●

Foto: Roland Nolte



INTERVIEW MIT FLORENTIN VON DER KAMPAGNE 'FLORA BLEIBT UNVERTRÄGLICH'

66 99

## Politischer Druck ist wichtig – der Ort dafür ist die Straße

Ein Gespräch mit Florentin (Name geändert) von der Pressegruppe der Kampagne Flora bleibt unverträglich. Die Fragen stellte für CONTRASTE Gaston Kirsche.

### Warum und wie wurde die Demo von der Polizeiinsatzleitung verhindert?

Offensichtlich gab es die politische Vorgabe, die Demonstration direkt im Schanzenviertel aufzuhalten, um sie dort zu zerschlagen. Nach wenigen Metern ging eine Kette Polizeibeamter auf die Demospitze zu und hat sofort in die ersten Reihen getreten und geprügelt. Nach einigen Bollerwürfen wurde ein Wasserwerfer eingesetzt und die Demonstration nach einer eskalierenden Eskalation aufgelöst. Die darauffolgenden Auseinandersetzungen zogen sich dann allerdings über mehrere Stunden. Auch in anderen Stadtteilen und der Innenstadt gab es Proteste.

Die Strategie der Polizei ist aber nicht als Einzelfall zu betrachten. So wurde auch bei Blockupy in Frankfurt eine autonome Bündnis-Mobilisierung bewusst angegriffen und gestoppt. Dahinter steckt das politische Kalkül, Protestbewegungen durch repressive Maßnahmen zu schwächen und Ohnmacht zu erzeugen. Ohnmacht lässt sich aber nur dort erzeugen, wo nicht mehr gehandelt wird und politische Bewegungen sich auch einschüchtern lassen.

### Ist die Polizei gegen den bunten Block des „Rechts auf Stadt-Bündnisses genauso brachial vorgegangen wie gegen die Demospitze?

Auf dem Schulterblatt wurden alle TeilnehmerInnen

der Demonstration angegriffen. Wasserwerfer machen schon als Einsatzmittel wenig Unterschiede. Aber auch die eingesetzten BeamtInnen bahnten sich ihren Weg kompromisslos mit Schlagstöcken, Tritten und Pfefferspray durch die Menge, um diese zu zerstreuen. Der bunte Block hatte währenddessen mehrfach versucht, doch noch eine Demonstration anzumelden. Dies wurde auf höchster Polizeiebene abgelehnt.

### Wie kam es zu der großen Zahl von Verletzten?

Die Polizei stürmte immer wieder mitten in die Menge. Die Folge waren Verletzungen durch Schlagstockeinkwirkung und Pfefferspray, auch die Wasserwerfereinsätze führten zu Verletzungen und Knochenbrüchen. Es kam aber auch zu verletzten DemonstrantInnen durch Bewurf von anderen TeilnehmerInnen, was wir kritisieren müssen. Wir sind derzeit noch dabei, die Folgen des Polizeieinsatzes auszuwerten. Insgesamt erinnert es allerdings sehr an die eskalative Strategie zur internationalen G8-Demonstration 2007 in Rostock.

### Was haben die Festgenommenen zu erwarten?

Es ist davon auszugehen, dass im Rahmen des 21. Dezember mehrere Ermittlungsverfahren von der Polizei eingeleitet worden sind und nach Auswertung ihres Videomaterials noch weitere hinzukommen werden. Wie viele davon am Ende tatsächlich zu Prozessen führen werden, können wir heute noch nicht absehen.

In den letzten Wochen ist es im medialen Diskurs zu einer regelrechten Sicherheitshysterie gekommen. Es wurde öffentlich über den Einsatz von Schusswaffen diskutiert und es sind Ermittlungen we-

gen versuchtem Totschlag eingeleitet worden. Außerdem wurde ein Gefahrengelände eingerichtet, in dem die Polizei verdachtsunabhängige Kontrollen durchführen, Platzverweise und Aufenthaltsverbote aussprechen kann. Die räumliche Größe dieses Gebiets sprengt alles bisher Dagewesene und betrifft etwa 100 000 AnwohnerInnen. Wir rechnen in den nächsten Wochen und Monaten mit weiteren staatlichen Repressionsschlägen, um die Bewegung zu kriminalisieren.

Der zweite Angriff auf das Polizeirevier Davidwache scheint nach Informationen von AnwältInnen eine Inszenierung der Polizei. Dies erklärt auch die vielen Widersprüche. Hier setzt sich eine polizeiliche Strategie gegen die Demonstration am 21. Dezember fort, die ihren Ursprung in der unnachgiebigen Linie des Hamburger Senates hat. Es wird voll und ganz auf law and order gesetzt.

### War die Demo, der Aktionstag trotzdem ein Erfolg?

Die Mobilisierung fanden wir erfolgreich, auch das entschlossene Verhalten der TeilnehmerInnen, sich nicht einfach auflösen zu lassen. Der Platz wäre vermutlich innerhalb von 5 Minuten geräumt worden, hätten nicht so viele unterschiedliche Menschen Ketten gebildet und Beharrlichkeit gezeigt.

Eine Demonstration, die nur 30 Meter weit kommt und dann zerschlagen wird, kann natürlich nicht als Erfolg bewertet werden. Ein politisches Ziel war auch, loszukommen und gemeinsam zu laufen als positiver Impuls für die kommenden stadtpolitischen Kämpfe. Dies ist nicht erreicht worden.

Die anschließenden Krawalle in der ganzen Stadt haben allerdings auch dafür gesorgt, dass die Polizei den Einsatz nicht als Erfolg für sich verbuchen kann. Es ist politisch so etwas wie eine Pattsituation entstanden. Wir haben dabei allerdings letztlich mehr verloren, da es mehr zu gewinnen gab und es eine sehr große und ausdrucksstarke Demo geworden wäre.

Was allerdings trotzdem gelungen ist und auch als ein Erfolg zu werten ist: Der Senat wurde aus dem Schneckenhaus geholt, seine Linie sich rauszuhalten und teilnahmslos zu geben, in Frage gestellt.

Die sich anschließende Frage ist, ob die gesellschaftliche Diskussion nun vom Senat auf Fragen der inneren Sicherheit reduziert werden kann oder ob die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auf der Tagesordnung stehen.

### Wollt ihr einen neuen Versuch starten, eine Demo für die Rote Flora, die Flüchtlinge und die Interessen der MieterInnen der geräumten ESOHÄUSER durchzuführen?

Die Proteste gehen auf jeden Fall weiter. Es gab in den letzten Monaten dabei nicht nur Großdemonstrationen. Mit Gefahrengeländen und Repression werden sich die aktuellen Konflikte lediglich verschärfen. Es besteht weder eine politische Lösung für die Refugees noch für die BewohnerInnen der ESO-Häuser. Auch die Rote Flora ist mehr denn je von einer Räumung bedroht. Perspektiven gibt es aufgrund der staatstragenden Linie der SPD nur, wenn genügend politischer Druck auf den Senat entsteht. Der Ort dafür ist die Straße. ●

## GENTRIFIZIERUNG IN HAMBURG, SANKT PAULI – DER KONFLIKT UM DIE ESSO-HÄUSER

# Achtung Einsturzgefahr!

Am Beispiel der ESO - Häuser zeigt sich auf tragischste Weise, welche existenzielle Schärfe Konflikte um Wohnraum in Hamburg für die Mieter mittlerweile haben können. Über viele Jahre ließen wechselnde private Besitzer die Häuser verfallen, was in der baupolizeilichen Räumung und Sperrung der Häuser am 18.12.2013 gipfelte. Weihnachten in der Notunterkunft. Doch die BewohnerInnen sind in der Initiative ESSO Häuser gut organisiert und lassen sich nicht einfach an den Stadtrand abschieben; sie wollen bleiben und streben eine politische und kollektive Lösung an. Über einen sich zuspitzenden Konflikt im Herzen Hamburg St-Paulis.

VON ALFONS HUMMER, BERLIN ● Die letzte große bundesweite Demonstration der Radikalen und vorwiegend autonomen Linken in Deutschland sollte die Demonstration am 21.12. in Hamburg werden. Wie mittlerweile ausreichend dokumentiert, wurde diese bereits wenige Minuten nach Beginn von der Polizei äußerst gewalttätig und unter massivem Einsatz von Wasserwerfern und Pfefferspray aufgelöst. Die Demonstration sollte vor allem eine Reaktion auf die Drohung des Eigentümers Kretschmars sein, das mittlerweile über 20 Jahre bestehende autonome Stadtteil- und Kulturzentrum Rote Flora zu räumen. Vor allem die autonome Szene wollte hier ein Zeichen politischer Stärke setzen und dem Senat verdeutlichen, dass eine Räumung politisch sehr teuer werden könnte. Zweites großes Thema der Demonstration, die geforderte Anerkennung der 'Lampedusa - Gruppe' nach §23 des Flüchtlingsgesetzes ist in der Hamburger, wie auch in der bundesweiten öffentlichen Wahrnehmung ebenfalls sehr präsent. Über beides berichtete CONTRASTE in der Dezemberausgabe 2013. Das dritte Thema - der Erhalt und die perspektivische Vergesellschaftung der sogenannten ESSO - Häuser im südlichen St.Pauli. Ist bislang vor allem auf der lokalen Hamburger Ebene bekannt.

### Nur 5 Minuten Zeit zum packen, dann mussten alle raus.

Auch hier spitzte sich die Situation unmittelbar vor der Demonstration drastisch zu; nach einem Zittern und Beben, welches BewohnerInnen spürten und daraufhin die Polizei verständigten, wurden die Häuser in kürzester Zeit geräumt, die Bewohner evakuiert, eine baustatische Untersuchung eingeleitet und die Häuser baupolizeilich gesperrt. Für die nicht eben wohlhabenden BewohnerInnen findet Weihnachten dieses Jahr in der Notunterkunft statt.

Diese drastische Entwicklung ist allerdings nur der vorläufige letzte Akt einer skandalösen Entwicklung von Haus bzw. Grundstücksspekulation im Rahmen

der politisch von allen Hamburger Parteien gewollten und vorangetriebenen rücksichtslosen Gentrifizierung St.Paulis.

### Seit 2009 sind die ESSO - Häuser verkauft und für den Abriss vorgesehen

Die ESSO - Häuser, die ihren Namen von der im Komplex gelegenen ESSO - Tankstelle haben und ursprünglich vom Betreiber dieser Tankstelle für rund 6 Mio DM erbaut und 1961 bezugsfertig wurden, bestehen aus zwei achtgeschossigen Wohnblocks mit 110 Wohnungen und einem hin zur Reeperbahn vorgelagerten zweigeschossigen flachen Gebäudezeile, in der sich verschiedenste Läden und Etablissements, wie der Club 'Molotov' oder das 'Planet Pauli' befinden.

Im Mai 2009 kaufte die Bayerische Hausbau GmbH und Co KG das Areal auf. In die besetehende Bausubstanz wurde kein Cent über die notwendigsten Absicherungsmaßnahmen hinaus investiert. Warum auch? Der Investor plant einen Komplettabriss für 2014 mit anschließender Neubebauung, gab allerdings zum Zeitpunkt des Kaufs zunächst, laut Initiative - ESSO Häuser an, daß sich die Gebäude wirtschaftlich rechnen würden. Nunmehr ist nach Aussagen der Initiative überwiegend hochpreisiger Wohn- und Gewerberman geplant. Auch der Hamburger Senat verhinderte diese Pläne nicht, drängte allerdings nach den aufkommenden Protesten auch auf einen Anteil von Sozialwohnungen.

### Instandsetzungsarbeiten finden nicht statt.

Die aktuelle baupolizeiliche Sperrung ist somit zu einhundert Prozent das Ergebnis der Politik des Verfallens, über Jahrzehnte fehlende Instandsetzungsarbeiten durch den Vorbesitzer wie auch in den letzten Jahren durch die Bayerische Hausbau GmbH. Steffen Jörg von der ESO-Häuser Initiative bezeichnete dies gegenüber der taz Hamburg als Skandal. Die BewohnerInnen leisten gegen diese Entwicklung seit November 2010 Widerstand, in dem sie zu einer AnwohnerInnenversammlung einladen. Sie organisierten sich in der Initiative ESSO - Häuser, die auch im Rahmen des 'Recht auf Stadt Bündnisses' aktiv ist. Seitdem entspannen sich vielfältige Aktivitäten um den Erhalt der ESSO Häuser. Neben mehreren Demonstrationen arbeitet das Filmteam von 'Empire St.Pauli' an einem Film über die ESSO -Häuser Initiative, eine kurze Version auf ihrer Webseite existiert bereits. Außerdem veröffentlichten sie ein Manifest für den Erhalt der ESO-Häuser, welches bundesweit von fast 1500 WissenschaftlerInnen, ArchitektInnen und Kulturschaffenden unterstützt bzw. unterzeichnet wurde.



Fotos: Giovanni Lo Curto

### MieterInnen fordern eine genossenschaftliche Lösung

Die Initiative erwirkte auch ein Gutachten zur Möglichkeit des Erhalts der Häuser, um dem Argument zu begegnen, der Erhalt der Häuser sei mit zu hohen Sanierungskosten verbunden.

Die BewohnerInnen wollen bleiben, die ESSO - Häuser sollen saniert und für die jetzigen Bewohner gesichert werden. Es soll ein 'Modellprojekt' entstehen. Darin soll eine non-profit-Bewirtschaftung und eine demokratische Einbeziehung der BewohnerInnen in die Planung verwirklicht werden. Wie im Protest um das 'Gängeviertel' in Hamburg durchgesetzt fordern sie in einer Erklärung vom 15.12.2013 eine öffentlich - genossenschaftliche Lösung, die durch den städtischen

Kauf der Häuser eine Sanierung und Nutzung der MieterInnen ermöglichen soll.

Darüber hinaus erstattete die Initiative über ihren Anwalt Anzeige gegen den Investor wegen Verstoß gegen das Wohnraumschutzgesetzes. Nur einen Tag später erfolgte die Evakuierung und Sperrung des Hauses, was für die BewohnerInnen eine existenzielle Eskalation der Situation darstellt, unabhängig von der Berechtigung dieser Sperrung. ●

Weitere Informationen:

- ☞ [www.initiative-esso-hauser.de](http://www.initiative-esso-hauser.de)
- ☞ [www.initiative-esso-hauser.de/archive/stellungnahme\\_13\\_08\\_13.html](http://www.initiative-esso-hauser.de/archive/stellungnahme_13_08_13.html)
- ☞ [www.essohauser.info](http://www.essohauser.info)

## DAS CAFÉ KOLLEKTIV KABALE IN GÖTTINGEN

# Idealismus und Selbstorganisation gehen vor Wirtschaftlichkeit

Wer braucht den Lohn zuerst? Wenn das Geld mal knapp ist, wird im Göttinger Café Kollektiv Kabale gefragt, wer von allen angestellten Kollektivistas das Geld gerade am nötigsten braucht. Gemeinsam tragen alle im Kollektiv füreinander und für den Laden Verantwortung. Im selbstverwalteten Kabale gilt, soweit wie möglich: Idealismus geht vor Wirtschaftlichkeit.

VON HAGEN HILMER, GÖTTINGEN ● Es fing an mit einer Besetzung: 1990 tauschten die Betreiber des Göttinger Programmkinos Lumière das Schloss zum Café Kabale aus. Die Belegschaft wollte mehr Mitbestimmung und Freiraum für politische Meinungsäußerung. Als die Café-MitarbeiterInnen vor verschlossenen Türen standen, besetzten sie schließlich die Räume. Der Verein „Kultur und Alltag“ wurde gegründet, ein Pachtvertrag geschlossen, das Café Kollektiv Kabale war geboren. Bis heute zeigt das Kabale, wie Selbstorganisation praktisch funktionieren kann.

15 Kollektivistas betreiben derzeit das Kabale, nach der Formel „Zwei Drittel Frauen, ein Drittel Männer“. Das spiegelt den feministischen Anspruch des Cafés seit der Gründungszeit wieder, erzählt Felix. Er ist schon seit einigen Jahren Teil des Kollektivs, genauso wie seine Kollegin Nathalie, beide sind Mitte bis Ende Zwanzig. Einmal die Woche treffen sich alle, am Mittwoch, zur sogenannten Kaffeegruppe. Dort werden tagesaktuelle Anliegen diskutiert, beispielsweise die Menge an Espresso pro Tasse.

Bei größeren Runden werden die zahlreichen Veranstaltungen im Jahr geplant. Zum Beispiel das Kabale-Sommerfest oder das Casino Abend. Der Erlös beim Casino Abend kommt emanzipatorischen Projekten zu Gute: Sei es der Arbeitskreis Asyl für seine antirassistische Arbeit, das von chronischer Geldnot geplagte Infoblatt Göttinger Drucksache oder das ebenfalls im Haus ansässige Lokal Theaterkeller, die Theaterkeller-Crew sanierte 2012 in Eigenregie das gemeinsame Hausdach.

Blackjack, Roulette, Poker wird gespielt, mit Schokomünzen als Spielchips, die am Eingang gegen Euros getauscht werden. Zur Party gehört auch, sich mächtig in Schale zu werfen. Der Andrang beim Casino Abend ist riesig: Im Vorverkauf sind die Karten meist nach zwei Tagen weg. Wer nicht lange in der Schlange stehen will, muss sich am Abend der Casino-Party früh in Schale werfen um noch eine Karte bekommen zu können.

All das muss geplant werden, inklusive Aufbau, Abbau, Umbau, Deko und Service-Schichten. Das geschieht in Kleingruppen des Kollektivs. Die erarbeiteten Vorschläge zu den Plänen, die dann wiederum basisdemokratisch in der Kaffeegruppe diskutiert werden.

## In jeder Situation neu abwägen und entscheiden

„Prinzipiell orientieren wir uns daran, die Sachen aus zu diskutieren und zu versuchen auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen“, sagt Felix. Alle sollen sich bei der Arbeit wohlfühlen und sich gleichberechtigt einbringen können. Das hat Priorität und unterscheidet das Kabale von hierarchisch organisierten Betrieben. Es gibt keine formellen Hierarchien innerhalb der Kaffeegruppe, sagt Felix, fügt aber an, dass es informelle Hierarchien schon auf eine Art gebe. Recht bekommt aber nicht „wer am lautesten und am meisten redet“, ergänzt Nathalie, „wir versuchen schon, eine Entscheidung zu finden, mit der alle umgehen können.“ Auch wenn das manchmal ein paar Monate dauert.

Entschieden werden muss viel, vor allem wenn vom Hausrecht Gebrauch gemacht wird. Im März 2010 entschied ein Mitglied des Kollektivs zum Beispiel, dass eine Mitarbeiterin der Göttinger Ausländerbehörde, die am Sonntagsfrühstück mit Freunden im Kabale teilnahm, die Räume des Cafés verlassen müsse. Aus der Stadtverwaltung und der bürgerlichen Presse hagelte es Kritik: Das sei Diskriminierung. Eilige Presseanfragen flatterten beim Kabale ins Haus, doch statt eine ebenso eilige Antwort zu geben, wurde zunächst ausführlich diskutiert.

Nathalie und Felix waren damals schon mit dabei. „Das es so große Wellen schlägt, damit hat niemand aus der Schicht und auch danach nicht gerechnet“, sagt Nathalie. Es war schnell klar, dass alle im Kollektiv



Foto: Michael Hoetzel DGPh

ktiv hinter der Entscheidung stehen. Eine Pressegruppe wurde gegründet und eine Erklärung verfasst, in der sich das Kabale-Kollektiv „mit allen von Abschiebung betroffenen Menschen“ solidarisiert: Das Kabale sei auch ein antirassistisches Café, heißt es, die Abschiebepolitik von Ausländerbehörden sei inhuman. Nicht wegen ihrer Person, sondern wegen ihrer Tätigkeit in der Ausländerbehörde wurde die Frau gebeten, zu gehen.

„Das war stressig“, sagt Nathalie, „vor allem zu klären: Was hat man für eine Rechtsgrundlage, haben wir die überschritten oder nicht?“ Ihr Fazit ist im Rückblick aber: Alles richtig gemacht.



▲ Café Kabale Goettingen Foto: Michael Hoetzel DGPh

## Idealismus, Feminismus > Kapitalismus

Hausrecht gilt auch für den FrauenLesbenTrans-Abend (FLT) am Dienstag. Männer haben dann keinen Zutritt zum Kabale, mehrere Schilder weisen auf den Freiraum hin. „Da gibt's auf jeden Fall Konflikte und das ist auch nervig“, sagt Felix. Auf lange Diskussionen mit männlichen Kinogängern, die mal schnell ein Bier holen wollen und ab und zu auch mal einen dummen Spruch draufhaben, lässt sich Nathalie aber nicht mehr ein. „Meistens fliegen die Leute raus und wir weisen nur kurz darauf hin, warum es diesen FLT-Abend gibt“, sagt Nathalie. Diskutiert wird aber im Kollektiv darüber, wie dieser Freiraum gestaltet werden soll.

Früher hieß es FrauenLesben-Abend, das wurde um eine queere feministische Perspektive erweitert, was auch wieder Diskussionen im Kollektiv nach sich zog: „Soll das für Transmänner oder Transfrauen offen sein, wie gehen wir damit um?“ wurde im Kollektiv gefragt. Unterm Strich kam man zu dem Schluss, dass der Freiraum so offen wie möglich gestaltet werden soll. „Deswegen haben wir das auch für Transmänner mit geöffnet“, sagt Felix.

Der FrauenLesbenTrans-Abend ist der umsatzschwächste Abend in der Woche, doch Idealismus geht oft vor Wirtschaftlichkeit im Kabale. „Das nimmt man dann in Kauf“, sagt Felix. Trotzdem sei die Balance zwischen Wirtschaftlichkeit und Idealismus manchmal schwierig, gibt Nathalie zu. Auch das Kabale müsse den Regeln der Gastronomie folgen. Doch bei vielen Entscheidungen überwiegt dann doch der Idealismus: „Wir haben nicht jeden Januar einen Inflationspreis in den Preisen, auch wenn das so üblich ist in der Gastro“, sagt Nathalie. Den Leuten soll nicht mit unglaublich hohen Preisen das Geld aus der Tasche gezogen werden.

## Knapp bei Kasse aber glücklich

Wenn das Geld mal knapp ist, wird in der Kaffeegruppe gefragt wer jetzt gerade dringender den Lohn ausgezahlt braucht und wer warten kann. Ob aus Solidarität untereinander oder für den Laden, die gemeinsame Verantwortung geht über die Öffnungszeiten hinaus. Das ist Fluch und Segen zugleich: „Wir haben hier unglaublich viele Möglichkeiten was umsetzen zu können“, sagt Nathalie, „wenn man irgendwo angestellt ist, ist das nicht so leicht.“ Auf der anderen Seite sei das aber schon auch belastend.

Zum Wohle der Belegschaft ist sonntags geschlossen, trotz des einst so beliebten und in Göttingen berühmten Kabale-Frühstücks. „Uns war wichtiger, dass jeder und jede mal einen Tag in der Woche garantiert frei haben kann, als der Umsatz“, sagt Nathalie. Das schaffte Entspannung, trotzdem sind 2013 viele gegangen. Doch „gerade gibt es ein frisches, junges Kollektiv“, sagt Nathalie. Gleichzeitig gibt es einige mit langjähriger Erfahrung, die das Staffelholz an die nächste Generation weitergeben können. Nathalie und Felix gehören inzwischen auch dazu, auch sie werden in absehbarer Zeit das Kollektiv verlassen.

Der Durchlauf im Kollektiv ist größer geworden, auch durch das Bachelor-Master-System an den Universitäten. „Wir hatten in den letzten Jahren zunehmend Probleme eine Kontinuität aufrecht zu erhalten“, erzählt Felix. Als Nebenverdienst neben dem Studium eignet sich der Job im Kabale gut. Für den kompletten Lebensunterhalt wird es aber eng, wenn man parallel noch studieren muss. Felix ist mit seinem Studium gerade fertig und lebt von seiner Arbeit im Kabale. „Für die wenigsten ist das eine langfristige Perspektive hiervon zu leben“, erzählt er, „dann sucht man sich einen Zweitjob oder noch ein anderes Standbein.“

Für Felix ist klar, dass er nur übergangsweise Vollzeit im Kollektiv arbeiten wird. Er wird, genauso wie Nathalie, irgendwann Göttingen verlassen. Felix bemerkt, dass der Gastronomiebereich ein Niedriglohsektor ist. Um so wichtiger ist ihnen deshalb die kollektive Struktur und der Idealismus, den man mitbringen muss, um die Arbeit so angenehm wie möglich selbstverwaltet zu gestalten. ●

## ANZEIGEN

Informell, knapp und klar: Ossietzky

Die Schlichterin seit 1981 für den öffentlichen und privaten Streit

Ossietzky - die Zeitschrift, die seit 1981 und Witz das Kennzeichen der Berliner Republik ist. Informell, knapp und klar: Ossietzky

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin - jeden 1. und 15. des Monats. Der Inhalt ist unabhängig und kritisch. Der Inhalt ist unabhängig und kritisch. Der Inhalt ist unabhängig und kritisch.

Bestelladresse: Verlag Ossietzky GmbH, Waldstraße 20, 10117 Berlin, Tel. 030 25 136, Fax 030 25 136 136, ossietzky@interdruck.net

Jahresabo / Geschenkabo: 20 Hefen € 28,- (Porto € 14,-), Halbjahresabo / Geschenkabo: 12 Hefen € 22,-, Jahresfördererabo € 104,-, Halbjahresfördererabo € 75,-, www.ossietzky.net

## NETZWERK NEWS

# Fördern Vernetzen Unterstützen

**NETZWERK**  
der politische Förderfonds

Netzwerk Selbsthilfe e.V., als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds, ist mit seiner Idee seit nunmehr 35 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt: Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen Unterstützer\_innen und Spender\_innen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

## Guerilla Gardening ... against all odds.

Guerilla Gardening ist eine Protestform, die ihre Anfänge bereits in den Naturgartenbewegungen der 1970er Jahre hat. Spätestens seit dem 1. Mai 2000, wo Globalisierungsgegner\_innen, Umweltaktivist\_innen und Anarchist\_innen sich auf dem Londoner Parliament Square versammelten, um den Platz umzugraben und zu begrünen, findet diese Protestform beharrlich Anhänger\_innen. Dabei geht es nicht nur um eine schönere Gestaltung des städtischen Lebens, sondern vor allem - gemäß der Transparente auf dem Parliament Square - um die Rückeroberung der Straßen. Seither sind Guerilleros über den gesamten Erdball verteilt und entwickeln den Protest mit Urban Gardening und anderen Formen stetig weiter. Allen gemein ist, dass sie sich nicht auf das Wohlwollen einer Politik verlassen wollen, die sich grundsätzlich an das Ziel der Lukrativität hält - Luxuswohnungen und Gewerbe statt bezahlbare Mieten, Einkaufszentren statt Parklandschaften. Daran entzündeten sich auch die Proteste im Gezi Park und am Taksim Platz in Istanbul und auch die Initiative zum Erhalt des Tempelhofer Feldes (100 %Tempelhofer) in Berlin reiht sich hier ein. Nachbarschaftsgärten bieten die Möglichkeit sozialer Interaktion, Integration sowie des interkulturellen Dialogs oder einfach einen Platz im Grünen. Und sie können ein Mittel sein, Anwohner\_innen zu mobilisieren, ihre Rechte zu stärken und die Geschicke der Stadt in die eigenen Hände zu nehmen.

## Ein neuer interkultureller KIEZGARTEN für alle zum Mitmachen in Berlin Lichtenberg

Der Verein für Sozial Ökologische Entwicklung e.V. hat in Berlin Lichtenberg ein direktdemokratisches und interkulturelles Mit-Mach-Projekt begonnen. Seit August 2013 erstreckt sich der neue Kiezzgarten auf ca. einem Hektar Land in Rummelsburg und steht allen zum Mitmachen offen. Neben den sozialen Begegnungsmöglichkeiten, dient der Garten dem aktiven sozialen Natur- und Umweltschutz - mit Gemeinschaftsbeeten, Pflanzenpatenschaften und Workshops zu politischer Bildung, Umweltbildung und -aufklärung. Vorerst geht es aber um die Erschließung des bisher brachliegenden Geländes. Geplant sind eine Streuobstwiese mit alten Hochstammsorten und ein Modellgartenbereich. Mit dem Projekt wird zudem dem rechtslastigen naheliegenden Weitlingkiez sowie generellen rechten Bestrebungen im sogenannten Natur- und Umweltschutz etwas entgegengesetzt. Dabei versteht der Verein unter sozial ökologischer Patenschaft die verknüpfte, praktische Selbstübernahme der eigenen Umwelt. Eine Art konsequente, aber 'amtlichere' Fortsetzung des Guerilla Gardening - eine Art 'Rekommunalisierung' der städtischen Natur, die direkt von ihren Bewohner\_innen gestaltet werden kann. Das Projekt ist noch im Aufbau, insofern sind Spenden, auch in Form von Werkzeugen, Setzlingen für Obstbäume und anderes sehr willkommen.

Weitere Informationen unter: <http://kiezzgarten.tk>

Stella Napieralla für Netzwerk Selbsthilfe e.V.

<http://www.netzwerk-selbsthilfe.de>

## SENIORENGENOSSENSCHAFTEN

## Warten auf Godot oder Sozialwende durch Bürgerengagement?

Senioren(stützende)genossenschaften als Antwort der gemeinschaftlichen Selbsthilfe auf die Folgen des demographischen Wandel war das Thema einer zweitägigen Veranstaltung des Bundesvereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens. Sie fand am 29. und 30.11.2013 in der Evangelische Akademie Meißener statt. Im Mittelpunkt standen sehr praxisorientierte Vorträge von Burghard Flieger, Vorstand der innova eG, Entwicklungspartnerschaft für Selbsthilfegenossenschaften und Loring Sittler vom Zukunftsfond steckten aber den Rahmen ab, in dem die Zukunftsrelevanz dieser Beispiele erst richtig deutlich wurde.

WINFRIED HAAS, REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN • Niemand hat eine Patentlösung für die Zukunft der gesetzlichen Rentenversicherung. Dasselbe gilt für die Pflegeversicherung. Bis 2050 wird sich die Zahl der Pflegebedürftigen verdoppeln. Gleichzeitig schrumpft das sogenannte „informelle Pflegepotential“. Heute noch werden 70% aller Pflegeleistungen zu Hause erbracht. Vorwiegend ältere Frauen erbringen diese gewaltigen Leistungen im Unsichtbaren, schlecht bezahlt mit Pflegegeld und ohne gesellschaftliche Anerkennung, zumeist pausenlos. Diese Leistungserbringerinnen wird es in einigen Jahren einfach nicht mehr geben, weil sie nicht unsterblich sind – ihnen andere nicht nachfolgen, weil diese nicht geboren wurden, so eröffnet Loring Sittler ein eher düsteres Szenarium über die Folgen des demographischen Wandels in Deutschland:

- Bis 2030 wird die Zahl der 20- bis 65-jährigen Erwerbsfähigen um 6,3 Millionen sinken. Schon heute bleiben mehr als 100.000 Ausbildungsplätze unbesetzt.
- Im selben Zeitraum steigt die Zahl der 60- bis 64-jährigen um 1,6 Millionen.
- Die Zahl der über 65-jährigen wird um 5,5 Millionen zunehmen.
- Entsprechend dramatisch verläuft die Entwicklung beim Verhältnis der aktiv Versicherten in den Sozialversicherungsträgern zu der Anzahl der Rentenbezieher.
- 1960 kamen statistisch 3,9 Erwerbstätige auf einen Rentner. 1990 kamen nur noch 2,3 Einzahler in die Sozialversicherung auf einen Rentner und im Jahre 2012 lag das Verhältnis bei 1,8 zu 1. Dies wird sich wegen der niedrigen Geburtenrate weiterhin deutlich verschlechtern.

Eine Lösung ist nicht absehbar, aber eines ist sicher: Mehr stationäre Pflegeheime wird niemand bezahlen und schon heute fehlen mehr als 25.000 professionelle Altenpflegekräfte. Neben dem Geld fehlt auch das benötigte qualifizierte Personal. Bei der Vereinbarkeit von Familie und Pflege gibt es untragbare Verhältnisse: Rund 2,1 Millionen Erwerbstätige pflegen ihre Angehörigen Zuhause mit durchschnittlich 28 Stunden pro Woche – das kann nicht gut gehen.

## Augen zu und durch

Dennoch ist hier keine einfache Abhilfe möglich. Die Pflegenden sind auf ihren Verdienst angewiesen und viele bekommen kein Pflegegeld, weil die strengen Maßstäbe zur Bewilligung sehr viele Rentner von einem möglichen Bezug ausschließen: Es besteht also eine immer größer werdende Versorgungslücke vor der Anerkennung der Pflegestufe, nicht nur bei dem betreuenden Personal, sondern auch bei der Bezahlung.

Als Ergebnis lässt sich zusammenfassen: Die herkömmlichen Sozialsysteme und die herkömmliche Politik sind dieser Herausforderung nicht gewachsen. Und



▲ Die Tagung Senioren(stützende)genossenschaften war mit 60 hochinteressierten Teilnehmerinnen und Teilnehmern ausgebucht.

Foto: Sonja Menzel

mehr staatliches Geld wird es auch nicht geben. Allein schon die Schuldenbremse im Grundgesetz wird dies verhindern. Sie ist zudem erforderlich, weil es gilt einen Rest an Generationengerechtigkeit zu berücksichtigen. Insofern kommt es darauf an, andere gesellschaftliche Ressourcen zu mobilisieren.

## Genossenschaftliches Engagement

Loring Sittler sieht im bürgerschaftlichen Engagement eine ganz besondere und eine zu mobilisierende Energie. Das Engagement der Genossenschaften wertet er als bürgerschaftliches Engagement! Sie leistet schon heute sowohl beim Wohnen, als auch bei Pflege- und Betreuung sowie bei Bildung gewaltige Dienste. Die Vielzahl der nicht genossenschaftlich organisierten Projekte ist inzwischen unüberschaubar: Es gibt zahllose Patenschafts- und Mentoringprojekte, die gute Dienste leisten. Aber sie alle kommen nicht gegen den großen Strom an.

Die Rechtsform der Genossenschaft ist für Sittler eine ideale Form für die Institutionalisierung des sozialräumlichen Konstrukts „sorgende Gemeinschaft“, die als Zivilgesellschaft in dieser Form handlungsfähig und zum Treiber gemacht werden könnte. Quartiersgenossenschaften oder Generationengenossenschaften könnten gegenüber den „versagenden“ Akteuren in Politik und Verwaltung, aber auch bei den Unternehmen und Stiftungen, auf Augenhöhe ihre Forderungen nach einer ganzheitlichen gesellschaftlichen Entwicklungsstrategie präzisieren.

## Selbstbewusst Selbstorganisieren

Dafür müssten sie, so Sittler, ein anderes Selbstbewusstsein aufzeigen und die eigene Rolle besser verstehen und glaubhaft einnehmen. Getreu dem Subsidiaritätsprinzip bringen sie die Bürger zusammen, die sich selbst organisieren. Eine solche Zusammenarbeit ist natürlich schwierig und voraussetzungsvoll. Sie fällt nicht vom Himmel, sondern muss in den entsprechenden Ermöglichungsstrukturen aufgebaut werden.

Dafür benötigt es personelle Ressourcen – die sind heute nicht vorhanden, da sie sich fast alle in einer Überzahl von Projekten verschleifen und gar keine Zeit oder Energie haben, sich gesamtgesellschaftliche Fragen zu stellen oder gar eine längerfristig wünschenswerte Entwicklung zu überlegen. „Vor lauter Hamsterrad verlieren viele genossenschaftliche Projekte ihre eigene Perspektive“, so Sittler. Wenn sie als ein wichtiger Träger der Zivilgesellschaft aber keine Perspektive haben: Wer soll sie denn erzeugen. Dass die Politik oder die Wirtschaft das ernsthaft bringen könnten, glaubt kaum noch jemand.

## Motivierende Selbstwirksamkeit

Die Hauptmotivation für Engagement ist übrigens die sogenannte Selbstwirksamkeit. Hier sind als Akteure die Genossenschaften in einer gesellschaftlichen Rolle zu sehen, die kaum ein anderer einnehmen kann. Sittler ist überzeugt, die Genossenschaften müssten als Herzkammer der Zivilgesellschaft sich selbst zum Motor und Treiber eines alle Bereiche umfassenden sozialen Wandels machen. Sie könnten handlungsfähige Träger einer regionalen Demographiestrategie werden, denn sie haben die richtigen Prinzipien: Identitätsprinzip, Demokratieprinzip, Solidaritätsprinzip und Förderprinzip: Die Gesellschaft benötigt jedes einzelne davon – und zwar dringend.

Aber auch bei den Genossenschaftsprojekten wird das Rad immer wieder von neuem erfunden, obwohl es eine Vielzahl erfolgreicher ähnlicher Projekte gibt. Die befinden sich aber eben meist an anderen Orten, die keiner der neuen Aktivisten kennt. Von anderen zu lernen, „statt die eigenen Grillen zu verfolgen“, ist essentiell wichtig für jedes neue Engagement – auch bei den Genossenschaften.

## Zu wenig Genossenschaften

Burghard Flieger von der innova eG, betonte in seinem Abschlussvortrag: „Für die Versorgungslücken, die der demographische Wandel mit sich bringt, wird bisher viel zu wenig auf genossenschaftliche Lösungen zurückgegriffen.“ Gründe dafür sieht er zahlreiche. Dazu gehört, dass das Wissen um Genossenschaftsgründungen, wie zu allen Unternehmensgründungen, immer komplexer und anspruchsvoller geworden ist. Gleichzeitig gibt es für dieses Wissen nur wenige zum Lernen aufbereitete Unterlagen. Gründungsinteressierte können gerade im Bereich der Senioren-genossenschaften nicht auf hilfreiche Lernquellen zurückgreifen.

Hinzu kommt, dass es an Genossenschaftspromotorinnen und -promotoren fehlt. In den Anfangszeiten der modernen Genossenschaftsbewegung spielten „Pioniere“ wie Raiffeisen, Schulze-Delitzsch, Pfeiffer und Kauffmann eine ausschlaggebende Rolle. Um eine genossenschaftliche Gründungswelle anzustoßen, werden zahlreiche Promotorinnen und Promotoren benötigt, die mit ihrem Engagement und ihrer Überzeugungskraft andere mit dem „Genossenschaftsvirus“ anstecken. Die auf der Tagung vorgestellten Beispiele sind hervorragende Beispiele dafür.

Ohne Silke Gross und Gerd Hönscheid-Gross, Vorstände der Villa Emma eG in Bonn, ohne Johann Sperl, Vorstand SENIOREN - WOHNEN eG, Neukirchen b. Hl. Blut, ohne Dietrich Elchlepp, Vorstand Sages eG Serviceagentur für Senioren und Familien, Freiburg, ohne Anton und Dorothea Frey von der Familiengenossenschaft eG, Mannheim und ohne Josef Martin, Vorstand der Senioren-genossenschaft Riedlingen e.V., ohne Urs Bürkle, Vorstand VAUBANAISE eG, Freiburg, oder Mathias Abbé, Vorstand, der „Wir für uns eG“ mit Sitz in Heroldsbach gäbe es diese überzeugenden neuen Genossenschaften nicht, die mit ihren Leistungen zu kunftsweisend sind. Alle Genannten haben mit ihrem Einsatz, ihrem Engagement und ihrer Überzeugungskraft eine nicht zu überschätzende Pionierarbeit geleistet. Durch sie sind überzeugende Modelle entstanden, von denen andere sehr gut lernen können.

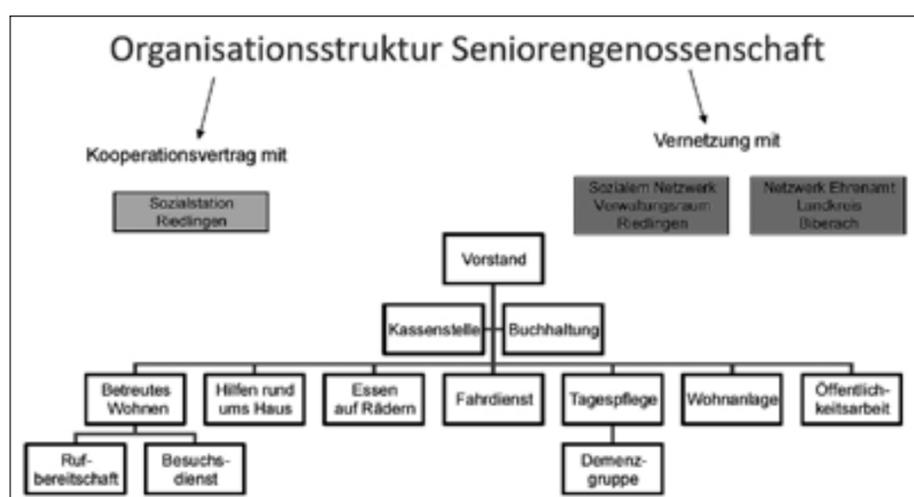
## Dennoch ist hier keine einfache Abhilfe...

Hinter den meisten neuen Genossenschaften stehen, so Flieger, „besonders glaubwürdige Menschen“. Denn diese Genossenschaftsgründungen haben viel mit Überzeugung und Werten zu tun. Früher und heute geht von ihnen nur in Verbindung mit den sich dort engagierenden Menschen etwas „Ansteckendes“ aus. Erst ihre persönliche Ausstrahlung als Promotoren regt zur Nachahmung an. Insofern, neben dem fachlichen Wissen für die Initiierung neuer Genossenschaften ist entscheidend, dass Personen zur Verfügung stehen, die selbst vom Genossenschaftsgedanken überzeugt sind. Vor allem durch sie werden andere zu Gruppengründungen angeregt.

## Gründungswelle vorbereiten

Besonders durch die aktuell für Energiegenossenschaften wichtige Promotorenausbildung zum genossenschaftlichen Projektentwickler wurde die Gründungswelle der Energiegenossenschaften mit auf fundierte Füße gestellt. Rund 200 ausgebildete Promotoren gibt es bisher, von denen zwei Drittel in den 800 Energiegenossenschaften engagiert sind. Bei rund zehn Prozent aller Gründungen sind sie von ausschlaggebender Bedeutung. Der Schwerpunkt der Qualifizierung liegt im Bereich der Gründungsvorbereitung von Selbsthilfegenossenschaften mit Themen wie Gruppenentwicklung, Weiterbildung, Geschäftsideenausarbeitung, Rechtsformgestaltung, Wirtschaftsplanerstellung sowie Finanzierung.

Für Senioren-, Familien-, Generations-, Bürgergenossenschaften oder wie auch immer Genossenschaften genannt werden, die Unterstützung für und mit Senioren zur Verfügung stellen, lassen sich ähnliche Erfolge erzielen. Dafür ist eine Zusammenarbeit vieler Organisationen und Menschen erforderlich. Nur so lässt sich das „gute Geschäft“ mit den Senioren so organisieren, dass die Selbsthilfe eine Chance bekommt, dem Kommerz in diesem Sektor durch Selbstverwaltung und Selbstverantwortung, eigenständige gemeinschaftliche Ansätze entgegenzusetzen. Flieger ist überzeugt, dass dafür im kommenden Jahr die entscheidenden Grundsteine gelegt werden können. ●



▲ Am Beispiel der sehr erfolgreichen Seniorengenossenschaft Riedlingen wird deutlich, wie vielfältig die Tätigkeiten einer Seniorengenossenschaft sein können.

Schaubild: Josef Martin

## DAS WESENKERNSPIEL

## Erkenne, was du wirklich, wirklich willst

Fritjof Bergmann's Konzept der Neuen Arbeit steht für weniger Erwerbsarbeit, für mehr »High-Tech-Selfproviding« und vor allem für »Calling«, also zu tun, was mensch wirklich, wirklich will. Ernsthaft das zu schaffen und zu machen, was der tiefen inneren Motivation entspringt, ist für Bergmann der Inbegriff von Humanität und Freiheit. Aber der kapitalistische Mensch ist anders sozialisiert, was sich in Redeweisen ausdrückt wie »Das hat noch niemandem geschadet« oder »Das Leben ist kein Wunschkonzert«. CONTRASTE berichtete in der Januarausgabe 2012, Nummer 340 über das Konzept Fritjof Bergmanns 'Von der Alten zur 'Neuen Arbeit'. Tief verschüttet, so Bergmann, trägt jede und jeder eine Keimform von individuellen Neigungen in sich, die gelebt werden wollen. Aber wie können Menschen unter ihrem Zurichtungspanzer überhaupt herausfinden, was sie wirklich, wirklich wollen?

VON HEINZ WEINHAUSEN, REDAKTION KÖLN • Inspiriert von ihrer Begegnung mit Fritjof Bergmann 2007 auf dem Kirchentag in Köln stellte sich Christine Jung genau dieser Frage und dieser Herausforderung. Jahrelang beschäftigte die Pädagogin sich immer wieder mit der Suche nach einem passenden Ansatz, nach einer Methode, die für viele Menschen - unabhängig von ihrem Bildungsniveau - attraktiv wäre, sich ihrem inneren Kern zu nähern. Das Ergebnis: Das Wesenskernspiel®, das seit August 2013 auf dem Markt ist.

Das Coaching-Spiel geht vereinfacht dargestellt so: Auf einem Spielplan ziehen die TeilnehmerInnen durch die Lebensbereiche ihrer Biografie. Beginnend mit den Kindheitstagen erinnern sich die SpielerInnen methodengeleitet daran, was sie besonders interessiert hat oder heute noch interessiert, bei welchen konkreten Tätigkeiten sie sich besonders gut gefühlt haben. Die Ergebnisse



werden in Stichpunkten festgehalten. Und so reisen die SpielerInnen in Stationen verweilend durch ihre Biografie.

Nach und nach lassen sich die individuellen Wesenskernkerne finden, lässt sich im Coaching-Prozess heraus-schälen, was die Menschen wirklich antreibt. Nach etwa drei Stunden zeigt sich am Ende des Spiels ein von der Kindheit bis zur Gegenwart durchziehender roter Faden des eigenen Lebens. Die Bewusstwerdung dessen, nämlich zu erkennen, was »in ihnen steckt«, macht viele Teilnehmende regelrecht glücklich.

Auf dieser Grundlage kann die nächste Reise beginnen, die dann aber kein Spiel mehr ist: Konkret damit beginnen - mit oder ohne Begleitung - das zu tun, was mensch wirklich, wirklich will.

Mit einem selbsterstellten Prototyp des Spielplans

hat Christine Jung ihr Konzept erprobt und Erfahrungen gesammelt, die bestätigten, dass das Spiel gut ankommt. Inzwischen hat der Flow Zone Editon-Verlag in Zusammenarbeit mit

Christine Jung das Coaching-Spiel herausgebracht, sorgfältig lektoriert und designed. Nach einem erfolgreichen Crowdfunding konnte die Produktion starten. Inzwischen bietet die Pädagogin darüber hinaus Zertifizierungen für den Einsatz des Wesenskernspiels an.

Christine Jung ist Pionierin, sie hat ein Instrument gefunden, das Menschen in spielerischer Weise hilft, ihre innerste Motivation zu finden. Den Skeptiker wird dies nicht überzeugen. Dagegen hilft nur: Ausprobieren. •

Christine Jung (54) lebt in Voerde.  
Info und Bezug des Spiels: [www.wesenskernspiel.de](http://www.wesenskernspiel.de),  
Flow Zone Edition-Verlag, 2013, 98,50 EUR

## TICKER REPRESSION UND RECHTSFÄLLE

VON JÖRG BERGSTEDT

## Aufenthaltsverbote rechtswidrig

Wenige Tage vor der Großdemonstration "Wir haben Agrarindustrie satt", während der am 31. August die Rothkötter-/Schlachtfabrik im niedersächsischen Wietze (Landkreis Celle) mit Menschenketten eingekreist wurde, wurden mehrere halbjährigen Aufenthaltsverbote erteilt. Den Betroffenen wurde ausdrücklich untersagt, an der Großdemonstration teilzunehmen. Das Verwaltungsgericht Lüneburg (Aktenzeichen: 6 B 40/13) erklärte das Aufenthaltsverbot nach einem dreimonatigen Eilklageverfahren für sowohl formell als auch "materiell" (inhaltlich) rechtswidrig. Formell rechtswidrig sei es, weil es vermeintlich um die Verhinderung von Straftaten ging, und somit die Polizei zuständig gewesen wäre. Materielle Rechtswidrigkeit stelle das Gericht zum einen fest, weil in das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit aus Artikel 8 Grundgesetz (GG) nur auf Grundlage des Versammlungsgesetzes und nicht, wie hier, auf Grundlage des Polizeigesetzes eingegriffen werden darf. Zum anderen hätte das Verbot - selbst, wenn es an sich rechtmäßig gewesen wäre - viel zu lange gedauert. Genauere Informationen unter <http://antiindustryfarm.blogspot.de/2013/11/25/aufenthaltsverbote-rechtswidrig> und <http://www.juris.de/jportal/portal/page/homerl.psm?nid=jnachr-JUNA131103530&cmsuri=%2Fjuris%2Fde%2Fnachrichten%2Fzeigenachricht.jsp>

## Tauriges Jubiläum

Am 24.11.1933 führten die Nazis die Sicherungsverwahrung (SV) in das deutsche Strafrecht ein: Schon Kurt Tucholsky kämpfte in den 20'er Jahren gegen diese Maßregel („Die Weltbühne“ 1928, S. 839) erfolgreich. Aber die Nazis nahmen die SV ins Strafgesetzbuch auf. Das ist nun 80 Jahre her. Und so wie nach 1945 Juristen, Diplomaten, Wirtschaftsführer, Politiker und viele Nazis mehr, in Amt und Würden blieben (oder nach kurzer Zeit wieder kamen) überdauerte auch die SV alle Zeitläufe. Zwar ist heute nicht mehr die unmittelbare physische Vernichtung der ca. 500 männlichen und 3 weiblichen Sicherungsverwahrten angestrebt. Die Haftbedingungen sind, im Vergleich zur NS-Zeit, auch deutlich besser. Aber in der Verzweiflung dürften sich die heutigen Untergebrachten seit 'an Seit' mit jenen von damals fühlen, denn auch wenn viele akzeptieren, dass sie für das, was sie im Leben verbrochen haben, eine Strafe verbüßen müssen und bis zum letzten Tag verbüßt haben, danach weiter eingesperrt zu sein in einem Gefängnis - das zermüht. Ein längerer Text von Thomas Meyer-Falk dazu steht unter <http://de.indymedia.org/2013/11/350061.shtml>

## Prozessmarathon nach dem Klimacamp 2013-11-28

Einen ganzen Rattenschwanz an Gerichtsverfahren zieht das mehr als zweiwöchige Klimacamp mit Reclaim-the-fields-Aktionstagen im August/September 2013 bei Kerpen-Manheim nahe des Hambacher Braunkohletagebaus nach sich. Neben etlichen Strafverfahren wegen Hausfriedensbruch (z.B. gegen einen kompletten Workshop, der auf RWE-Gelände stattfand) wollen die Veranstalter\_innen die versammlungsrechtlichen Einschränkungen vom Verwaltungsgericht überprüfen lassen. Klage und Klageerwidlung dokumentieren, wie hart die Fronten sind: Auf der einen Seite die mit dem Großkonzern RWE vielfach verflochtenen Verwaltungsstrukturen, auf der anderen Seite die Demonst\_rant\_innen, die mit eigener Kraft dem Klimawandel und der Zerstörung der Region etwas entgegensetzen wollen - aber nicht dürfen. Skurril ist eine gegenseitig Strafanzeige zwischen einem Polizeiführer und einem Aktivist. Letzterer hatte sich darüber geärgert, dass die Polizei von Festgenommenen Geld haben wollten, sonst würden sie nicht freigelassen. Der Aktivist bezeichnete dies als Erpressung - und kassierte dafür jetzt eine Gegenanzeige wegen Beleidigung. Es wird also zwei Gerichtsprozesse geben, bei denen die beiden je einmal auf der Anklagebank und einmal als Zeuge dabei sind. Ein Überblick über alle Verfahren mit Links auf die Dokumente findet sich unter [www.projektwerkstatt.de/kohle](http://www.projektwerkstatt.de/kohle).

## Vier Tierbefreiungsaktivist\*innen aus Prozess geworden und dann verurteilt

Am Donnerstag, den 24.10.2013, fand der Prozess gegen vier mutmaßliche Schlachtfabrikblockierer\_innen am Amtsgericht Straubing statt. Den Angeklagten wurde vorgeworfen, sich an einer Blockade der Wiesenhofschlachtfabrik bei Bogen am 9. März diesen Jahres beteiligt zu haben, indem sie sich an mehrere Betonfässer ketteten. Die Anklagepunkte lauten Hausfriedensbruch, Nötigung und Körperverletzung.

Das Rechtssystem versucht Misstände, wie tagtägliche Ausbeutung und Tötung von Tieren, und legitime Proteste dagegen durch ein Gerichtsverfahren zu kriminalisieren. Während dieses Prozesses zeigte die Justiz zudem, wie sie mit Leuten umzugehen denkt, die sich nicht unterwürfig verhalten. Das von den Robenträger\_innen selbst hochgehaltene Recht missachteten sie dabei. Denn als eine Angeklagte wider der richterlichen Untersagung, aber rechtmäßig das Wort ergriff, um einen Befangenheitsantrag zu stellen, eskalierte die Situation im Saal. Der Richter ließ den gesamten Zuschauerraum und die Angeklagten polizeilich räumen. Die vier Angeklagten und ein Zuschauer wurden in Ordnungshaft gebracht. „Wir wurden von den Polizist\*innen misshandelt, sie haben

uns die Handgelenke verdreht, an den Haaren gezogen und uns mit Schmerzgriffen in die Zelle gebracht. Dort wurden wir vor männlichen Polizisten untersucht. Ich habe Schmerzen und bin mit den Nerven am Ende. Ich fühlte mich nicht mehr verhandlungsfähig“, berichtete eine angeklagte Aktivistin später. Trotzdem wurde die Verhandlung nun unter Ausschluss der Angeklagten und der Zuschauer\_innen fortgesetzt. Nach 90 Minuten wurden die Beschuldigten wieder in den Gerichtssaal geführt und versuchten erneut, Einspruch gegen das richterliche Verhalten zu erheben. Die Reaktion bestand darin, nach kurzer Zeit eine erneute Ordnungshaft gegen die Angeklagten zu verhängen. Die Beweisaufnahme fand demnach in Abwesenheit der Angeklagten statt. Diese hatten weder Möglichkeit sich selbst zur Sache zu äußern, noch die geladenen Zeug\_innen zu befragen. Erst nach dem Prozessende wurden die Inhaftierten wieder frei gelassen. Das Gerichtsurteil erfuhren sie von Pressevertreter\_innen, die den Prozess bis zum Ende verfolgt hatten. Von Seiten des Gerichts wurde ihnen die Auskunft darüber verwehrt.

## Empfehlung: Günstige Gesetzessammlungen

Bei der Bundeszentrale für politische Bildung kann für 4,50 € eine Sammlung von Grundgesetz, Staatsverträgen, europäischen Rahmengesetzen, Partei- und Wahlgesetzen plus einem umfangreichen Stichwortverzeichnis bezogen werden. Sie erschien 2012 unter dem Titel „Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland“ und umfasst satte 527 S. Das dicke Buch ist auf [www.bpd.de](http://www.bpd.de) zu finden und bestellbar.

## Was Polizist\_innen so lernen ...

Rechtsbrüche und Willkür durch Polizeibeamt\_innen sind oft durch eine Ausbildung bedingt, in der fast uneingeschränkte Machtbefugnisse suggeriert werden. Davon zeugen auch die entsprechenden Schulungsbücher, z.B. die Reihe „Kompendium für Studium, Praxis und Fortbildung“ aus dem Nomos-Verlag in Baden-Baden. So bietet zum Beispiel das Werk „Polizei- und Ordnungsrecht Hessen“ (Autoren: Lothar Mühl/Rainer Leggereit/Winfried Hausmann, 4. Auflage 2013, 237 S., 26 €) zwar eine übersichtliche und komprimierte Darstellung der Eingriffsmöglichkeiten von Ordnungsbehörden nach dem allgemeinen Polizeirecht (in Hessen vor allem: HSOG) bzw. zur Gefahrenabwehr. Es schildert, illustriert mit Beispielen, die praktischen Fälle des Handelns von Polizei und anderen Ordnungsbehörden, vermittelt aber zu weite Handlungsbefugnisse. Zudem sind die gesetzlichen Grundlagen zwar meist genannt, leider aber nur selten zitiert. Für den Lesefluss wäre es mitunter besser, der Paragraph stünde ausformuliert im Text. Internetseite zum Thema: [www.projektwerkstatt.de/antirepression/polizeigewalt.html](http://www.projektwerkstatt.de/antirepression/polizeigewalt.html)

## BROSCHÜRE "FÖRDERTÖPFE FÜR VEREINE" NEU ERSCHEINEN

## Netzwerk Selbsthilfe

VON BERND HÜTTNER, REDAKTION BREMEN • Geld ist immer knapp im unübersichtlichen Feld der politischen, sozialen und künstlerischen Initiativen. Seit mehr als zehn Jahren gibt das Netzwerk Selbsthilfe (Berlin) regelmäßig die Broschüre "Fördertöpfe für Vereine, selbstorganisierte Projekte und politische Initiativen" heraus. Das dicke Heft ist ein praxisorientiertes Nachschlagewerk für alle Gruppen und Initiativen, die nach Finanzierungswegen zur Verwirklichung ihrer Ideen suchen. Es versammelt und portraitiert mehr als 330 Stiftungen und Förderquellen - und bietet damit Tipps zu Fördermöglichkeiten in den Bereichen Bildung, Jugend, Arbeit, Umwelt-, Soziales, Migration, Antifaschismus, Integration, Wohnen, Kultur, Frauen, Queer Leben und Entwicklungspolitik. Die Hinweise und Tricks zur Antragstellung machen die Broschüre zu einem hilfreichen Wegweiser durch den Dschungel der Finanzakquise. •

Netzwerk Selbsthilfe e.V. (Hrsg.): Fördertöpfe für Vereine, selbstorganisierte Projekte und politische Initiativen, 12. vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage, Berlin 2014, 208 Seiten, 20 Euro plus Porto und Verpackung. Zu bestellen per Rechnung unter <http://bestellen.netzwerk-selbsthilfe.de>

## ANZEIGEN

iz3w  
# 340  
Eigentor Brasilien - vom Elend eines Global Players  
Außerdem: ► Frauenrechte in Indien ► Punk in Lateinamerika ► Aufbau im Südsudan ...  
60 Seiten, Einzelpreis €5,30  
auch als PDF-Download  
iz3w ► Telefon (0049) +761-740 03  
info@iz3w.org · www.iz3w.org

**DIE SINNE SCHÄRFEN!!!**  
**JETZT TESTEN:**  
analyse & kritik  
Zeitung für linke Debatte und Praxis  
4 Ausgaben für 10 €  
Bestellungen: [www.akweb.de](http://www.akweb.de)

**ZAG**  
ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT  
NUMMER 64/2013 · ISSN: 2192-6719 · EUR 5,00  
THEMA  
**LINKE DISKUSSIONSKULTUR**  
ZAG c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V.  
im Mehringhof.  
Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin  
E-Mail [redaktion@zag-berlin.de](mailto:redaktion@zag-berlin.de)  
Internet [www.zag-berlin.de](http://www.zag-berlin.de)

## KRISEN UND GLOBALE HERAUSFORDERUNGEN

# Buen Vivir und Vergesellschaftung

„Dieser Planet hat [...] ein Problem: die meisten seiner Bewohner waren fast immer unglücklich. Zur Lösung dieses Problems wurden viele Vorschläge gemacht, die drehten sich meistens um das Hin und Her kleiner bedruckter Papierscheine, und das ist wirklich drollig, weil es im großen und ganzen ja nicht die kleinen bedruckten Papierscheine waren, die sich unglücklich fühlten. Und so blieb das Problem bestehen. Vielen Leuten ging es schlecht, den meisten sogar miserabel, selbst denen mit Digitaluhren.“

VON ULRIKE KUMPE, REDAKTION HANNOVER • Dieses Zitat aus dem Science Fiction Roman „Per Anhalter durch die Galaxis“ von Douglas Adams fasst in prägnanter und humoristischer Weise zusammen, worum es nicht gehen kann, wenn gesellschaftliche Veränderungen entwickelt werden. Wenn es aber nicht um das liebe Geld geht, ist unweigerlich Frage, warum es dann geht.

Im andinen Konzept des Buen Vivir oder Sumak Kawsay werden von den Indigenas Boliviens und Ecuadors in besonderer Weise zentrale Paradigmen der aktuellen Gesellschaften in Frage gestellt.

- Muss Wohlstand auf industriellem Wachstum, dem Generieren von Profit und damit auf einer ungebremsten Ressourcenausbeutung basieren?

- Wie wollen wir produzieren und was?
- Wie ist unser Verhältnis zur Umwelt?
- Wie wollen wir zusammen leben, mit wem und in welcher Form?

Akut sind diese Fragen nicht nur in Lateinamerika. Die Gründe hierfür sind nicht schwer zu finden. Europa steckt in einer schweren Wirtschafts- und Finanzkrise, die vor allem eine soziale Krise hervor gebracht hat. Große Teile der europäischen Bevölkerung in Griechenland, Spanien und Portugal verarmen in rasendem Tempo und selbst in Deutschland wird die Verarmung vieler Menschen spürbar. Es dümmert langsam – und zwar sehr langsam – immer mehr Menschen, dass die Lösungen nicht in den neoliberalen Heilsversprechen vom unendlichen Wachstum und dem daraus angeblich resultierenden Wohlstand für alle liegen. Und eben nicht am Geld.

Auch Bolivien und Ecuador ebenso wenig wie Deutschland alleine können mal eben so Schluss machen mit dem Kapitalismus.

## Das gute Leben – Buen Vivir

Das eingebrachte traditionelle Konzept der Indigenas in eine gesamtgesellschaftliche Debatte und seine verfassungsrechtliche Verankerung löst die zugrunde liegenden Probleme dennoch nicht einfach so. Wie faszinierend der Erfolg, den die Indigenas in Bolivien und Ecuador für sich errungen haben, auch sein mag, für Menschen mit dem Anspruch Gesellschaft zu verändern – es entbindet niemanden davon, die eigenen Kämpfe führen zu müssen.

Schon alleine der Name „das gute Leben“ fasziniert. An erster Stelle ist kein Verzicht formuliert, kein du darfst nicht, du sollst nicht, du kannst doch nicht. Das mag so manchen Protestanten unter den Gesellschaftsveränderern die Stirn in Falten legen, innerlich lässt es einen aufatmen, mensch darf also doch leben und gut dazu – aber wie der Untertitel der Broschüre der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Buen Vivir schon sagt „Jenseits von Entwicklung und Wachstum“. Damit liegen die Schwierigkeiten auf der Hand. Weil unsere Vorstellungen, nicht nur hier im Zentrum Europas, sondern auch in weiten Teilen Boliviens und Ecuadors genau davon geprägt sind. Zwar sind die Theorien der Entwicklungsstadien, einer jeden Gesellschaft, meistens vom Tisch. Was auch lateinamerikanischen Theorien zu verdanken ist: den Dependenztheorien. Der zu führende Beweis war, dass die Länder Lateinamerikas den europäischen Ländern nicht um 150 Jahre in ihrer Gesellschaftsentwicklung hinterher hinken und aufholen müssen. Auch wenn die zumeist daran gekoppelte

Frage, ob denn nun eine bürgerliche oder sozialistische Revolution gemacht werden müsse, vielleicht etwas in die Irre führte.

Doch die Vorstellung, dass nicht nur der Mensch sich evolutionär entwickelt, sondern alle Gesellschaften sich entwickeln und entwickeln müssen, ist vermutlich niemandem fremd. Es gab einen Anfangspunkt, der populärerweise zumeist in der Steinzeit gesucht wird, über die heutige industrielle Gesellschaft hin zu einer noch utopischen Idealgemeinschaft, in der sich dann endlich alle lieb haben. Entwicklung bedeutet Fortschritt, Fortschritt bedeutet Wachstum und Wachstum bedeutet Wohlstand. Nur nicht für alle Menschen. Die ökologischen und sozialen Folgen sind verheerend.

## Eine Idee aufzuschreiben bedeutet nicht ihre Umsetzung

Das Buen Vivir will damit brechen und stellt die Beziehung der Natur in den Vordergrund und bestimmt sie als eigenständiges Rechtssubjekt. Es wendet sich gegen Entwicklung mit einem linearen Anfang und Ende. Die Idee des Gleichgewichts ist zentral – zwischen Produktion und Reproduktion, zwischen Nutzen und Regenerieren. Drittes zentrale Element sind die indigenen Traditio-



Foto: Ulrike Kumpe

onen der Kosmvisionen, die vor allem Relevanz in der Abkehr zu den kolonialen Traditionen haben und die Eigenständigkeit indigener Kultur, Sozialität und Rechtsformen betonen. Die Konzeption Ecuadors und Boliviens als plurinationale Staaten finden darin unter anderem ihren Ausdruck. Die Verankerung in der Verfassung ist ein enormer Erfolg, auch wenn es eher den Anfang eines Weges markiert. Die Verankerung in den Verfassungen bedeutet keineswegs auch eine erfolgreiche Umsetzung und das gilt nicht nur für Lateinamerika.

Die neuen Regierungen unter Evo Morales und Rafael Correa setzen ihre Politiken auf sehr unterschiedliche Weisen um, und dazu gehören zweierlei nicht so fortschrittliche Elemente. Sie alle haben die starke Position des Präsidenten verstärkt und Wiederwahlmöglichkeiten ausgebaut und sie setzen weiterhin stark auf die Ausbeutung natürlicher Ressourcen. Dennoch gibt es einen deutlichen und entscheidenden Unterschied. Die Abkehr vom Neoliberalismus mit dem sie angetreten sind wurde umgesetzt. Öl- und Gasvorkommen wurden verstaatlicht. Das darüber vervielfältigte Staatseinkommen in Sozialprogramme wie allgemeine Gesundheitsversorgung und Sozialhilfe für die Ärmsten umgesetzt. Es wird auf den Staat gesetzt. Dass Menschen hier versuchen neue Wege zu gehen, muss mensch nicht schlecht reden, nur weil diese holprig sind.

## Zurück in Deutschland

Von einer Verfassungsänderung im Sinne eines Buen Vivir oder auch nur im Sinne nachhaltiger Entwick-

lung, weil es in Deutschland dafür eine Mehrheit gibt, Umsetzung hin oder her, sind wir weit entfernt. Auch unsere Regierung setzt weiterhin auf Wohlstand durch Wachstum, Profit und Konsum. Doch auch hier gibt es unterschiedliche Ideen zur Veränderung der Gesellschaft im Sinne der eingangs gestellten Fragen. Die Herauslösung industrieller Produktion aus jeglicher gesellschaftlicher Verantwortung und Reproduktion, Menschen und Natur gegenüber, ist ein Problem, das alle Gesellschaften belastet und die Umwelt zerstört. Beim Paradigma „mach dir die Erde untertan“ haben unsere Vorfäter wohl vergessen, das dieselbe unsere einzig verfügbare Lebensgrundlage darstellt. Die Idee Entwicklung als Herstellung von Gleichgewichten zu sehen ermöglicht eine andere Sicht. Wo etwas weggenommen wird, muss auch wieder etwas regeneriert werden. Trotz relativ hoher Umwelt- und Sozialstandards in Deutschland geraten auch diese in Anbetracht kapitalistischer Produktion immer wieder ins Absurde. Während die Haushalte Strom sparen, werden Energieüberschüsse an die Industrie zu günstigen Preisen abgegeben. Während die Haushalte in Deutschland zur Mülltrennung angehalten werden, macht das ohne gut funktionierendes Recyclingsystem eigentlich keinen Sinn. Wie kann gesellschaftlich verantwortlicher und reproduktiver produziert werden?

## Energiekonzerne enteignen und vergesellschaften?

Kurz zurück zu den Problemlagen. Energiekonzerne eignen sich deshalb so besonders gut als Beispiel, da sie eingebunden sind in eine ganze Reihe lokaler und globaler Probleme und weil es in Deutschland alle betrifft. Betriebe, wie Haushalte, kollektiv oder konventionell organisiert. Gesellschaftliche und ökologische Verantwortung übernehmen sie kaum. Der Bund der Energieverbraucher schreibt auf seiner Webseite: „Insgesamt sind immer mehr Deutsche von Armut betroffen. Bundesweit werden zwischen 600.000 und 800.000 Haushalte wegen Zahlungsrückständen vom Stromnetz getrennt und verbleiben im Dunkeln und Kalten.“ Zahlen von Wikipedia zufolge setzt beispielsweise der Vattenfallkonzern entgegen aller Werbekampagnen weiterhin mit über 80 Prozent auf nukleare und fossile Energiegewinnung.

Energiegewende sieht anders aus – soziale Verantwortung auch.

Während in Hamburg der Volksentscheid zur Rekommunalisierung Erfolg hatte, wurde dieser in Berlin verloren. Gegenbewegungen sind da, doch auch hier werden sie politisch nicht zwingend hofiert. So forderte die SPD im Vorfeld zweimal auf, gegen den Energietisch zu stimmen und ließ die Volksentscheidsterminierung auf den 22.09.2013, dem Wahlsonntag, nicht zu.

Die politisch Verantwortlichen setzten sich gegen ein demokratisches Konzept durch. Wie der rbb – online berichtet ging der Vorschlag des Energietisches dem Berliner Senat vor allem im Punkt Bürgerbeteiligung zu weit. Der Energietisch schlug vor, dass der Verwaltungsrat des Stadtwerks lediglich von zwei Senatoren besetzt wird, aber mit sechs direkt gewählten BürgerInnen und sieben Beschäftigte.

## Wohin die Reise auch geht

Die Wege gesellschaftlicher Veränderungen sind holprig, ob hier oder in Ecuador oder Bolivien. Mit etablierten politischen und wirtschaftlichen Eliten muss sich auseinandergesetzt werden und die bedienen sich gerne der Floskel der Nicht-Finanzierbarkeit. Oder wie Wowerit es dem Brandenburgischen Rundfunk gegenüber ausdrückte, Stadtwerke sind gewünscht, unkalkulierbare finanzielle Risiken nicht. Auch hier fällt unter den Tisch, dass es um etwas anderes ging: um den Rückkauf des Stromnetzes von Vattenfall. Eine solidarische Gesellschaft kann unter jetzigen Bedingungen nicht finanziert werden, weil es finanzielle Enteignungen voraussetzen würde. Solidarische Gesellschaft sollte nicht darauf basieren Almosen zu verteilen, sondern jedem Menschen die Möglichkeit bieten, eine aktive Rolle in der Gesellschaft zu spielen und das ist keine Frage des Geldes. Es bedarf anderer Herangehensweisen. Athur Dent, der Protagonist des besagten Romans „Per Anhalter durch die Galaxis“, und wie er denkt letzter Mensch im Universum, da die Erde leider einer intergalaktischen Umgehungsstraße weichen musste, bemüht sich immer wieder nicht in Panik zu verfallen. Die Zukunft ist ungewiss auch für uns, aber dennoch können wir jetzt anfangen sie neu zu denken und zu gestalten, solange dieser Planet nicht für eine Umgehungsstraße gesprengt wird. ●

## Die Idee der Vergesellschaftung

Die Idee der Vergesellschaftung basiert im Kern auf einer Idee der Demokratisierung und der Integration gesellschaftlicher Verantwortung in Produktions- und Betriebsstrukturen. Es bedeutet vor allem keine Verstaatlichung, auch wenn dies im Hier und Jetzt Teilstrukturen betreffen kann. Es geht um Mitbestimmung, im gewerkschaftlichen Sinne, die aber über eine Mitarbeitermitbestimmung deutlich hinaus weist. Es geht um die Integration gesellschaftlicher Gruppen bei Entscheidungsprozessen und die Übernahme von Verantwortung, aber auch tatsächliche Entscheidungskompetenz. Es geht ebenso darum, die Ausklammerung reproduktiver Arbeit aus der gesellschaftlichen Verantwortung zu beenden. Arbeit anders zu verteilen und zu bewerten. Dies erfordert andere Strukturen des Umgangs, des Entscheidens und des Besitzens. Es erfordert zukünftig auch eine Antwort darauf wie auf Veränderungen reagiert werden kann. Was ist wenn ein Betrieb und seine Produkte überflüssig geworden sind? Wie kann gesellschaftlich damit verantwortlich umgegangen werden? Ansätze dazu gibt es bereits in Form von Wasser- und Energietischen, Genossenschaften, Kollektivbetrieben – bisher alles eingebunden in kapitalistische Strukturen.

## ANZEIGEN

express

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT



Niddastraße 64 60329 FRANKFURT  
**express-afp@online.de**  
 www.express-afp.info  
 Tel. (069) 67 99 84

Ausgabe 12/13 u.a.:

- Anton Kobel: »Doch Stress statt Streik vor Weihnachten«, zum Tarifabschluss im Einzelhandel
- Stefan Schoppengerd: »Living Dead – Große Koalition: Tarifeinheit und Streikrechtsbeschneidung, die Zweite«
- »Der nachhaltige Blitz« – Interview mit Jonas Berhe über Organizing-Erfahrungen in Deutschland
- Marcus Schwarzbach: »Die nächste Wahl ist immer die schwerste«, zur Vorbereitung der Betriebsratswahlen 2014
- L'Unita: »Bio-Sklaven – Arbeitsbedingungen im italienischen Gemüseanbau«
- Stefan Meyer: »Zerstörung eines Vorzeigemodells« – Spaniens Gesundheitssystem im Zeichen der Austerität
- Bodo Zeuner: »Entwicklungspartnerschaft« mit Unbekannten«, internationale Solidarität zwischen China und Deutschland

Ich möchte den express kennenlernen und bestelle die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. Vkr.)

## ANZEIGEN

**Genossenschaft gründen?**  
 www.genossenschaftsgruendung.de  
 Telefon 040 - 23 51 97 90  
 Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

**DER RABE RALF**  
 Umweltabhängiges Monatsblatt aus Berlin  
 Unkonventionelles & Hintergründiges aus der vielfältigen Umweltzone  
 - von Naturschutz bis "Anders Leben" - dazu Tips, Termine & Adressen  
 Kostenlos an vielen Ausgabepunkten wie Bibliotheken, Naturwaren- und Umweltaäden oder für halbjährlich 10 € per Unterschriftsgabe ins Haus.  
 Kostenlose Probeausgabe bei: DER RABE RALF, Postfach 100 230, 10405 Berlin. ☎ 03044339147

**"Alles was zählt..."**  
 Nicht nur an Weihnachten  
 SPENDET für inhaftierte Genossinnen und Genossen!  
 IBAN: DE25 2608 0001 0006 0302 39 0001  
 Kontonummer: 560329 862 260 900 01 Sparkasse Cottbus  
 Verwendungszweck: Wehrschaff  
**SOLIDARITÄT**  
 www.rote-hilfe.de

## Schneewittchen und die Arbeit



Was hat eigentlich Schneewittchen mit feministischer Ökonomie zu tun? Diese Frage beantwortet das Werkstattbuch „Schneewittchen rechnet ab.“ der Gender AG von attac. Der Sammelband entstand infolge einer Tagung zu (queer)feministischer Ökonomie im Herbst 2012. Neben Aufsätzen sind Dokumentationen künstlerischer Performances, Diskussionen und Workshops enthalten.

Schneewittchen ist eine sehr „unfeministische“ Märchenfigur: Sie wird auf ihr Äußeres reduziert und soll deshalb getötet werden. Zudem arbeitet sie unentgeltlich als Dienstmädchen bei den sieben Zwergen und wird vom obligatorischen Prinzen gerettet. Die Brücke zur feministischen Ökonomie findet sich vor allem am Punkt der unbezahlten Hausarbeit. Doch auch dominante Vorstellungen von weiblicher Schönheit, die zentral mit dem Kriterium des „Weißseins“ operieren, spiegeln sich in Schneewittchens Geschichte.

Der Band bildet die Vielfalt feministischen Lebens und Arbeitens ab und macht deutlich, dass es einen gemeinsamen Kern der Kritik gibt: Die Marginalisierung weiblicher Arbeit, die Ungleichverteilung verschiedener Arten von Arbeit und die damit verbundene Restriktivität des Arbeitsbegriffs. Die Marginalisierung weiblicher Arbeit tritt in vielfältigen Formen auf: In typischen „Frauenbranchen“ ist das Gehalt in der Regel niedriger, die Arbeitsbelastung stärker und das gesellschaftliche Ansehen schwächer. Hinzu kommt, dass Reproduktionsarbeit nicht als „richtige“ Arbeit anerkannt ist.

Sobald Hausarbeit, Kindererziehung, Pflege von Angehörigen usw. als Arbeit betrachtet wird, tritt ihre Ungleichverteilung deutlich zutage. Frauen leisten nach wie vor den Großteil unbezahlter Reproduktionsarbeit. Bezahlte Reproduktionsarbeit wird in der Regel zu einem geringen Entgelt von Frauen geleistet. Dabei handelt es sich mehrheitlich um Migrantinnen und schlecht ausgebildete Frauen. Die Ungleichverteilung vollzieht sich also auch entlang der Kategorien Klasse und Ethnizität.

Diese Kritikpunkte führen letztlich zu der Frage nach dem herrschenden Arbeitsbegriff. Um ihn zu wandeln, braucht es eine grundsätzliche Kritik an der kapitalistisch-patriarchalen Wachstumslogik. Reproduktionsarbeit muss als die eigentlich produktive Form von Arbeit anerkannt werden, da sie die unverzichtbare Grundlage für jedes Wirtschaftssystem schafft. Zudem muss die Norm der Vollzeitarbeit infrage gestellt werden. Das Phänomen der Arbeitslosigkeit weist schließlich darauf hin, dass die Entwicklung der Produktivkräfte die Verkürzung der Arbeitszeit ermöglicht.

Feministische Ökonomie trägt also immer auch ein utopisches Moment in sich. Sie stellt die Frage, wie Leben, Arbeiten und Wirtschaften jenseits von neoliberalen Wachstumsdenken organisiert werden und wie dadurch für alle Menschen ein besseres, erfüllteres Leben entstehen kann. Allein das macht eine Beschäftigung mit dieser Materie und die Lektüre dieses Buches mehr als lohnenswert.

Rahel Wusterack

Christine Rudolf, Dorren Heide et al. (Hg.): Schneewittchen rechnet ab. Feministische Ökonomie für anderes Leben, Arbeiten und Produzieren, VSA Verlag, Hamburg 2013, 208 Seiten, 16,80 EUR, ISBN 978-3-89965-576-6

## 10 Jahre berührende Bücher über Bauernkinder



Ich habe den Überblick verloren, wie viele Bücher über das Leben von in der Landwirtschaft geborenen Frauen Ulrike Siegel mittlerweile veröffentlicht hat. Weit vor dem infantilen Hype um das Leben auf dem Land (Stichwort: Landlust und ihre vielen Nachfolger) hat sie der Generation der heute 35 bis 55-jährigen, auf dem Bauernhof aufgewachsenen eine Stimme gegeben. Die unerwartet gute und bis heute anhaltende Resonanz spiegelt die Authentizität der Beiträge wieder – und Ulrike Siegel, die seit Jahren Vorsitzende des Evangelischen Bauernwerks in Württemberg ist, dürfte wiederum den Überblick verloren haben, wie viele Veranstaltungen sie selbst oder die Bauerntöchter mittlerweile absolviert habe. Es müssten mehr hundert sein.

Die in der Regel persönlichen Texte berichten von einem Leben zwischen Tradition und Moderne, zwischen

Kuhstall und Gymnasium, zwischen Hühnerstall und playmobil. Sie erzählen vom Stolz auf die Schaffenskraft der Eltern und die Abneigung gegen ihre Sparsam- oder Engstirnigkeit. Sie reflektieren auf eine sehr nahe gehende Weise über die Prägung einer Kindheit auf einem Bauernhof, die wohl mit keiner anderen vergleichbar ist. Sie berichten von Wurzeln und Stärke, von Heimweh, auch von Zerrissenheit. Im 2011 erschienen Band „und dann habe ich den Hof verlassen“ (siehe CONTRASTE März 2012) berichten Frauen von ihrem Scheitern. Dunkle Seiten des Landlebens werden darin offen angesprochen.

Im neuesten, eben erschienenen Buch, das 18 Beiträge enthält, blicken Bauerntöchter, die bereits in den ersten drei, 2003 bis 2005 erschienen Büchern geschrieben haben, auf die letzten Jahre zurück. Ulrike Siegel hat vielen eine Stimme gegeben, immense Wirkung erzielt und völlig zu Recht hat sie dafür Ende 2010 den Bundesverdienstorden verliehen bekommen.

Bernd Hüttner

Ulrike Siegel: „Einen Hof verlässt man nie ganz“. In der Lebensmitte – ein neuer Blick zurück nach vorne, Landwirtschaftsverlag, Münster 2013, 158 Seiten, 14,95 €

## Filmdokumentation zu Ernährungssouveränität in Zeiten des Klimawandels in Bangladesch



Ernährungssouveränität ist die zentrale Forderung der kleinbäuerlichen Bewegungen in Bangladesch. Angesichts Klimawandel, Flächenknappheit und Landkonflikten setzen sie sich für eine gerechte Landverteilung und eine selbstbestimmte Agrarproduktion ein. Eigene Parzellen sowie kulturell und ökologisch angepasstes Saatgut sehen sie als Basis für die Nahrungsmittelversorgung. Die Bewegungen verfolgen ihre Ziele gegebenenfalls mit radikalen Mitteln: Sie besetzen und bewirtschaften Land, das ihnen laut Gesetz zusteht, aber aufgrund von Korruption nicht übertragen wird.

Der Anbau für den Eigenbedarf und die lokalen Märkte wird durch die Kapitalisierung des Agrarsektors stark gefährdet. Seit der „Grünen Revolution“ in den 1960er Jahren nimmt der Einfluss von Saatgut- und Chemiekonzernen beständig zu. Die Abhängigkeit von Dünger, Pestiziden und modifizierten Samen sowie die infrastrukturellen Eingriffe durch Staat und Weltbank haben die Lebensbedingungen der Kleinbäuerinnen und -bauern verändert. Höhere Produktionskosten und sinkende Bodenfruchtbarkeit sind die Schattenseiten der gesteigerten Ernten, die viele in die Verschuldung treibt. Heute gelten drei Viertel aller Bangladescher offiziell als landlos und haben laut „Kash-Land-Gesetz“ Anspruch auf eigene Parzellen. Doch Korruption in Politik und Verwaltung verhindern die Enteignung von Großgrundbesitz und die Übertragung von Staatsflächen.

Der Klimawandel trifft Bangladesch mit am stärksten. Während der Meeresspiegelanstieg die Anbauflächen verknappt, gefährden Stürme, Bodenversalzung und Dürre die kleinbäuerliche Landwirtschaft. Dennoch hält der Staat am Konzept der „Ernährungssicherheit“ fest. So soll der transnationale Agrarsektor die Versorgung garantieren und die eigene Landwirtschaft den Weltmarkt beliefern. Exemplarisch steht für dieses Konzept die abgeholzte Küstenregion mit den profitablen Shrimps- und Fischbecken.

Das Filmteam begleitete die internationale „Karawane für Ernährungssouveränität, Klimagerechtigkeit und Frauenrechte“ durch Bangladesch. In den folgenden Monaten wurden die zentralen Themen vertieft: Folgen der Erderwärmung, Einkommen und Eigentum von Kleinbäuerinnen und -bauern, die „Grüne Revolution“, Unterschiede zwischen den Konzepten „Ernährungssouveränität“ und „Ernährungssicherheit“, „Land Grabbing“ und Landkonflikte sowie Strategien und Kämpfe der Landlosen-Bewegung.

Im Film kommen Kleinbäuerinnen und -bauern, landlose Tagelöhner\_innen, Aktivist\_innen verschiedener südasianischer Bewegungen sowie Mitarbeiter\_innen von NGOs, Politiker\_innen und Wissenschaftler\_innen zu Wort.

„Über den Tellerrand“ – Ernährungssouveränität in Zeiten des Klimawandels (HD, 85 Min., BANGL/D 10/2013). Ein Film von Jürgen Kraus und Heiko Thiele. Produktion: Zwischenzeit e.V., Münster. Verkaufspreis (ohne Versandkosten): DVD: 13 €, Blu-Ray: 15 €.

Von jedem verkauften Film gehen 2€ an die Landlosen-Bewegungen in Bangladesch. Das Filmteam führt gerne Veranstaltungen mit der Dokumentation durch. Bestellung und Kontakt: film(at)zwischenzeit-muenster.de. Filmtrailer: www.zwischenzeit-muenster.de. — Quelle: Mitteilung von Zwischenzeit e.V.

## Junge Wohnungsgenossenschaften stellen sich vor



Wohnungsgenossenschaften gibt es seit über 100 Jahren. Nachdem die akute Wohnungsnot in der Nachkriegszeit gestillt war, waren Wohnungsgenossenschaften bis in die 1980er Jahre aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit verschwunden. Erst mit den Hausbesetzungen und der Alternativbewegung entstand ein neues Interesse an der Rechtsform Genossenschaft, als Instrument von unten. Hausbesetzungen wurden legalisiert durch Instandbesetzungen. Legalisiert heißt auch, dass ein Rechtsträger fassbar ist. Die Schanze eG in Hamburg ist dafür ein Paradebeispiel. In den letzten 25 Jahren ist die Rechtsform Genossenschaft nun auch in bürgerliche Kreise eingewandert. Die Inhalte haben sich über generationsübergreifendes Wohnen, ökologisches Wohnen, bis zum aktuellen Thema Wohnen mit Pflege ausdifferenziert.

Die seit zehn Jahren, im Wohnbund angesiedelte AG Junge Genossenschaften hat nun ein ansprechend bebildertes Buch heraus gebracht. Gewinnbringend ist dabei, dass die AutorInnen nicht stellvertretend für die Projekte schreiben, sondern selbst in Projekte involviert sind, sei es als BewohnerInnen oder in den Funktionen der Genossenschaften. Kathleen Battke von Amaryllis eG in Bonn hat die Ausgabe liebevoll gestaltet und die Einleitungstexte formuliert. In jedem Vorspann spürt man das profunde Wissen, welches sich von den konkreten Erscheinungen im Projekt bis in die wissenschaftliche Abstraktionsebene erstreckt. In die kollektive Zusammenarbeit für das Buch waren weiterhin die Projekte FrauenWohnen eG, München, genowo eG, Berlin, Ölberg eG, Wuppertal, Rietho eG, Oberhausen, Schanze eG, Hamburg, Villa Emma eG, Bonn, Wagnis eG, München, wogeno eG, München, Wohn-Raum eG, Bochum, eingebunden.

Der erste Block befasst sich mit den Themen: Warum Genossenschaft?

- Zwischen äußeren Rahmenbedingungen und innerer Dynamik
- Zwischen Professionalisierung und kreativer Erneuerung - Zwischen Solidarprinzip und Einzelinteressen
- Zwischen Wachstum und Überschaubarkeit
- Zwischen Gründergeist und dem Lauf der Zeit.

Der zweite Block befasst sich mit den Themen Nachhaltiges Bauen, Mobilität, Quartiersentwicklung und Umfeld-Engagement, Solidarische Ökonomie, Soziales Lernen und neue Wohnungspolitik.

In einem dritten Block werden die Profile der beitragenden Genossenschaften ausführlich vorgestellt.

Alois Wilhelm

Kathleen Battke, mit Unterstützung der AG Junge Genossenschaften im wohnbund: Wir wohnen anders! – Neue Wohngenossenschaften gestalten Lebensräume und finden dabei Antworten auf gesellschaftliche Zukunftsfragen. Zu beziehen über wohnbund e.V., info@wohnbund.de, 2013, 92 S., 24,50 EUR

## Direkte Aktion und Mikro-Utopia



Ein „Handbuch“ wie Untertitel und Cover suggerieren, ist der Band nicht wirklich. Aber dieser Marketingdreh ist dem Nautilus-Verlag nachzusehen, ist es doch ihm zu verdanken, dass David Graebers 2009 erschienenes Buch „Direct Action. An Ethnography“ zu großen Teilen übersetzt wurde und so einem breiteren Publikum zugänglich wird. Leider fehlen vier Kapitel zur US-amerikanischen Aktionsgeschichte in der deutschen Ausgabe.

Bücher über politischen Aktionsformen bzw. Anleitungen gibt es einige. Dennoch füllt Graebers Buch v.a. zwei Lücken: Er bietet eine theoretische Auseinandersetzung mit anarchistischen Auffassungen Direkter Aktion und beschäftigt sich eingehend mit politischen Foren, in denen diskutiert, Aktionen geplant und reflektiert werden.

Direkte Aktion (DA) bedeutet im Kern „angesichts von ungerechten Autoritätsstrukturen so zu handeln, als sei man bereits frei“ und „als existiere der Staat gar nicht“. Diese Staatsignoranz ist es, die DA vom zivilen Ungehorsam unterscheidet, Überschneidungen beider Formen inbegriffen. Den Einwand des Wissens um konkrete staatliche Repression weist Graeber zurück: Wenn 20 Uniformierte die Blockade eines Gifttransportes aufzulösen suchten, dann sei dies für die Aktivist\_innen „keine Anordnung des Gesetzes“, sondern „eher als moralisches Äquivalent zu der Auf-

forderung irgendeiner Gruppe von Leuten, die gerade auf der Straße zugegen sind“ zu verstehen. Man muss diesen engen, anarchistischen Begriff von „Direkter Aktion“ nicht teilen, politik-theoretisch anregend ist er. Während DA oft schlicht zum Synonym für Militanz geworden ist, macht Graeber sie als letztlich nicht erreichbares „Ideal“ stark: DA ist eine „Aktionsform, bei der Mittel und Zweck im Grunde ununterscheidbar werden; eine Methode, aktiv in die Welt einzugreifen, um Veränderungen herbeizuführen“, wobei die Art der Organisation „selbst modellhaft für die Veränderung steht“, die es zu erreichen gilt. Denn im kollektiven Akt der Direkten Aktion entsteht „eine Art Mikro-Utopia, ein konkretes Modell für das, was sich die Akteure als freie Gesellschaft vorstellen“ und dies macht das eigentlich Direkte aus.

Keine (Direkte) Aktion ohne vorherige Diskussion und Organisation in Bezugsgruppen, auf Plena usw.: „Treffen bieten einen Freiraum gegenseitigen Respekts und der Solidarität“ und sie bedürfen des Vertrauens, gerade im Prozess der Konsensfindung und seiner Basis der „institutionalisierten Großzügigkeit“. Die Grenzen dessen liegen in „internalisierten Formen der Unterdrückung“ wie Rassismus und Sexismus, deren Verknüpfungen und Auswirkungen im konkreten politischen Miteinander.

Graebers ethnografische Beschreibungen und Analysen basieren auf seiner eigenen politischen Erfahrung, unter anderem im New Yorker „Direct Action Network“ (DAN). Er systematisiert einige Formen politischer Aktionen, schreibt auch über aktivistische Kultur, deren soziale Zusammensetzung, über die eingeführten medialen Darstellungen von Protesten, über staatliche Repression und nicht zuletzt über die Kraft der Imagination, um Entfremdung zu überwinden. Konkret zeigt er Konsensstile auf, plaudert vom Umgang mit hierarchisch strukturierten Gruppen in Bündnissen, schildert Moderationstrainings und typischerweise auftretende Probleme – auf diesen Seiten hat der Band tatsächlich politik-praktischen Handbuch-Charakter.

Denjenigen, denen ethnografische Bücher bislang eher nicht geläufig waren, wird sich über die Graebersche montageartige Gemengelage aus Beschreibungen, eingestreuten Reflexionen und Polemiken, analytische Strecken, unterbrochen von mal kurzen, mal detailfreudigen Aktionserläuterungen und Anekdoten von Gruppen-Treffen vielleicht erst mal verwundert die Augen reiben. Diese eigene Form der Strukturierung ist gewöhnungsbedürftig.

Was das, fraglos gut gemachte Cover der deutschsprachigen Ausgabe betrifft, wäre weniger Geschlechterklischee mehr politischer Inhalt gewesen...

Der besondere Reiz von David Graebers Buch liegt in der Kombination kondensierter politischer Erfahrung mit reflektierter Abstraktion und theoretischen Überlegungen zu politischen Praktiken.

Christiane Leidingner

David Graeber: Direkte Aktion. Ein Handbuch, Edition Nautilus, Hamburg 2013. Aus dem Englischen von Sophia Deeg. 352 Seiten, 28 EUR, ISBN 978-3-89401-775-0

## Lesekalender „Neues von der Heimatfront: Krieg beginnt hier - Widerstand auch!“

„Wir könnten Menschen sein. Einst waren wir schon Kinder.“ (Max Frisch)



Dieser Satz steht am Ende eines von Paula Keller und Erasmus Schöfer im Eigenverlag herausgegebenen immerwährenden Kalenders im Buchformat. Die von dem Graphiker Andreas Höhle attraktiv gestaltete Publikation umfasst 200 Seiten. Neben dem praktischen Kalendarium enthält

er Sachtexthe von Paula Keller und Kalendergeschichten des Schriftstellers und 'kölnischen Widerstandsforschers' Erasmus Schöfer, die von beispielgebenden Widerstandshandlungen einzelner Menschen handeln.

Der „Lesekalender“ ist für friedenssüchtige Menschen ein Netzwerk, das in vielen Originalzitaten die militaristischen Pläne unserer Herrschenden bloßstellt. Den oft bestürzenden Dokumenten stehen gegenüber die herztärkenden Berichte von beispielhaften Widerstandstaten von unten.

„Paula Kellers erster Kalendersatz lautet: „Auch wenn ich stillhalte und wegsehe, verändert sich trotzdem alles beständig – nur ohne mich!“ So ist es. Der Kalender ist eine starke Medizin gegen die lähmende Ohne-mich-Krankheit!

Wolfgang Reinicke-Abel

Der im Selbstverlag erscheinende Lesekalender kostet zehn Euro und kann bestellt werden bei: paulilula@gmx.de.

## EMBEDDED SCIENCES

# Unis auf Kriegskurs

Die „embedded journalists“, „eingebettete“ ausgewählte Journalist\*innen, die auf Seiten der kriegführenden Staaten deren Sicht auf den jeweiligen Krieg dem Publikum vermitteln, kennen wir schon. Weniger bekannt sind die „eingebetteten“ Wissenschaftler\*innen, die den Interessen des Militärs zuarbeiten. Nicht nur naturwissenschaftliche Fächer und Ingenieurwissenschaften, auch Soziologie, Geschichte, Psychologie, Ethnologie und Sprachwissenschaften werden für militärische Zwecke eingespannt.

VON ARIANE DETTLOFF, REDAKTION KÖLN ● In der Bundesrepublik Deutschland sind laut IMI (Informationsstelle Militarisierung) in den ersten zehn Jahren des 21. Jahrhunderts Wissenschaftler\_innen an 60 Hochschulen mit „wehr- und sicherheitstechnischen“ oder „wehrmedizinischen“ Fragestellungen befasst gewesen. Seither wurden es eher mehr. Dagegen richten sich die Initiativen für Zivilklauseln.

Warum ist das nötig?

Eine Antwort darauf gibt u. a. die „Naturwissenschaftler\_innen-Initiative“, ein Zusammenschluss antimilitaristischer Wissenschaftler\_innen: „Der Erste Weltkrieg stellte aus (natur-) wissenschaftlicher Betrachtung ein Novum dar. Es war ein Wendepunkt für Wissenschaft und Technik, denn der Glaube, beide trügen zu Frieden und Völkerverständigung bei, wurde widerlegt. Die Wissenschaft ließ sich für den Krieg freiwillig oder unfreiwillig benutzen und einspannen; es fand eine Vervielfachung technologischer Quantensprünge sondergleichen: Chemiewaffen, Kampfflugzeuge, Panzerfahrzeuge. Aber auch Raumplaner und Geographen

wurden aktiv in die Kriegsplanungen einbezogen“, stellte der Beirat der Naturwissenschaftler\_innen-Initiative im Hinblick auf das Gedenkjahr 2014 fest und verlangt, Lehren aus der historischen Kriegskooperation deutscher Akademiker zu ziehen. Katastrophaler noch war die Beteiligung deutscher Wissenschaft an den Nazi-Verbrechen.

Doch eine Lehre scheint kaum jemand daraus zu ziehen. Hieß es in den Vorkriegszeiten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts „Alles ist Front!“ (vgl. Frank Reichherzer in der gleichnamigen Veröffentlichung), sprechen „Verteidigungs“politiker heute von „zivil-militärischen“ Aufgaben und binden immer mehr Bereiche des öffentlichen Lebens darin ein. Dabei geht es auch um die Akzeptanz der Bevölkerung für die neuen Kriege. Denn die neue „Heimatfront“ schwächelt unterschieden.

## „Wehrwissenschaften“ heute

Forschungen und Lehre in Naturwissenschaft und Technik, aber auch in den Geisteswissenschaften werden mittlerweile wieder militärischen Interessen dienstbar gemacht.

So wurde an der Universität Potsdam ein Studiengang für „Military Studies“ eingerichtet, und an der Freien Universität Berlin hat sich der „Sonderforschungsbereich 700“, „Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit: Neue Formen des Regierens?“ etabliert. Im Auftrag des Bundesverteidigungsministeriums erstellte dieser Sonderforschungsbereich eine Afghanistan-Studie. Gerade Afghanistan gilt als »Raum begrenzter Staatlichkeit«, in den imperialistische Mächte glauben eindringen zu dürfen.



AK Zivilklausel Kassel

Nicht nur das Verteidigungsministerium, auch das Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit finanziert „wehrwissenschaftlich“ interessante Forschungen etwa in Ethnologie und Geschichte, um Soldaten landeskundliches Know-How zu vermitteln und Ortskräfte einzubinden. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung stellte 2012 mehrere hundert Millionen Euro unter anderem zur Erforschung unbemannter Fluggeräte, Entwicklung von Geräten zur biometrischen Gesichtskontrolle sowie Sensoren zur Spreng- und Gefahrentoffkontrolle bereit. Bei solch „unverdächtigen“ Geldgebern bemerkt kaum jemand hintergründige neokoloniale militärische Interessen.

Einige weitere Beispiele verdeutlichen die Vielfalt nützlicher Hochschuldienstleistungen für die moderne „Sicherheitspolitik“:

Die EADS-Tochterfirma Eurocopter unterhält an der Technischen Universität München einen eigenen Lehrstuhl für Hubschraubertechnologie. Zwischen der Universität Kassel und den Rüstungsschmieden Krauss-Maffei Wegmann und Rheinmetall Defence bestehen engmaschige Forschungsk Kooperationen. An der Universität Karlsruhe konnte gegen den Vertuschungsversuch der Uni-Leitung unter Mithilfe der Informationsstelle Militarisation (IMI) das Militärforschungsprogramm »Cognitive Radio« aufgedeckt werden. Es handelt sich um ein rechnergestütztes Breitbandkommunikationssystem für multinationale Interventionstruppen.

## Beihilfe zum Neokolonialismus

An der Universität Marburg ließ das Pentagon anhand des Flugverhaltens von Wüstenheuschrecken erforschen, wie sich Drohnen und Munition orientieren und lenken lassen. Marburg ist außerdem Mitglied im „Netzwerk Interventionskultur“, das für „kultursensible“ Besatzungsregime forscht. Auch die Universität des Saarlandes erhielt Gelder vom US-Verteidigungsministerium, unter anderem, um die mathematische Verarbeitung von Sprachstrukturen zu erkunden.

Die Palette zeigt: „Wehrwissenschaften“ werden in den unterschiedlichsten Fakultäten betrieben. Die Mittel dafür fehlen der Forschung zur Lösung von sozialen und ökologischen Problemen.

Mensch merkt: Krieg beginnt hier – doch Widerstand auch. Siehe dazu auch die Rezension des Lese-Kalenders „Neues von der Heimatfront“ in dieser Contraste-Ausgabe, Seite 10.

Die Zivilklausel-Bewegung plant unter anderem am 22. Januar 2014 eine Aktionskonferenz in Stuttgart. ●

## GESPRÄCH MIT VOLKER EICK

# »Eine Unterscheidung zwischen ziviler und militärischer Forschung wird gar nicht gewünscht...«

Die FRAGEN FÜR CONTRASTE STELLTE ARIANE DETTLOFF, REDAKTION KÖLN

**CONTRASTE:** Vielfach ist es nicht unkompliziert, militärische und zivile Forschung zu unterscheiden (dual use). Auf welchen Gebieten ist dies besonders schwierig? Können Sie einige konkrete Beispiele schildern?

**Volker Eick:** Der Begriff Dual-Use bezieht sich ursprünglich nicht auf Forschung, sondern stammt aus der Exportkontrolle und meint Güter und Verfahren, die sowohl zivil als auch militärisch eingesetzt werden können. Dual-Use kann also das Ergebnis von ziviler und militärischer Forschung sein. Ein Beispiel für Ergebnisse aus der Grundlagenforschung, die dann zu ziviler und militärischer – also zu dualer, doppelter – Verwendung geführt hat, ist die Kernforschung, aus der Atomkraftwerk und Atombombe wurden. Beides Anwendungen, die wir heute ablehnen. Für die Forschung an Drohnen, also unbemannten Systemen, gilt das vergleichbar. Sie sind zivil und militärisch einsetzbar – und leicht mit Waffen aufzurüsten. Auch polizeilich übrigens, in den USA wird das bereits vorbereitet. Gegenwärtige Forschung zielt darauf, Drohnen mit Al-

gorithmen, »eigenständig« – auch über Leben und Tod – entscheiden zu lassen. Auch Forschungen an Taser-Waffen, Pfeffersprays, CS-Gasen führen zu Produkten, die dann zivil und militärisch eingesetzt werden. Das deutsche Programm »Zivile Sicherheitsforschung« macht übrigens klar, dass eine Unterscheidung zwischen ziviler und militärischer Forschung gar nicht gewünscht ist. Denn dort heißt es, das »in der militärischen Forschung erworbene technologische Know-how muss auch im Bereich der zivilen Sicherheitsforschung verfügbar sein und umgekehrt. Die Differenzierung erfolgt dort, wo es um Anwendungen geht.«

**Wie ist die Forschungslage zu Kampfdrohnen in der Bundesrepublik?**

**Volker Eick:** Die deutsche Industrie hinkt im Vergleich zu den USA und Israel hinterher, aber die Konzerntochter von EADS, Cassidian, darf wohl als Forschungs- und Marktführer in Deutschland für den militärischen Bereich gelten. Mit Blick auf Hochschul-, Drittmittel- und Kooperationsforschungen von Univer-

sitäten und Unternehmen ist etwa die Uni Freiburg an der Entwicklung des Bundeswehr-Transportflugzeugs Airbus A400M beteiligt, an der Universität Bremen wird an der Datenübertragung von Tornado-Kampfflugzeugen geforscht. Der Bericht »Stand und Perspektiven der militärischen Nutzung unbemannter Systeme« aus dem Jahr 2011 (Bundestagsdrucksache 17/6904) listet weitere Universitäten auf, etwa die in Siegen, Kaiserslautern und Hannover. Interessant ist vielleicht, dass viele mittelständische Unternehmen in der Drohnen-Forschung aktiv sind, darunter eine Firma, die auch am Euro Hawk-Projekt beteiligt ist und bei der der Stellvertretende CDU-Vorsitzende im Bundestag, Andreas Schockenhoff, im Aufsichtsrat sitzt – er ist zugleich für Außen- und Verteidigungspolitik zuständig.

**Was könnte unternommen werden, um die Zivilklausel auch bei »Dual-Use«-Forschungen anwendbar zu machen?**

**Volker Eick:** Universitäten, Fachhochschulen, aber auch unabhängige Institute sollten Forschungsthe-

men ablehnen, die Rüstungszwecken dienen können – das ist Beschlusslage an der Universität Bremen. Auch auf Kooperationen mit Rüstungsunternehmen kann und sollte man grundsätzlich verzichten. Man kann Drittmittel- und öffentliche Geldgeber darauf festlegen, Ergebnisse der von ihnen unterstützten Projekte ausschließlich für zivile Zwecke zu verwenden. Es gibt also zahlreiche Möglichkeiten, auch wenn man zugibt, dass im Einzelfall die Abgrenzung schwierig sein kann. Die NSA beispielsweise hat ihre E-Mail-Überwachung dazu benutzt, Daten für targeted killings zu Verfügung zu stellen (Washington Post, 17.10.2013). Niemand wird deshalb die Weiterentwicklung des Internet verhindern wollen. Notwendig sind auf jeden Fall informierte Transparenz und eine offene gesellschaftliche Debatte über Forschungspläne und -ergebnisse. Die eigentliche Frage ist ja: In was für einer Welt wollen wir leben? ●

Volker Eick ist Politikwissenschaftler an der Goethe-Universität Frankfurt/M. und forscht gegenwärtig zu polizeilicher Kriminalprävention.

## PLÄDOYER EINES PROFESSORS

# Für eine Zivilklausel an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Hintergrund der gegenwärtig vor allem von Studierenden getragenen Zivilklausel-Bewegung ist die Ablehnung von Krieg und Rüstung, aber auch die Kritik an einer zunehmenden Ökonomisierung der Hochschulen.

VON HARTWIG HUMMEL, POLITOLOGE, DÜSSELDORF ● Zivilklauselinitiativen waren lange Zeit lokal begrenzt und wurden hochschulpolitisch kaum beachtet. Der wachsende Gegenwind gegen die Zivilklauselbewegung zeigt aber, dass sie inzwischen ernst genommen wird. Im Frühjahr 2013 sprachen sich die Rektoren der nordrhein-westfälischen Universitäten, die immer mehr auf die Einwerbung von Drittmitteln orientiert sind, gegen die gesetzliche Verankerung einer Zivilklausel aus. Auch auf der Ebene einzelner Universitäten ist die neuere Bilanz gemischt. Im Jahr 2013 führten bislang neu die Universitäten Frankfurt/Main, Göttingen und Kassel eine Zivilklausel ein, während entsprechende Anträge von den Universitätsregimen in Köln und der TU Chemnitz abgelehnt wurden.

An der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf gibt es seit etwa zwei Jahren eine entsprechende Initiative, für die auch ich mich aktiv einsetze. Konkrete Diskussionspunkte in Düsseldorf sind zum Beispiel ein Forschungsprojekt in Kooperation mit dem Bundesministerium der Verteidigung, das in der Medizinischen Fakultät in den Jahren 2001 – 2004 durchgeführt wurde, und die Beteiligung des Düsseldorfer Rüstungskonzerns Rheinmetall an einer Recruitingmesse auf dem Campus der Universität. Die Zivilklauselinitiative führte bislang mehrere Informationsveranstaltungen und eine Ringvorlesung durch. Das Interesse an der Initiative ist unter den Professorinnen und Professoren sowie den Dozierenden bisher enttäuschend gering. Sie wird daher vor allem von aktiven Studierenden getragen. Die Initiative hat eine Unterschriftensammlung gestartet, um durch eine studentische Urabstimmung Druck zur Einführung einer Zivilklausel zu erzeugen. Dabei hätte die Universität allen Grund, sich ausdrücklich zum Frieden zu bekennen. Sie bietet einen weltweit einzigartigen Studiengang an, in dem Studie-

rende aus Israel, Palästina und Jordanien ein Jahr lang gemeinsam studieren und sich mit den Kriegs- und Friedenserfahrungen Europas auseinandersetzen. Und nach ursprünglichen heftigen Kontroversen bekennt sie sich inzwischen stolz zu Heinrich Heine als Namensgeber. Seitdem bleibt kaum eine universitäre Festveranstaltung ohne Heine-Zitat. Daher sollte sich die Universität auch folgende Worte Heines aus dem Jahr 1832 zu Herzen nehmen:

„Wenn wir es dahin bringen, dass die große Menge die Gegenwart versteht, so lassen die Völker sich nicht mehr von den Lohnschreibern der Aristokratie zu Hass und Krieg verhetzen, wir brauchen aus wechselseitigem Misstrauen keine stehenden Heere von vielen hunderttausend Mördern mehr zu füttern, wir benutzen zum Pflug ihre Schwerter und Rosse, und wir erlangen Friede und Wohlstand und Freiheit...“ (in:

Vorrede zu Französische Zustände). ●

Hartwig Hummel ist Professor für Europapolitik und Internationale Beziehungen an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

## ANZEIGEN

Mehr als fair: FAIRBINDUNG®  
Kaffee aus solidarischem Handel

- 100% Arabica-Hochlandkaffee
- aus biologischem Anbau
- Café Crema oder Espresso
- Direkt importiert
- enge Zusammenarbeit mit der Kooperative AMNSI aus Guatemala
- Basisdemokratische Entscheidungsstrukturen
- solidarische Preisbildung

FairBinding e.V. · Altenbraker Straße 26 · 12051 Berlin · Tel. 030/25040184  
www.fair-binding.org · info@fairbinding.org

## IRONIEN DER GESCHICHTE

# Entwicklung der Zivilklausel-Initiativen

Die Zeit, Die Welt, Der Spiegel, Die Süddeutsche Zeitung, NDR, Arte, ZDF ... bundesdeutsche Medien sind aufmerksam geworden auf die Zivilklausel-Bewegung – gerade auch aufgrund der Forschungen für das US-Kriegsministerium an hiesigen Hochschulen. CONTRASTE-Autor Dietrich Schulze hat die Entwicklung der Initiativen von Anfang an begleitet.

VON DIETRICH SCHULZE, KARLSRUHE ● Ausgerechnet im traditionell konservativen Südwesten der Republik nahm 2008 die Forderung nach einer Friedensbindung der öffentlichen Hochschulen einen neuen Aufschwung. Zuvor hatten im Zeitraum 1986 – 1991 ähnliche bundesweite Aktionen gegen die SDI-Forschung („Star Wars“) und anlässlich der nach dem Ende des Ost-West-Konflikts erhofften Friedensdividende stattgefunden. So hatten zum Beispiel 350 bundesdeutsche Wissenschaftler\*innen 1985 in einem Offenen Brief an Kanzler Helmut Kohl ihre Mitarbeit an der „Strategic Defense Initiative“ abgelehnt. Der geplante Raketenabwehrschirm im Weltall hätte eine neue Eskalation des Wettrüstens bedeutet.

Die neue Zivilklausel-Initiative in Karlsruhe fand anlässlich der Fusion von (Kern)Forschungszentrum und Universität Karlsruhe zum „Karlsruher Institut für Technologie“ (KIT) statt – ersteres mit einer Zivilklausel („Die Gesellschaft verfolgt nur friedliche Zwecke.“), das zweite ohne Zivilklausel und seit Mitte der 1960er Jahre an Militärforschung beteiligt.

Die Initiative der Gewerkschaft ver.di, die bewährte Zivilklausel auf die Universität zu übertragen, wurde von der damaligen Landtagsopposition (SPD und GRÜNE) unterstützt und von den Studierenden der Uni in einer erstmaligen Urabstimmung mit einer Zustimmungquote von 63 Prozent untermauert.

Und die Ironie? Die Zivilklausel musste 1956 bei der Gründung der Atomforschungszentren als völkerrechtliche Eintrittskarte akzeptiert werden. Atomminister Strauß hatte die Zentren mit NS-belastetem Führungspersonal ausgestattet (in Karlsruhe Greifeld, Ritter, Schnurr, Brandl) und wollte baldmöglichst an die Bombe. Die Entwicklung nahm jedoch einen anderen Lauf. Die Bombe blieb zwar die Option, aber die Beschränkung auf nichtmilitärische Forschung wurde

zum gelebten und heftig verteidigten Selbstverständnis des Forschungszentrums und nun gar zum geschätzten Export-Artikel.

## Meilensteine

Zwar dauert die Auseinandersetzung um die KIT-Zivilklausel bis heute an. Zu den fünf in den früheren Jahren beschlossenen Zivilklauseln (Uni Bremen 1986, TU Berlin 1991, TU Dortmund 1991, Uni Konstanz 1991, Uni Oldenburg 2007) sind jedoch seither für zehn weitere Hochschulen Zivilklauseln dazu gekommen: Uni Tübingen, Uni Rostock, TU Ilmenau, Hochschulen Bremen und Bremerhaven, TU Darmstadt, Uni Göttingen, Uni Frankfurt/Main, Uni Münster und Uni Kassel. Zu den 15 Zivilklauseln kommen nach Karlsruhe weitere fünf mobilisierende Urabstimmungen der Studierenden: Uni Köln, FU Berlin, Uni Frankfurt/Main, Uni Kassel und Uni Kiel.

Die Forderung nach Verzicht auf militärische Forschung und Lehre ist eng verbunden mit der Forderung nach öffentlicher Vollfinanzierung, um die universitäre Bildung und Forschung von Privat- und Rüstungsinteressen unabhängig zu machen und den Hochschulen die Freiheit zu verschaffen, die sie angeblich durch die Zivilklausel verlieren. Der Verfassungsrechtler Erhard Denninger hatte bereits Anfang 2009 in einem Gutachten für das KIT-Gesetz mit dem einprägsamen Begriff der „Friedensfinalität“ des Grundgesetzes bestätigt, dass die Zivilklausel als Selbstverpflichtung wie als gesetzliche Vorgabe zulässig ist. Unter „Friedensfinalität“ ist die Absicht der Autor\*innen der bundesdeutschen Verfassung zu verstehen, als Lehre aus der kriegerischen deutschen Geschichte dem Streben nach Frieden Vorrang einzuräumen. So ist in Artikel 26 bereits die Vorbereitung eines Angriffskriegs unter Strafe gestellt.

Zwei weitere Meilensteine der Zivilklausel-Bewegung waren der Kongress gegen Rüstungsforschung 2011 an der Uni Braunschweig mit TeilnehmerInnen aus 34 Hochschulen und der Gründung des bundesweiten Bündnisses „Hochschule für den Frieden – Ja zur Zivilklausel“ mit aktiver Beteiligung der Gewerkschaften und der Zivilklausel-Kongress 2012 am KIT Karlsruhe, dokumentiert in der Streitschrift „Jetzt

entrüsten! Hochschulen: Zukunftswerkstätten oder »Kriegsdienst« leister“\*.

Als wichtige Etappe sollte an den Internationalen Appell „Abandonment of Military Research. Support the University of Karlsruhe/Germany to keep their Civil Clause“ des INES International Network of Engineers and Scientists for Global Responsibility von 2009 mit dem Bürgermeister von Hiroshima und Nobelpreisträgern als Erstunterzeichnern und dessen erweiterte Fassung „Commit Universities to Peace“ vom Januar 2001 mit Noam Chomsky (MIT, Massachusetts Institute of Technology) erinnert werden. Ein Highlight war der Auftritt des Friedenswissenschaftlers und Whistleblowers Subrata Ghoshroy aus den USA im Dezember 2009 im voll besetzten Streikhörsaal der Uni Karlsruhe, in der er vor den verheerenden Folgen der Militarisierung am Beispiel des MIT warnte.

An zahlreichen Hochschulen wurden Zivilklausel-Arbeitskreise gebildet, Podiumsdiskussionen veranstaltet und pfiffige Aktionen organisiert. Bundesweite Zivilklausel-Koordinationsstellen und landesweite Vernetzungen wie in Bayern aufgrund des Münchener Kongresses „Widerstand in Bayern bündeln!“ im Juni 2013 tragen zur Verbreiterung bei. Die seit 2012 maßgeblich von der DFG-VK Baden-Württemberg ins Leben gerufene Vernetzung mit der Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“ tut beiden Bewegungen gut, wie in der Tagung „Lernen für den Frieden“ im November 2013 in Karlsruhe sichtbar wurde. Dazu kommen interessante Beispiele von Zivilcourage (Whistleblowing).

## Status und Perspektiven

Politik und Wirtschaft wollen erneut Krieg als selbstverständliches Mittel der Politik durchsetzen, rüsten die Bundeswehr zur Interventionsarmee um, setzen Tausende Krieger fern der Heimat ein, freuen sich über die Bronze-Medaille im weltweiten Rüstungsexport und befeuern den Kampf-Drohnen-Einsatz. Kriegspropaganda und Pazifismus-Verteufelung haben mit einem Strategie-Papier der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ unter dem Titel „Neue Macht. Neue Verantwortung. Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch“ und dem Artikel „Rethinking German Pacifism“ von ZEIT-Redakteur

Bittnner am 4. November in der New York Times eine neue Schwelle überschritten. Auf ein entsprechendes Soldaten-Klagelied hat die GEW-Vorsitzende Marlies Tepe in der ZEIT am 5. Dezember unter dem Titel „Ihr seid nicht die Schule der Nation“ einen ermutigenden Kontrapunkt gesetzt.

Stellvertretend für die schlimme Rolle ehemaliger Oppositionspolitiker seien nur zwei aus Baden-Württemberg genannt, die 2009 eine Zivilklausel für das KIT beantragt hatten. Die GRÜNE Wissenschaftsministerin Bauer sieht ihren damaligen Zivilklausel-Antrag als „Jugendsünde“ an. Der GRÜNE Ministerpräsident Kretschmann spricht in der Grußbotschaft für einen Reservisten-Kongress in der Sprache eines Militaristen von der „gestiegenen militärischen Verantwortung Deutschlands“, „dem gemeinsamen Betrieb von Rüstungsgütern“ und „Kontingenten für internationale Missionen“ als Beitrag für das Zusammenwachsen Europas. Das wird noch getoppt durch die Presseflut aufgrund der Pentagon-Finanzierung von Hochschulen. ZEIT-Herausgeber Josef Joffe scheut in seinem Artikel „Die Labor-Krieger“ nicht davor zurück, Militärforschung im Stil von de Maizière zu propagieren und Noam Chomsky zu diffamieren.

Diese wenigen Fakten zur derzeitigen Lage mögen die enormen Schwierigkeiten verdeutlichen, mit denen die Zivilklauselbewegung konfrontiert ist. Seit einiger Zeit wird das Kontra zur Zivilklausel durch ein Orwell'sches Betrugsmanöver ergänzt, eine „Friedensklausel“, die Kriegsforschung zulässt. Der Senat der Uni Kassel hat eine derartige am 4. Dezember 2013 beschlossen. Der AK Zivilklausel der Uni spricht von einem „Papiertiger“ und überreichte dem Präsidenten als Satire-Preis den „Goldenen Panzer 2013“.

Wir dürfen uns nicht entmutigen lassen. Die deutsche Geschichte mahnt unerbitlich. Es gilt an den Gründungskonsens der Bundesrepublik „Nie wieder!“ anzuknüpfen. In den Worten von Wolfgang Borchert 1947: „Du, Forscher im Laboratorium. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst einen neuen Tod erfinden gegen das alte Leben, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!“ ●

*Dietrich Schulze ist Ingenieur und ehemaliger Betriebsratsvorsitzender am Kernforschungszentrum Karlsruhe.*

## FREIHEIT ZUM KRIEG?

# Die Rechtfertigungen der Zivilklausel-Gegner

Die geistigen Verrenkungen mancher Gegnern des Zivilklausel-Begehrens sind staunenswert – etwa die Aussage des Kieler Politikwissenschaftlers Joachim Krause, Direktor des Instituts für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel: „Diese Art von Kooperations- und Kontaktverboten (mit dem Ziel der gesellschaftlichen Ausgrenzung bestimmter Institutionen und Personen) erinnert fatal an Zeiten, in denen Universitäten in Deutschland nicht mit Menschen oder Institutionen kooperieren durften, weil diese jüdisch waren.“ Auch der AK Zivilklausel Köln erfuhr merkwürdige Begründungen für die Ablehnung seines Antrags.

VON FELIX VON MASSENBACH, ANGELA LUX UND VERA HÜLSCHER, AK ZIVILKLAUSEL KÖLN ● Am 3. Juli 2013 lehnte der Senat der Kölner Universität ab, eine Zivilklausel in die Grundordnung der Universität aufzunehmen. Der Arbeitskreis Zivilklausel hatte den Text ausgearbeitet, ein studentischer Senator brachte ihn als Antrag ein:

„Sie [die Universität] trägt als zivile Einrichtung zu einer friedlichen und zivilen Entwicklung der Gesellschaft bei, zu Völkerverständigung und zur Humanisierung der Lebensverhältnisse weltweit. Die Universität sieht sich der Aufklärung verpflichtet, sie fördert ein gesellschaftlich verantwortliches Handeln ihrer Mitglieder sowie die kritische Reflexion der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen der Zeit.“

Der Justitiar der Universität, Alexander May, der den Antrag rechtlich prüfen sollte, führt in seiner Stellungnahme die von den Gegnern von Zivilklauseln immer wieder gern ins Feld geführte grundgesetzliche Wissenschaftsfreiheit an. Dabei wird das Anliegen der Verfasser des Grundgesetzes, aus der Erfahrung der Indienstnahme der deutschen Universitäten für Kriegspropaganda, Kriegsvorbereitung, Kriegsführung und Massenvernichtung während des Hitlerfaschismus die Wissenschaft von Einflussnahme partikularer Interessen frei zu halten, in ihr Gegenteil verkehrt: zur Freiheit, sich meistbietend zu verkaufen – oder genauer: zur Freiheit der Drittmittelgeber selbst. Frieden und eine zivile Orientierung der Wissenschaft sind dagegen keine Partiku-



▲ Infotisch des AK Zivilklausel Köln in der Einkaufszone

Foto: arbeiterfotografie.com

larinteressen, sondern liegen im Menschheitsinteresse und stellen daher keine Einschränkung dar.

In Bezug auf die Problematik der doppelten Verwendung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse nicht nur zu zivilen, sondern auch zu militärischen Zwecken – dem so genannten „Dual Use“ – erklärte May, es sei „kaum vorstellbar, dass bereits die bloße Möglichkeit der Doppelnutzung eines Forschungsergebnisses oder die Auswahl eines bestimmten Kooperationspartners“ – wie bspw. dem Militär oder Pharmaunternehmen – eine eindeutige Gefährdung verfassungsrechtlich geschützter Bereiche wie Gesundheit, Leben und friedliches Zusammenleben darstelle. Allerdings hat die Vergangen-

heit während des Hitlerfaschismus bereits mehrfach in nicht nur gefährdender, sondern gefährlicher Eindeutigkeit zwei Dinge bewiesen: Dass die Realität selbst das beflügelte Vorstellungsvermögen im Hinblick auf den Umgang mit wissenschaftlichen Erkenntnissen übertrifft. Und dass hierbei allein die „bloße Möglichkeit“ reicht, um Letztere zu einer ernsthaften Bedrohung für Gesundheit, Leben und Frieden in Deutschland und anderswo werden zu lassen.

Hervorstechend war die Eigenleistung dieses Juristen: ein erfundenes Neutralitätsgebot. Auch wenn die Universität eine zivile, „jedenfalls keine militärische Einrichtung“ sei, dürfe sie nicht auf eine zivile Ent-

wicklung der Gesellschaft ausgerichtet werden. Denn das durch die Verfassung geschützte friedliche Zusammenleben sei zwar ein Gemeinschaftswerk, die Verwirklichung geschehe jedoch sowohl durch eine zivile Gesellschaftsordnung als auch durch militärische Verteidigungsfähigkeit. Die Friedlichkeit habe zwei „Säulen zur Grundlage: Zivilgesellschaft und Militär“. Diese Zweisäuligkeit ist historisch und im Zusammenhang des Grundgesetzes falsch. Bis zur Gründung der Bundeswehr kam die Friedlichkeit ohne Soldaten und Waffen aus, und derzeit noch ist nach dem Grundgesetz die Verteidigung ein Mittel der Zivilgesellschaft, das ihr untergeordnet ist, und keine Säule neben ihr.

Die merkwürdigste Blüte war sein Verlangen, die Begriffe „Völkerverständigung“ und „Humanisierung der weltweiten Lebensverhältnisse“ nicht zu gebrauchen. Sie seien „einseitig politisch belegt und jedenfalls nicht politisch neutral“. „Ähnliches“ gelte für ein Bekenntnis zur Aufklärung. In seinem Rechteifer gegen solche angeblich gefährlichen linken Projekte übersah er wohl, dass „Völkerverständigung“ ein Standardbegriff in internationalen Verträgen ist und Vereinigungen, „die sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten“, nach Artikel 9 des Grundgesetzes verboten sind.

Völkerverständigung bedeutet, dass mit zivilen Mitteln international Übereinkünfte erzielt und Streitigkeiten beigelegt werden. Aufklärung ist nötig, damit die Menschen sich aus Verachtung und Unterdrückung herausarbeiten und ihre Würde entfalten können.

Mit der Ablehnung des Zivilklausel-Antrags ist der Anspruch, die Möglichkeit und daher auch die Aufgabe, dass die intellektuelle Arbeit aller auf eine Lösung der gesellschaftlichen Probleme und auf eine friedliche Entwicklung der Welt gerichtet werden kann, nicht zurückgedrängt worden. Auch im Senat hat sich durch die Auseinandersetzung eine neue Dynamik entwickelt: Mehrere Senator\_innen haben für eine Weiterführung der Diskussion gesprochen. Konkret ist bei der anstehenden Erstellung des Leitbildes der Universität die Verankerung einer zivilen Orientierung der Wissenschaft jetzt schon im Gespräch. ●

INTERVIEW MIT THOMAS GRUBER, "FRIEDLICHE UNI AUGSBURG"

66 99

## Kein Rüstungspark neben der Uni

Das Interview mit Thomas Gruber, Student der Mathematik in Augsburg, führte Ariane Dettloff, Contraste-Redaktion Köln.

### Wie kamst du zu deinem Engagement für eine friedliche Uni Augsburg, Tom?

Am Anfang standen grundsätzliche Fragen zu Drittmitteln und Auftragsforschung, insbesondere zur Forschung für Kriege, die der Markterschließung und -sicherung dienen. Durch die Implementierung einer Zivilklausel möchte ich solche Forschung an unserer Uni nach Möglichkeit verhindern.

### Welchen Anlass gab es dazu an deiner Fakultät?

Grundsätzlich werden Drittmittel in der Mathematik sehr viel acquiriert, – aber von Rüstungsforschung erfahren wir, wenn überhaupt, nur kleine Andeutungen. Solche Forschungsvorhaben stehen unter Geheimhaltungsklauseln, ganz wie vom Drittmittelgeber – dem Bundesverteidigungsministerium – gewünscht.

### Wie bist du dazu gekommen, dich mit dieser Thematik zu befassen?

Ich bin gegen Kriege, die der Markterschließung und -sicherung dienen sollen, wie das z. B. vom ehemaligen Verteidigungsminister Guttenberg offen kommuniziert wurde.

Ich finde es unmöglich, unsere ausbeuterische Wirtschaftspolitik militärisch zu stützen und Menschenleben zu riskieren für eine Vormachtstellung Deutschlands.

### Sind nur Studierende im AK?

Nein. Neben festangestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern haben wir auch öfter mal Besuch von Dozierenden. Sie unterstützen uns weniger bei Aktionen als dadurch, uns zu bestärken und das Thema ins Kollegium zu tragen.

### Sind es Lehrkräfte aus dem geisteswissenschaftlichen oder auch aus dem naturwissenschaftlichen Bereich?

Das ist tollerweise sehr gemischt. Wir haben in beiden Fächern vehemente Vertreter einer Zivilklausel – allerdings ist es schwierig für die Dozierenden, richtig Partei zu ergreifen, weil schon von der Unileitung versucht wird, sie zu bremsen oder weil es einen sehr großen Respekt vor der Übermacht der Unileitung gibt.

### Was macht ihr gerade aktuell?

Nachdem wir auf viel Konservatismus bei Gremien und Entscheidungsträgern gestoßen sind, haben wir uns auf

Pressearbeit konzentriert und auf Veranstaltungen in der Stadt, um über UnterstüzerInnen in der Öffentlichkeit Druck auf die Universität machen zu können.

### Und wie sind die Reaktionen?

Das Presseecho ist sehr gut. Wir schreiben zur Zeit auch recht kräftig Pressemitteilungen. Und unsere Veranstaltungen in der Stadt sind sehr gut besucht, mit angelegten Diskussionen. Das macht richtig Mut gegenüber der passiven Einstellung unserer Unileitung und sogar unseres Astars, leider.

### Wie viele Menschen kommen zu euren Veranstaltungen?

Es kommt drauf an, ob Autonomes Zentrum oder Evangelisches Zentrum – zwischen 20 und 60. Das Autonome Zentrum ist halt klein, war aber rappelvoll.

### Welche Veranstaltung plant ihr jetzt gerade?

Zum Thema „Forschen für Krieg oder Frieden – Brauchen Hochschulen eine Zivilklausel?“ wird es einen Vortrag geben, unterbrochen von Texten, Musik und Diskussion. Wir haben in unserer Initiative und im Unterstüzerkreis auch Künstler und Künstlerinnen. Heide, eine Singer-Songwriterin, macht themenbezogene Musik, und Georg rappt – auch themenbezogen. Manchmal wird aus Dürrenmatts Physikern vorgelesen, wo es um das Dilemma des Wissenschaftlers in Bezug auf den wehrrelevanten Teil seiner Forschung geht.

### Ihr habt auch ein Problem mit dem sogenannten Innovationspark, der direkt neben der Uni entstehen soll?

Richtig. Der Innovationspark war der Auslöser unserer Initiativengründung. Dort sollen sich verschiedene Unternehmen ansiedeln, unter ihnen auch namhafte Rüstungsunternehmen wie z.B. Cassidian, Premium Aerotec oder Stiftungen und Institute, die wehrrelevante Forschung betreiben wie das Fraunhofer-Institut oder auch die DLR (Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt). Der „Innovationspark“ soll in Uni-Nähe entstehen, da sich die Unileitung und das Management des Innovationsparks eine engere Zusammenarbeit und eine leichtere Drittmittel-Acquirierung von diesen Unternehmen erhoffen.

### Was hat es auf sich mit der Carbon-Faser-Forschung, die ihr für problematisch haltet?

Im Moment ist es so, dass die Carbonfaser-Technik einen sehr großen Teil des Innovationsparks einnehmen soll. Die Carbon Composites Group, die sich dort an-

siedeln soll, ist verbunden mit Rüstungsunternehmen. Es handelt sich um eine Leichtbautechnologie, die für Flugzeuge und auch Militärflugkörper verwendet wird.

### Welche Rüstungskonzerne werden im „Innovationspark“ noch eine Rolle spielen?

Man weiß immer noch nicht konkret, wer diese Gebäude gekauft hat. Es wird alles unter Verschluss gehalten, und auch mehrfache Anfragen unsererseits und der Grünen oder Linken im Stadtrat ergaben nur abwehrende Reaktionen.

### Ihr habt auch vorgeschlagen, es sollte statt Innovationspark eher „Rüstungspark“ heißen?

Es wär halt leider passender! Die Mittel für friedliche Innovationen zu verwenden, das wäre natürlich sehr schön – man könnte auch einen Innovationspark ohne Konzerne aufbauen und ihn der Uni angliedern. Wir könnten den sicher gut gebrauchen.

### Ihr habt euch auch mit der Geschichte einiger Augsburger Rüstungsfirmen beschäftigt?

Ja, da ist besonders die MAN Maschinenfabrik Augsburg/Nürnberg zu nennen, die damals im Nationalsozialismus U-Boot-Dieselmotoren gebaut hat, die auch heute noch im firmeneigenen Museum stolz präsentiert werden. Dabei wurden damals auch viele Zwangsarbeiter beschäftigt. Die Kritik an der Firmenvergangenheit – vor allem wenn diese Firmen ihre Vergangenheit nicht ausreichend aufarbeiten – ist meiner Meinung nach essentiell.

### Messerschmidt soll sogar ein eigenes Konzentrationslager gehabt haben...

Das wusste ich nicht. Jedenfalls haben die vielen Rüstungsbetriebe hier dann auch nicht unbegründet verheerende Bombardements der Alliierten auf Augsburg gelenkt.

### Was betrachtest du als Erfolge eurer bisherigen Arbeit?

Ich glaube, dass wir unter den Studierenden ein Bewusstsein geschaffen haben für die Rüstungsforschung, die uns jetzt ins Haus steht. Außerdem haben wir auch viel in die anderen bayrischen Universitäten getragen. Wir konzentrieren uns zur Zeit auf bayrische Vernetzung. Einige stehen noch ziemlich am Anfang. Da können wir unser gesammeltes Wissen weitergeben. Die Regensburger Uni ist dabei, Nürnberg-Erlangen, Würzburg – in München fehlt von Uni-Seite leider noch eine Initiative, aber mit ver.di München haben wir einen

### Anti-Kriegs-Rap

Unser lieber Vater Staat und das Militär  
treffen sich zum Lunch, ganz universitär.  
Das ist die Freiheit der Forschung zum Wohle aller.  
Wenn das 'n Witz sein soll – Oberknaller.  
Guck, wie viel Kies hier geht! Arbeitsplätze, Steuergelder.  
Gutes deutsches Kriegsgeschütz dröhnt über deutsche Felder.  
Schuss um Schuss, Aug um Zahn. Nie wieder ein deutsches Opfer.  
Schöne neue Autobahn – danke, liebe Eurocopter.  
Einmal drüber, Leben weg – Carbon-Komposita,  
Messerschmidt-Aerotech – Grüß Gott, der Tod ist da.  
Gott fühlt sich verarscht. Sie hat riesen-krassen Frust.  
Weil hinterher hat vorher wieder niemand was gewusst.

Georg Stasch, Rapper, Friedliche Uni Augsburg

sehr regen Kontakt.

### Wo liegen die hauptsächlichsten Schwierigkeiten für euch?

Wir haben einen leider unpolitischen und nicht politisierenden Asta, was mir in Bayern sonst noch nie in so krasser Form begegnet ist. Er ist sehr unileitungshörig, unser Asta. Und dann eine nicht zum Gespräch bereite Universitätsleitung, die unser Anliegen immer noch als absolut irrelevant kommuniziert – das sind die größten Schwierigkeiten.

### Was bedeutet dir persönlich die Arbeit im AK „Friedliche Uni Augsburg“? Wie hat sie dich beeinflusst?

Die Diskussionen mit verschiedensten Meinungsspektren in unserer Zivilklausel-Initiative hatten auf jeden Fall einen wahnsinnigen Einfluss auf meine politische Meinung und waren eine große Bereicherung. Das hat's für mich persönlich gebracht. Es ist wirklich eine tolle Zusammenarbeit, ein super Zusammenhalt. Ich habe dadurch auch viele solidarische andere Initiativen kennengelernt. Es ist einfach eine tolle Erfahrung, wenn man sich mit einer guten Idee so gut vernetzen kann.

### Wo hast du denn zum Beispiel deine Meinung geändert durch den Einfluss der anderen?

Durch viele pazifistische Mitglieder in unserer Initiative bin ich in meiner Haltung zu kriegerischen Handlungen vorsichtiger geworden. Gewaltanwendung zu rechtfertigen fällt mir um einiges schwerer, und ich bilde mir meine Meinung jetzt bedachter. Ich glaube, wir haben uns da auch gegenseitig beeinflusst. Es kann sehr bereichernd sein, aus unterschiedlichsten Meinungsspektren zusammen zu kommen: Antifa, pazifistische, christliche, autonome Ecke, ein paar noch aus dem Bildungsstreik-Kontext - das ist echt toll! ●

### UNILEAKS

## Kampf um eine Zivilklausel an der Universität Kassel

Generell ist es ein großes Problem der Zivilklausel, dass die Militärforschung an den Universitäten geheim ist. Deswegen haben wir uns in Kassel die Frage gestellt: Wie kommen wir an Informationen?

VON ANDREAS LINEAL, AK ZIVILKLAUSEL KASSEL ● Wir wollen natürlich erfahren, ob und wo hier Militär- und Rüstungsforschung betrieben wird. Aber die Universitäts-

leitung hat immer abgeblockt und behauptet, hier fände derlei nicht statt. Teilweise haben wir aber aus unseren eigenen Fachbereichen gehört, dass dort wohl Militärforschung betrieben wird. Die Materie ist höchst undurchsichtig.

Deshalb haben wir einen Whistleblower-Briefkasten vor den Asta gehängt und dazu aufgerufen, uns anonym Informationen zuzuspielen – angelehnt

an Wikileaks. Wir nennen das „Unileaks“. Zusätzlich zum Briefkasten haben wir tausend Briefe an die wissenschaftlichen Mitarbeiter und Dozenten und Dozentinnen verteilt, in denen sie aufgefordert werden: Wer Informationen hat, stecke sie bitte in den Briefkasten.

Bis heute blieb jedoch der Briefkasten leer. Es kann sein, dass wirklich nichts stattfindet – aber man weiß es eben nicht. Wir hatten gedacht: Wenn an einem Lehrstuhl Militärforschung betrieben wird, mag es da auch kritische Leute geben, die darauf aufmerksam machen möchten. Dazu braucht es allerdings Zivilcourage.

Nach einem Monat hat die Universitätsleitung reagiert – das war quasi das Erste, was uns „geleakt“ wurde. Der Uni-Präsident schrieb höchst persönlich einen Brief an alle Dozent\_innen und Uni-Mitarbeitenden, in dem er auf unseren Briefkasten Bezug nimmt. Darin verlangt er, uns auf keinen Fall Informationen zu geben. Der AK Zivilklausel rufe zum Geheimnisverrat auf! Das sei Denunziation. Wer solches tue, sei ein übler Verräter. Dies zeigt, dass das Präsidium schon Angst, ja geradezu Panik hat. Und das ist natürlich ein Anzeichen dafür, dass sie etwas zu verbergen haben. Transparenz fürchten sie wie der Teufel das Weihwasser.

Natürlich müssten die Menschen, die uns über Forschungen im Dienst des Militärs informieren würden, Vorsicht walten lassen. Aber wir gewährleisten volle Anonymität. Wir wüssten ja selbst nicht, wer etwas geschrieben hätte.

Die Unileitung hat uns vorgeworfen, wir würden so einen Leak sofort veröffentlichen, ohne zu prüfen, ob es der Wahrheit entspricht. Wir würden aber selbstverständlich selbst gründlich nachrecherchieren. Allerdings würden wir keinesfalls der Universitätsleitung zugänglich machen, was wir erhalten haben. Wir würden sie aber auffordern, Stellung zu nehmen und erklären, dass wir damit an die Öffentlichkeit gehen würden, falls ein Vorwurf dieser Art nicht in angemessener Zeit von der Universität entkräftet würde.

Die Briefkasten-Aktion haben wir gestartet, um das Uni-Präsidium aus der Reserve zu locken. Denn zunächst hatte es versucht, das ganze Thema Zivilklausel totzuschweigen. Der Whistleblower-Briefkasten hat diese Strategie durchkreuzt. Er wurde in den Medien breit dargestellt. Das ZDF zum Beispiel hat daraufhin hier gefilmt und über die Zivilklausel-Initiative berichtet.

Die neue Strategie des Universitätspräsidenten Rolf-Dieter Postlep ist es nun zu erklären, eine Zivilklausel halte er für gut – aber nur nichts Bindendes. Das ist der Kurs, den mittlerweile viele Universitäten fahren: Zivilklausel ja, aber bitte ein Papiertiger. Das liest sich dann irgendwie gut. So wurde am 4. Dezember 2013 auch eine Klausel im Kasseler Senat beschlossen. Trotzdem kann immer ohne Weiteres dagegen verstoßen werden. Wir wollen dagegen eine Zivilklausel, die den Namen auch verdient. Die meisten Universitäten haben eine Zivilklausel nicht einmal als Muss-, sondern als Kann- oder Soll-Bestimmung und ohne ein Kontrollgremium oder, wie es der Idealfall wäre, Transparenz für die Öffentlichkeit. Daher halten wir es für elementar wichtig, regelmäßig die Forschungsanträge zu sichten und darauf zu achten, ob zum Beispiel Rüstungsfirmen dabei sind wie Krauss-Maffei Wegmann oder Rheinmetall usw.

Damit es nicht bei Papiertigern bleibt! ●



Foto: AK Zivilklausel Kassel

## HENRY KISSINGER-PROFESSUR IN BONN

## „Geburtstagsgeschenk“ für einen Kriegsverbrecher

Der Asta der Universität Bonn sieht in der „Direktfinanzierung eines Lehrstuhls durch das Verteidigungsministerium ein Novum, welches wir als eine unzulässige Einmischung in die zivile Hochschullandschaft bewerten“.

VON MARKUS GROSS, KÖLN, INITIATIVE „BUNDESWEHR WEGTRETEN“ ● Anlässlich seines 90. Geburtstags im Mai 2013 gab die Friedrich-Wilhelm-Universität Bonn bekannt, dass dort ab 2014 eine sogenannte „Henry-Kissinger-Proessur für internationale Beziehungen und Völkerrechtsordnung unter besonderer Berücksichtigung sicherheitspolitischer Aspekte“ eingerichtet werden soll.

Dieses hätten laut einer Pressemitteilung der Hochschule Verteidigungsminister De Maizière und Außenminister Westerwelle beschlossen. Andere Namensgeber hätten nicht zur Debatte gestanden, so der Direktor des Instituts für Völkerrecht an der Uni Bonn Rudolf Dolzer.

De Maizière erklärte, Kissinger sei „einer der großartigsten Staatsmänner des 20. Jahrhunderts und ein brillianter Wissenschaftler“ und sein 90. Geburtstag sei ein „wunderbarer Anlass, seine Verdienste durch die Einrichtung einer Professur (...) auf ganz besondere Art und Weise zu ehren.“

Die geplante Stiftungsprofessur soll über fünf Jahre lang mit jährlich insgesamt 300 000 Euro finanziert werden, von denen das Verteidigungsministerium 250.000.- trägt, weitere 50.000.- soll das Außenministerium übernehmen. Diese Beträge sollen in den (bislang noch nicht verabschiedeten) Bundeshaushalt 2014 eingestellt werden. Nach fünf Jahren soll die Bonner Universität die Finanzierung übernehmen. Dies ergab eine kleine Anfrage der Grünen an die Bundesregierung am 05.09.13, nachzulesen unter <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/147/1714706.pdf>.

Schnell regte sich an der Uni Bonn Protest. Der

ASTA der Uni, das Student\_innenparlament, die Gewerkschaft Ver.di, Friedensgruppen und auch Wissenschaftler anderer Hochschulen werten die geplante Einrichtung der Stiftungsprofessur und vor allem die Benennung nach Henry Kissinger als Provokation und haben mit ersten Protestaktionen begonnen.

Sie machen den Namensgeber der geplanten Professur verantwortlich für schwerste Menschenrechtsverletzungen während der siebziger Jahre, vor allem während des Vietnam-Krieges, in Südostasien und Südamerika. Henry Kissinger, ehemaliger „Nationaler Sicherheitsberater (1969-1973) und US-Außenminister (1973-1977)“ wird in einer Studie vom 11. September 2011 des „European Center for Constitutional and Human Rights“ über seine Beteiligung an Kriegsverbrechen verantwortlich gemacht unter anderem für die amerikanischen Bombardierungen von Laos und Kambodscha, die Unterstützung rechter Militärs in Chile beim Sturz der gewählten sozialistischen Regierung sowie die Massaker der pakistanischen Streitkräfte im heutigen Bangladesch und der indonesischen Streitkräfte in Osttimor. Bei diesen Ereignissen kamen Tausende Oppositionelle und Zivile\_innen ums Leben, viele Personen verschwanden oder wurden gefoltert.

Schon 1971 erklärte General Telford Taylor, einst US-Chefankläger bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen: „Wenn der Maßstab von Nürnberg auch auf US-amerikanische Staatsmänner angewendet würde, die den Vietnam-Krieg ersonnen haben, dann bestünde die sehr hohe Wahrscheinlichkeit, dass sie das gleiche Ende nehmen würden wie der oberste Militärführer des japanischen Kaisers“ (der mit dem Tod durch den Strang gestraft wurde.)

Gegen Kissinger wurden bereits mehrere Klagen beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag eingereicht, mehrere Richter, die vor allem wegen der Verbre-

chen im Zusammenhang mit dem Putsch in Chile 1973 ermittelten, schickten ihm Vorladungen zu, denen er sich aber jeweils entzog.

Und auch heute noch hat Kissinger seine Finger weiter im blutigen Spiel: Aktuell leitet er die sogenannte Core Group, eine Gruppe „hochrangiger Politiker und Militärs“, die die Sicherheitskonferenz SIKO vorbereitet, die im Februar 2014 in München stattfinden wird.

Im Koalitionsvertrag der neuen schwarz-roten Bundesregierung heißt es: „Der Zugang der Bundeswehr zu Schulen, Hochschulen (...) ist für uns selbstverständlich.“ Und stolz schreiben die „Jugendoffiziere“ der Bundeswehr in ihrem Jahresbericht für 2012: „Erstmals arbeiteten die Jugendoffiziere im vergangenen Jahr mit der Universität Bonn.“

An der Uni Bonn formiert sich Widerstand – aktuell hat der ASTA der Hochschule mit einer Filmreihe begonnen, um die Kommiliton\_innen über die Verbrechen Kissingers aufzuklären. ●

## INFO

## Tipp und Links:

Literaturtipp: Frank Reichherzer: Alles ist Front! Wehrwissenschaften in Deutschland und die Bellifizierung der Gesellschaft vom Ersten Weltkrieg bis in den Kalten Krieg. Ferdinand Schöningh, Paderborn 2012

☞ <http://zivilklauselkassel.blogspot.de/>

☞ [www.lernenfuereinfrieden.de](http://www.lernenfuereinfrieden.de)

☞ [www.zivilklausel.de](http://www.zivilklausel.de)

☞ <http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf>

☞ <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20121230.pdf>

☞ <https://www.hochschulwatch.de/wiki/Hauptseite>

## ZOFF IM DGB-WORKSHOP

## „... waren immer gegen Aufrüstung, Militarismus und Krieg“

Foto: AK Zivilklausel Kassel



Die Zivilklausel-Bewegung wird an vielen Hochschulorten von gewerkschaftlichen Gruppen unterstützt. Der militärnahen DGB-Führung ist das eher unangenehm.

VON CHRISTIAN HARDE, TÜBINGEN ● So, wie es lief, war es offensichtlich nicht geplant. Schon am Eingang der Berliner Kalkscheune standen Holzkreuze mit Stahlhelmen darauf: „In Stalingrad besiegte uns der Winter. Jetzt haben wir den SOMMER“, davor etliche Gewerkschafter\_innen in weißen und gelben T-Shirts – aufgedruckt ein symbolischer Handschlag zwischen DGB und Bundeswehr: „Niemals!“ Denn dem Anschein nach sollte diese Veranstaltung ohne nennenswerte Beteiligung der Gewerkschaftsbasis den Annäherungskurs der DGB-Führung um Michael Sommer an die Bundeswehr absegnen. Das musste man jedenfalls nach dem Treffen von Sommer mit „Verteidigungsminister“ de Maizière im Frühjahr 2013 befürchten, als von Sommer unwidersprochen hingenommen wurde, dass der Minister die zur weltweit einsetzbaren Interventionsarmee umgebaute Truppe als „Teil der Friedensbewegung“ schönzureden suchte.

Der folgende Protest der Basis machte jedoch deutlich,

dass nicht einfach zur Tagesordnung übergegangen werden konnte. Daher wollte die DGB-Führung offenbar mit handverlesenen Funktionären und Betriebsräten diesen sogenannten Workshop am 23. Oktober 2013 in Berlin durchziehen, um Zustimmung zum Schmutz mit der Armee zu inszenieren. Das Programm der Tagesveranstaltung war eng getaktet und sollte ursprünglich keine Vertreter der Friedensbewegung zu Wort kommen lassen. Erst nach vehementem Protest u.a. der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die selbst deutlich Position gegen die Bundeswehr an Schulen und Hochschulen sowie für Zivilklauseln bezogen hat, wurde Reiner Braun, Geschäftsführer der militärkritischen „Vereinigung Deutscher Wissenschaftler“ auf das Podium geladen. Zusammen mit der Mehrzahl der Referent\_innen bildeten aber Anhänger\_innen des Militärinterventionismus im „Workshop“ die Mehrheit. Von Moderator Paul Elmar Jörns (WDR, Preisträger der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Beirat Innere Führung) alarmistisch auf (präventive) Militärinterventionen eingestimmt, hätte die ganztägige, als „Workshop“ deklarierte Top-down-Veranstaltung beginnen sollen. Für Nachfragen und Diskussion waren gerade einmal 45 Minuten vorgesehen.

## „Zielführung“ – wohin?

Es kam anders. Michael Sommer musste mit seiner Einführung warten, bis eine wohlformulierte Protestnote der GEW verlesen war. Bezeichnend war dann für wachsame Zuhörer\_innen der Rede des Vorsitzenden des Gewerkschaftsbunds möglicherweise auch die Vergangenheitsform in seiner Formulierung: „Die Gewerkschaften waren immer gegen Aufrüstung, Militarismus und Krieg.“ Aktivist\_innen der Münchner Frauen-Friedens-Konferenz und der Kampagne „Wir widersprechen“ sorgten dafür, dass Sommer seine Rede unterbrechen musste. Es folgten viele Zwischenrufe, die den ganzen Tag nicht mehr aufhören sollten. Auf die Transparente reagierend, die Aktivist\_innen vor die Leinwände hielten, forderte Sommer eine „sprachliche Abrüstung“ und verwahrte sich gegen den Vorwurf, ein „Kriegstreiber“ zu sein. Das hatte allerdings so auch niemand behauptet. Sommer wünschte sich eine Diskussion, die „zielführend“ verlaufen solle, was das auch immer heißen mochte.

Neben Reiner Braun fielen durch kritische Beiträge besonders zwei Referent\_innen auf: Marlis Tepe (GEW und DGB-Bundesvorstand) sprach sich auf dem Abschlusspodium für die Verabschiedung von Zivilklauseln und dafür aus, alle Kooperationen zwischen Bundeswehr und Schule zu beenden. Wolfgang Uellenberg-van Dawen (ver.di) forderte: „Friedensbewegung an die Macht!“

Der Protest hatte einen ersten Erfolg: Marlis Tepe kündigte an, dass noch vor dem DGB-Bundeskongress im Mai 2014 eine Folgetagung zum Verhältnis DGB-Bundeswehr, allerdings in einem anderen Format, stattfinden solle. Gleichwohl bleiben antimilitaristische Aufklärung und Protest auch in den Gewerkschaften weiterhin notwendig. ●

Christian Harde ist Historiker und Mitglied der Gewerkschaft ver.di, Tübingen.

## WHISTLEBLOWING



## Friedensforschung für den Krieg?

Wenn eine Universität die Zivilklausel unterschreibt, verpflichtet sie sich, nur für zivile Zwecke zu forschen. Eine dieser Unis ist die in Tübingen. Sie führte 2009 eine Zivilklausel ein. Ebenso einen neuen Sonderforschungsbereich mit dem Namen „Bedrohte Ordnungen“. Irma Kreiten arbeitete von 2005 bis 2008 in dem Vorgängerprojekt „Kriegserfahrungen“ als Historikerin und Ethnologin.

Sie forschte über die Tscherkessen, die großräumig aus Russland vertrieben wurden. Dabei stieß sie auf voreingenommene Sichtweisen und personelle wie inhaltliche Verbindungen mit dem „Militärgeschichtlichen Forschungsamt“ der Bundeswehr. Für sie verhält sich die Uni Tübingen deutlich im Widerspruch zur Zivilklausel. Im Interview mit „CONTRASTE“ erklärt sie warum.

DIE FRAGEN FÜR CONTRASTE STELLTE INSA POHLENGA

**Frau Irma Kreiten, Sie arbeiteten ab 2005 im Sonderforschungsbereich „Kriegserfahrungen“ der Uni Tübingen. Mit welcher Intention?**

Ich war im Vorfeld des Irak-Kriegs im Friedensplenum Tübingen aktiv geworden. Das war auch der Grund, warum mich das Forschungsthema „Kriegserfahrungen“ interessiert hat. Ich dachte, dass ich dort auch als Pazifistin kritisch untersuchen kann, wie militärische Gewalt, Radikalisierung und Polarisierung von verschiedenen Bevölkerungsgruppen zustande kommt, wie genozidale Gewalt aufkommt und sich verhindern lässt.

**Welche Erfahrungen haben Sie damit gemacht?**

Mir wurde nahegelegt, nicht von einem Genozid an den Tscherkessen im Kaukasus zu sprechen, sondern von „Umsiedlungen“. Nachdem ich mich argumentativ dagegen gewehrt hatte, wurde meine wissenschaftliche Kompetenz, die zuvor außer Zweifel gestanden hatte, in Frage gestellt. Zudem wurden die Mittel für meine Forschungsreisen gestrichen. Und mir wurde nahegelegt, mich auf Quellenmaterial hauptsächlich aus der Soldatenperspektive zu stützen.

Beim Sonderforschungsbereich „Kriegserfahrungen“ gab es keine offiziellen Kooperationen, aber vielfältige Verbindungen zum „Militärgeschichtlichen Forschungsamt“, personelle wie inhaltliche, die aber nicht offengelegt wurden. Einer der DFG-Gutachter, die darüber entschieden haben, ob der SFB „Kriegserfahrungen“ in eine dritte Phase geht, war beispielsweise Prof. Dr. Holm Sundhausen, der gleichzeitig Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats Einsatzunterstützung des Militärgeschichtlichen Forschungsamts ist. Eine weitere Verbindung gab es über Prof. Dr. Eckart Conze. Er hat in Tübingen promoviert und sich dort habilitiert und war ebenfalls im wissenschaftlichen Beirat des MGFA. Besonders wichtig ist Prof. Dr. Gottfried Korff, der wesentlich an der Gründung des SFB beteiligt war und auch im erweiterten wissenschaftlichen Beirat des MGFA sitzt.

**Was ist denn das Tätigkeitsfeld des „Militärgeschichtlichen Forschungsamts“?**

Das MGFA ist eine Einrichtung der Bundeswehr. Es gibt in ihm beispielsweise einen Bereich „Einsatzunterstützung“, der die sogenannten „Wegweiser zur Geschichte“ herausgibt. Das sind regionale Sammelbände für Soldaten über Landstriche wie den Kaukasus, den Kosovo oder Afghanistan. Damit sollen sie sich im Vorfeld einen landeskundlichen Überblick verschaffen und auf ihren Einsatz vorbereiten.

**Aber seit Dezember 2009 hat die Uni Tübingen eine Zivilklausel. Ist die Forschung seitdem zivil geworden?**

Die militaristischen Tendenzen haben sich ganz im Gegenteil verstärkt. Ich nehme an, das ist u.a. deswegen trotz Zivilklausel möglich, weil militärisch relevante Forschung einfach als neutrale Friedens- und Konfliktforschung ausgegeben wird. Eine der ersten Publikationen des neuen SFB „Bedrohte Ordnungen“ ist eine von Prof. Dr. Andreas Hasenclever erstellte Broschüre des Landes Baden-Württemberg zur Terrorbekämpfung. Hier tritt die militärische Relevanz dann auch offen zu Tage.

In den beiden Tübinger Forschungsbereichen ging es meines Erachtens gezielt darum, das Militärische und das Sprechen über Krieg akzeptabler zu machen, es in die Gesellschaft zu integrieren und einen Brückenschlag zwischen ziviler und militärischer Forschung zu leisten.

**Vielen Dank für das Gespräch.**

Insa Pohlenga ist Wissenschaftsjournalistin und lebt in Köln.

**KLEINANZEIGEN**

**BäckerIn gesucht - Echtes Brot backen**

Brot auf traditionelle Weise backen! Ohne künstliche Zusatzstoffe! Vom Getreide bis zum Backwerk aus einer Hand! Das gibt's bei uns auf dem Lindenhof, einer Bioland-Hofgemeinschaft am Elm (Landwirtschaft und Gemüsebau).

Zur Verstärkung unserer zwei „alten Hasen“ in der Backstube suchen wir eine/n ausgebildete/n Bäcker/in mit Spaß am traditionellen Bäckehandwerk, Talent für Organisation und Vermarktung und Lust darauf, eine etablierte kleine Backstube weiter zu entwickeln.

Uns zeichnet große Kundennähe aus (Direktvermarktung in unserem Hofladen, auf Wochenmärkten und über Naturkostläden der Region). Bei uns findest Du Raum für eigene Ideen und Weiterbildung und ein Leben in Gemeinschaft.

Wir freuen uns auf Deine Bewerbung! Nähere Infos unter:

www.eilum.de

schick für Eltern oder Großeltern, Kinder oder Enkel. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff zeichnet sie auf, Grafikerin Anne Kaute gestaltet und illustriert; für CONTRASTE-LeserInnen gibt es 10% Preisnachlass.

arianedettloff@ina-koeln.org  
(02 21) 31 57 83

www.werkstatt-fuer-memoiren.de

**Möchtet Ihr mehr wissen?**

Vorträge, Workshops und Seminare zu **Themen rund um Solidarische Ökonomien:**

Genossenschaften, Hausprojekte, Rechtsform und Finanzierung, Kultur der Kooperation, Mondragón im spanischen Baskenland, Bedingungsloses Grundeinkommen, Geschichte alternativer Ökonomien, Idee und Praxis Solidarischer Ökonomien.

**Elisabeth Voß:**

post@elisabeth-voss.de  
0049 - (0) 30 - 216 91 05

www.elisabeth-voss.de

**Geschichte(n) bewahren** - ein Generationen verbindendes Projekt Lebenserinnerungen als gebundenes Buch sind ein wunderbares Ge-

**Redaktionsbüro übernimmt Recherchen** Nennt uns Euer Thema oder Interessengebiet! Wir stellen themati-

sche Fernseh- und Radiosendungen für den Folgemonat zusammen. Wir werten Alternativpresse und linke Zeitungen aus. Einzelheiten unter 0551-55121 o. service@rff-online.de

**Paris - jenseits touristischer Klischees erleben.**

Maurice Schuhmann bietet alternative Paris-Touren auf den Spuren von SozialistInnen, AnarchistInnen und PhilosophInnen sowie durch die Viertel der Bohème an. Nähere Informationen auf Anfrage:

maurice.schuhmann@yahoo.fr

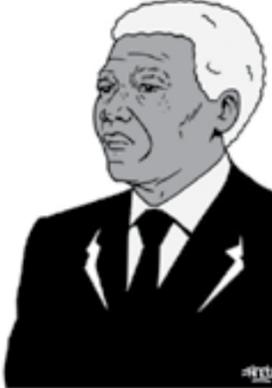
**Der Kaffee für den täglichen Aufstand!**

**Zapatistischer Kaffee & Espresso**  
Café Libertad Kollektiv eG  
Stressemannstr. 368 - 22769 Hamburg  
Telefon: 040-50904895 \* Fax: -93  
www.cafe-libertad.de \* cafe-libertad@gmx.de

**ANZEIGEN**

**graswurzel revolution**

Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft - seit 1972 -



GWR Nr. 385, Januar: Nelson Mandela; 20 Jahre zapatistische Rebellion in Mexiko; Antimilitarismus; S21; Anarchie & Kommuneleben; Überwachung im Kapitalismus; Antifa,...

Probeheft kostenlos.  
Abo: 30 Euro (10 Ausgaben)  
Bestellformular und Infos:  
www.graswurzel.net/service/

**LATEIN AMERIKA**  
NACHRICHTEN

Aktuelle Berichte, Reportagen, Kommentare und Interviews zu Politik, Gesellschaft und Kultur in Lateinamerika

Weitere Infos zur Zeitschrift und ein umfangreiches Archiv unter  
www.lateinamerika-nachrichten.de

Ohne Kontakt zur Außenwelt gibt es keinen Neuanfang nach der Haft. Lesen hilft, sich zu informieren und in der Welt zu orientieren.

Bitte spenden Sie deshalb »Contraste« für Gefangene zum Preis von jährlich 45 € oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an:

Freiabonnements für Gefangene e.V.  
Bank für Sozialwirtschaft  
BLZ 100 205 00, Konto 30 85 400  
Kennwort: »Contraste«

**LESEN HILFT**

www.freiabos.de

**KLEINANZEIGEN**

- Kosten:
- Privat bis zu 5 Zeilen 5 EUR (jede weitere Zeile 1 EUR)
  - Gewerblich bis zu 5 Zeilen 21 EUR (jede weitere Zeile 2,6 EUR)

Wichtig: alle Preise zzgl. 19% MWST.

Private Stellengesuche sind kostenlos!

Chiffregebühren: 5 EUR

Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muss allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag. Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!

Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR.

Da gibt's nämlich 'ne Rechnung.

Termin: jeweils zum 15. des Monats

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)

Einse/nden an:  
CONTRASTE e.V. • Postfach 10 45 20 • D-69035 Heidelberg

**Vereidigung und Ermächtigung für DolmetscherInnen und ÜbersetzerInnen**



Viele, die als Dolmetscherin oder Dolmetscher arbeiten, streben die „allgemeine Vereidigung“ als Gerichtsdolmetscherin an. ÜbersetzerInnen wollen gerne als „ÜrkundenübersetzerIn“ ermächtigt werden. Diese Broschüre gibt eine Übersicht über die Voraussetzungen und Prüfungsverfahren, die in allen Bundesländern unterschiedlich sind. Außerdem werden die Regeln für den Beruf erläutert. Es geht also um das Auftreten vor Gericht, die Regelungen für eine mögliche Befangenheit, das Verhalten bei unklaren Äußerungen. Es geht um Besuchsüberwachung und begleiteten Umgang. ÜrkundenübersetzerInnen erfahren, wie sie mit gefälschten Urkunden oder unseriösen Passagen umgehen müssen.

Reinhard Fohl: **Dolmetschen vor Gericht**  
2012, 48 Seiten, 2 Euro

Online bestellen: www.brd-dritte-welt.de

**IMPRESSUM**

**CONTRASTE**

Monatszeitung für Selbstorganisation erscheint 11mal im Jahr.

ISSN 0178-5737

Herausgeber ist CONTRASTE.

Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.

Postfach 10 45 20

69035 Heidelberg

E-Mail: [contraste@online.de](mailto:contraste@online.de)

Internet: [www.contraste.org](http://www.contraste.org)

Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG, BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 51512405

CONTRASTE wird von ca. 20 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung, Vertriebsvorbereitung und Rechnungstellung erfolgt über das CONTRASTE-Büro in Kassel. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende. Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter:

www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm

Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter:

www.contraste.org/redaktions-selbstverstaendnis.htm

CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. **Redaktionsschluss** ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

**Redaktionen:**

**06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt**, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, (03 46 91) 25 91 93 o. (01 76) 51 45 62 53, E-Mail: [richard@attac.de](mailto:richard@attac.de), [www.attac.de/koennern/villa/](http://www.attac.de/koennern/villa/)

**10961 Berlin, Redaktion Antonia Berlin**, Antonia Schui, E-Mail: [antonia.schui@contraste.org](mailto:antonia.schui@contraste.org), Christoph Chang, E-Mail: [christoph.chang@riseup.net](mailto:christoph.chang@riseup.net), Karl-Heinz Bächstädt, E-Mail: [karl-heinz.baechstaedt@contraste.org](mailto:karl-heinz.baechstaedt@contraste.org), Johannes Dietrich, E-Mail: [johannes.dietrich@contraste.org](mailto:johannes.dietrich@contraste.org)

**22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16, (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: [hilmarkunath@web.de](mailto:hilmarkunath@web.de)

**28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Yorkstr. 37, E-Mail: [bernd.huettner@contraste.org](mailto:bernd.huettner@contraste.org)

**30167 Hannover, Redaktion Hannover**, Ulrike Kumppe, E-Mail: [ulrike.kumppe@contraste.org](mailto:ulrike.kumppe@contraste.org)

**34117 Kassel, Redaktion Kassel**, Sabine Conti, E-Mail: [info@scontiprojektberatung.de](mailto:info@scontiprojektberatung.de)

**37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, E-Mail: [kai.boehne@contraste.org](mailto:kai.boehne@contraste.org)

**39624 Badel, Redaktion Badel**, Steffen und Vadim, E-Mail: [kontakt@netz.coop](mailto:kontakt@netz.coop)

**51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorf Str. 74, (01 70) 59 38 900, E-Mail: [heinz.weinhausen@contraste.org](mailto:heinz.weinhausen@contraste.org)

**50678 Köln, Redaktion Köln**, Ariane Dettloff, E-Mail: [ariane.dettloff@contraste.org](mailto:ariane.dettloff@contraste.org)

**71729 Erdmannhausen, Redaktion Erdmannhausen**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: [peter.streiff@netz-bund.de](mailto:peter.streiff@netz-bund.de)

**Österreich: AT-8010 Graz**, Brigitte Kratzwald, (0043-699) 11 28 65 57, E-Mail: [brigitte.kratzwald@commons.at](mailto:brigitte.kratzwald@commons.at)

**AT-9020 Klagenfurt**, Hans Wieser, Ehrenhausenstr. 4, (0043-46 34

18 590, E-Mail: [hans.wieser@contraste.org](mailto:hans.wieser@contraste.org) / **Frankreich: F-75018 Paris, Redaktion Paris**, Dr. phil. Maurice Schuhmann, 39bis, Rue Championnet, 0033 - 611 46 30 46, E-Mail: [maurice.schuhmann@contraste.org](mailto:maurice.schuhmann@contraste.org)

Nach dem Tod von Dieter Poschen hat CONTRASTE die Arbeiten und Aufgaben, die er übernommen hatte, neu verteilt. Vieles wird von den Redaktionen in Berlin und Kassel übernommen. Wir werden Dieter und alles, was er für CONTRASTE getan hat, nie vergessen. Die Redaktion führt trotz des unersetzlichen Verlustes die Vereins- und Netzwerk-Arbeit fort und bringt CONTRASTE weiterhin als Monatszeitung heraus.

**Fachredaktionen:**

**Genossenschaften:** 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, (07 61) 70 90 23, Fax 70 90 84, E-Mail: [genossenschaften@t-online.de](mailto:genossenschaften@t-online.de) / **Kritik der Geldlogik:** 45549 Sprockhövel, Uli Frank, Wittener Straße 169, E-Mail: [ulifrank@unverdiend.de](mailto:ulifrank@unverdiend.de) / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften:** 13359 Berlin, Th-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: [leh@zorow.de](mailto:leh@zorow.de) und 27321 Thedinghausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: [finkenburg@verden-info.de](mailto:finkenburg@verden-info.de) / **Solidarische Ökonomie:** Elisabeth Voß, Tel. (030) 216 91 05, E-Mail: [elisabeth.voss@contraste.org](mailto:elisabeth.voss@contraste.org), [www.elisabeth-voss.de](http://www.elisabeth-voss.de)

V.I.S.D.P.: Antonia Schui und Ulrike Kumppe über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung. Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei den AutorInnen, Kontakt über CONTRASTE e.V., Heidelberg

**Anzeigenverwaltung:** CONTRASTE e.V., E-Mail: [anzeigen@contraste.org](mailto:anzeigen@contraste.org), Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 8/11

**Herstellung:**

CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg; Bildredaktion: [bildredaktion@contraste.org](mailto:bildredaktion@contraste.org), Giovanni Lo Curto IT-Betreuung: Vadim und Steffen von [netz.coop](http://netz.coop) eG, <http://netz.coop> [webmaster@contraste.org](mailto:webmaster@contraste.org) Layout: [layout@contraste.org](mailto:layout@contraste.org), Adrien (Taz) Druck: Freiburger Druck GmbH & Co. KG

**Kontakt:**

Allgemeine Anfragen: [info@contraste.org](mailto:info@contraste.org) Abonnieren: [abos@contraste.org](mailto:abos@contraste.org) Redaktion: [redaktion@contraste.org](mailto:redaktion@contraste.org) Buchbesprechungen: [rezensionen@contraste.org](mailto:rezensionen@contraste.org) Termine: [termine@contraste.org](mailto:termine@contraste.org) Verein: [vorstand@contraste.org](mailto:vorstand@contraste.org)

**Internet:**

[www.contraste.org](http://www.contraste.org) twitter: [https://twitter.com/contraste\\_org](https://twitter.com/contraste_org)

Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter: <http://lists.contraste.org/cgi-bin/mailman/listinfo/contraste-liste>

**Sie lügen wie gedruckt. Wir drucken, wie sie lügen.**

3 Wochen kostenlos testen

Das junge Welt-Testabo: • ist kostenlos und unverbindlich • verlängert sich nicht automatisch • muß nicht abbestellt werden

Jetzt bestellen unter: [www.jungewelt.de/testabo](http://www.jungewelt.de/testabo)  
Telefonisch unter 0 30/53 63 55 50

**TIERRA y LIBERTAD**  
Nachrichten aus Chiapas, Mexiko und der Welt

20 Jahre Aufstand in Chiapas / Die "Kleine zapatistische Schule" / Stimmen aus Chiapas / Verschwindenlassen in Mexiko / Industrielle Schweinemast in Mexiko und anderswo / TAFTA: Globalisierung 2.0 / Menschenrechtsbeobachtung in Guatemala / Terror in Honduras / "Krise" und Solidarität in Spanien / mehr

Nummer 73 - Winter 2013/14 jetzt erhältlich:  
[tierra-y-libertad.de](http://tierra-y-libertad.de) \* [abolandundfreiheit@riseup.net](mailto:abolandundfreiheit@riseup.net)

## LEBEN

**Filmvorführung und Diskussion: Wenn das Land zur Ware wird**

31.01.2014, 19.00 Uhr, Berlin  
Das Filmprojekt 'Wenn das Land zur Ware wird' behandelt die Bedrohung der indigenen Gemeinden in Südamerika durch Monokulturen, Infrastrukturausbau, Tourismusprojekte und Repression. Die kleinbäuerlichen Dorfgemeinschaften funktionieren bis heute auf der Basis von traditioneller Versammlungskultur, Selbstorganisation, Gemeinschaftsarbeit und Subsistenzwirtschaft zur Grundversorgung mit Nahrungsmitteln. Das Land, das in der Weltsicht der indigenen Bevölkerungsgruppen als 'Mutter Erde' verstanden wird, gerät jedoch zunehmend ins Visier von Politik und Wirtschaft: Die Gemeindeflächen werden zunehmend in eine Ware verwandelt - in aller Regel ohne die betroffenen Menschen zuvor überhaupt zu informieren.

Neben dem friedlichen Widerstand der betroffenen Bevölkerungsgruppen, die für ein selbstbestimmtes Leben kämpfen, thematisiert das Projekt auch die Verbindungslinien zu urbanen Regionen im Norden, denn die Nachfrage nach Palmfett, Biosprit und komfortabel-exotischem Tourismus wächst weiterhin. (Teil 3 der Reihe über den Jahrestag der zapatistische Revolte von 1994)  
Ort: Bibliothek der Freien, Anarchistische Bücherei im Haus der Demokratie Berlin, Greifswalder Str. 4, 2. Hof, Raum 1102, 10405 Berlin  
www.bibliothekderfreien.de/buch-des-jahres.html

**Buchvorstellung mit Diskussion: 'Ich revoltiere, also sind wir - Albert Camus und der Anarchismus'**

28.02.2014, 19.00 Uhr, Berlin  
Häufig wissen nur Insider: Albert Camus (1913-1960) war ein unbeachtlicher libertärer Denker. "Die Macht macht denjenigen verrückt, der sie besitzt", konstatierte der Au-

tor von Klassikern wie 'Der Fremde', 'Die Pest' oder 'Der Mensch in der Revolte'. Gerade in Deutschland werden seine vielfältigen Beziehungen zur anarchistischen und revolutionär-syndikalistischen Bewegung oft unterschlagen. Die Hälfte des Preisgeldes, das er für den Literatur-Nobelpreis 1957 erhielt, spendete er anarchosyndikalistischen Flüchtlingen aus Spanien, die in Frankreich Schutz vor der Franco-Diktatur gesucht hatten. Die Neuerscheinung 'Camus - Libertäre Schriften' dokumentiert seine Kontakte in anarchistischen Milieus und seine Mitarbeit an libertären Zeitschriften. Eintritt frei  
Ort: Bibliothek der Freien, Anarchistische Bücherei im Haus der Demokratie, Greifswalder Str. 4, 2. Hof, Raum 1102, 10405 Berlin - Prenzlauer Berg  
www.BibliothekderFreien.de

## REPRODUKTIONSARBEIT

**Ringvorlesung: Matthias Schreckenbach. Genderdebatten: Mehr Männer für das Studium der Sozialen Arbeit**

30.01.2014, 18.00 Uhr, Potsdam  
Ort: Fachhochschule Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 4, 14467 Potsdam, Raum 4070/71  
www.portal-intersektionalitaet.de

**Aktionskonferenz: Care Revolution. Her mit dem guten Leben - für alle weltweit!**

14.-16.03.2014,  
Beginn: Freitag 14.00 Uhr, Berlin  
Um für uns und andere zu sorgen, brauchen wir Zeit und Ressourcen aller Art. Dies ist grundlegend für die Verwirklichung unserer Bedürfnisse und Interessen - für ein gutes Leben. In einem kapitalistischen System spielen menschliche Bedürfnisse jedoch nur insofern eine Rolle, als sie für die Herstellung einer flexiblen, kompetenten, leistungsstarken, gut einsetzbaren Arbeitskraft von Bedeutung sind. Sorgearbeit wird gering geschätzt und

finanziell kaum unterstützt. Dies gilt insbesondere in der derzeitigen Krise sozialer Reproduktion, die wir als einen zugespitzten Widerspruch zwischen Profitmaximierung und Reproduktion der Arbeitskraft verstehen. Diese soziale Reproduktionskrise hat viele Facetten: Staatliche Dienstleistungen, Löhne von Erzieherinnen, Pflegekräften und anderen sozialen Berufen, Arbeitsverdichtung und Berufsbelastungen, Anforderungen der nicht entlohnten Haus- und Sorgearbeit in Familie, Nachbarschaft und Ehrenamt, Alleinerziehende, Erziehung von Kindern und Pflege von Angehörigen.

Wir laden hiermit vor allem regional und kommunal agierende Gruppen in den Bereichen Bildung, Erziehung, Gesundheit und Pflege, Soziale Arbeit, Ernährung und Wohnraum zu einem Wochenende des Austauschs, der Reflexion und der politischen Aktion ein. Themen der Workshops:

- Kämpfe um Zeit - für das ganze Leben
  - Care-Arbeit in der Krise - Care Revolution als Perspektive
  - Care auf die Straße tragen
  - Ökonomisierung des Sozialen
  - Care-Kämpfe - international
- Veranstalter: AK Reproduktion, Feministisches Institut Hamburg und Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Ort: Aktionskonferenz und Basic-Workshops finden in den Räumen der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin, Franz-Mehring-Platz 1 statt.  
www.care-revolution.site36.net

## NATION

**Diskussionsveranstaltung: Ein falscher Geliebter - Kritik der Vaterlandsliebe**

20.01.2014, 19 Uhr, Berlin  
Während Nationalismus durchaus kritisch gesehen und für „übertrieben“ oder unzeitgemäß gehalten wird, findet fast jeder Patriotismus bis hin zum Stolz auf nationale Errungenschaften völlig normal

und geradezu geboten. Reihenweise Leute fühlen sich einfach als Deutsche, weil sie das ja auch „sind“.

Ausgerechnet die Unterordnung unter staatliches Recht und Gesetz wird also als innere Eigenschaft angesehen. Ausgerechnet die gleiche Verpflichtung auf eine Konkurrenz ums Geldverdienen wird dabei als ein großes „Wir“ betrachtet. Und ausgerechnet die Abhängigkeit von Deutschlands Erfolgen und deutschen Arbeitsplätzen als guter Grund genommen für das eigene Land zu Opfern bereit zu sein.

Während sich einige Linke erst an den ausländerfeindlichen Konsequenzen der „Liebe zum Vaterland“ stören oder das gelegentliche Ausflippen eines ganzen „Volkes“ bei internationalen Balltritte-Veranstaltungen belächeln oder für wahnsinnig erklären, lautet unsere These: Patriotismus ist das prinzipielle „Ja“ zur eigenen Nation. Das ist keine gute Idee. Die Parteilichkeit für die eigene Nation zieht sich für die meisten nämlich nicht aus - was an dem Programm liegen muss, für das sie sich da hergeben.

Dennoch findet Patriotismus weltweit reichlich Anhänger\_innen - wir wollen deshalb vorstellen wie sich eine patriotische Gesinnung eigentlich erklärt und Einwände gegen sie auf der Veranstaltung diskutieren. Dabei soll sich dann auch zeigen, wie Stolz und Tränen, Verantwortung für die „seinen“ und Feindschaft gegen die „anderen“ zustande kommen.

Ort: Tristeza, Pannierstr. 5, 12047 Berlin (barrierefrei).

www.gegen-kapital-und-nation.org

## WIRTSCHAFTEN

**Offene Vorlesungsreihe: Was kostet die Welt? Die Ökonomisierung der Gesellschaft. Die folgenlosen Folgen der Krisen seit 2008**

22.01.2014, 18.00 - 19.30 Uhr, Dresden

Altbekannt und allseits akzeptierte Volksweisheiten wie «Geld regiert die Welt», «Alles ist käuflich» oder «Geld ist Macht» drücken das aus, was schon seit langer Zeit in der Gesellschaft zu beobachten ist: Marktwirtschaftliche Prinzipien und Mechanismen breiten sich immer mehr auf andere Lebensbereiche aus. Im Vordergrund steht ein nicht mehr hinterfragter, rein ökonomisch definierter Nutzen, während grundlegendere Fragen, wie etwa die, wie wir gemeinsam miteinander leben wollen und welchen Wert die Dinge eigentlich haben, die wir produzieren, kaufen und schätzen, kaum noch öffentlich thematisiert werden. Dieses Phänomen trägt den Namen "Ökonomisierung".  
In den einzelnen Veranstaltungen wollen wir erkunden, auf welche Lebensbereiche sich dieses Phäno-

men mittlerweile ausgeweitet hat und ob es Kräfte und Bewegungen gibt, dieser Entwicklung entgegenzuarbeiten. Dabei wollen wir uns gesellschaftlichen Aspekten zuwenden - wie beispielsweise der Ökonomisierung von Bildung, Demokratie und öffentlichen Gütern -, aber auch einen Blick auf die individuelle Sphäre wie etwa die Modellierung des Körpers, dem Selbst als Ich-AG, Sex und Gesundheit werfen.

Die Veranstaltungsreihe findet in Kooperation mit dem Staatsschauspiel Dresden und dem Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte der TU Dresden statt. Die Vorträge können unter www.weiterdenken.de als Podcast mitgehört werden.

Die Teilnahme ist kostenlos.  
Ort: Staatsschauspiel Dresden - Kleines Haus, Glacisstraße 28, 01099 Dresden

www.http://www.weiterdenken.de/

**Tagung: Schon mal abschalten**  
08.03.2014, 11.00 - 18.00 Uhr, Hannover

Für den 8. März laden die Attac-AG "Jenseits des Wachstums", Power Shift und der BUKO-Arbeitsschwerpunkt "Gesellschaftliche Naturverhältnisse" zu der Tagung "Schon mal abschalten" ein.

Im Rahmen der Postwachstumsdiskussion wollen wir die freche Frage stellen: Was können wir schon mal abschalten? Welche schädlichen Industriebereiche sind ohne weiteres verzichtbar, um Energiewende und Klimagerechtigkeit zu schaffen?

Wenn wir gemeinsam den sofortigen Ausstieg aus der Atom- und Kohlekraft fordern, weil das zynische, menschenverachtende Technologien sind - ausbeutend, unbeherrschbar, demokratisch nicht zu kontrollieren, dann müssen jetzt nicht nur Erneuerbare Energien ausgebaut, sondern muss massiv Energie eingespart werden.

Wir erwarten Referent\_innen von Attac, aus dem Klimagerechtigkeits- und Energiekämpfe-Kontext, aus Wissenschaft und Umweltverbänden.

Ort: Kultur- und Kommunikationszentrum "Pavillon", Lister Meile 4, Hannover  
www.http://www.attac.de/

**Vortrag und Diskussion: In Freiheit tätig sein mit einem Bedingungslosen Grundeinkommen**  
12.03.2014, 19.00 Uhr

Input und Diskussion mit Markus Blümel. Veranstalter: Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt - B.I.E.N. Austria.

Ort: Pfarre Aspern, Asperner Heldenplatz 9, 1220 Wien  
www.http://pfarre.aspern.at/

## LERNEN

**Vernetzungstreffen für nachhaltigere Hochschulen in Berlin und Brandenburg**

19.1.2014, ab 10 Uhr, Berlin  
Der AstA der HTW Berlin und das Netzwerk n e.V. laden zu einem Vernetzungstreffen von studentischen Projektinitiativen im Raum Berlin-Brandenburg ein. Angesprochen sind Projekte für ein alternatives Lehrangebot zur Verankerung von Nachhaltigkeit, Umsonstläden, Gartenprojekte, Projekte zu Energiemanagement bzw. Ausbau erneuerbarer Energien, zur Verringerung des Papierverbrauchs bzw. ausschließlichen Recyclingpapiernutzung und viele mehr.  
Das Treffen dient dem Erfahrungsaustausch, der jeder beteiligten Gruppe Zugriff auf das kollektive Wissen ermöglicht. Außerdem

wollen wir über eine Interessenvertretung der Einzelprojekte nachdenken, da man u. U. mit einer Stimme sprechen kann und mit dem Gewicht einer Vielzahl an studentischen Projekten, Gruppen oder Initiativen unterstützen kann.

Ort: "Alte Cafeteria" in der HTW Berlin, Wilhelminenhofstraße 75A, 12459 Berlin

www.students-htw.de

## DEMOKRATIE

**Webinar: Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa: Was dagegen tun?**

24.01.2014, 14-15 Uhr, Internet  
Was ist eigentlich Rechtspopulismus und was unterscheidet diesen vom Rechtsextremismus? In welchen Mitgliedstaaten kommen rechtspopulistische Parteien vor und welchen Einfluss haben sie? Welche Thematik machen sich rechtspopulistische Parteien zu Eigen und welchen Einfluss hat die aktuelle Krise in Europa auf den Wahlerfolg? Wie haben sich antisemitische und islamfeindliche Tendenzen in den Gesellschaften Europas in den letzten Jahren entwickelt? Was sagt die Situation der europäischen Asylpolitik aus?

Sie können an jedem Webinar/ Online-Seminar kostenlos und von jedem Ort der Welt aus teilnehmen. Eine vorherige Anmeldung ist nicht notwendig. Sie benötigen lediglich einen internetfähigen Computer sowie die Möglichkeit Ton abzuspielen, um dem Verlauf des Online-Seminars folgen zu können. Zuvor müssen Sie sich beim Almuniportal für die Gruppe anmelden.

Die Katastrophe vor Lampedusa hat die Diskussion um die EU-Asylpolitik neu entfacht. Die umstrittene Praxis, Asylanträge nur in dem Land zu bearbeiten, in welches der Suchende erstmals in die EU eingereist ist, wurde weiterhin nicht angetastet. Die inner-europäische Asylabschiebung wird sich demnach fortsetzen. Gibt es einen gemeinsamen europäischen Schutzraum für Asylsuchende in der EU? Wie geht die EU mit Flüchtlingen aus den umliegenden Krisengebieten um? Welche Position vertritt Deutschland in der europäischen Asylpolitik? Diese und weitere Fragen möchten wir mit diesem Webinar zu Thema machen. Die Teilnahme ist kostenlos.

www.http://alumniportal-deutschland.de/gruppe-rechtsextremismus

## FRIEDEN

**Seminar: 'Learning from French-German history - Peace is the categorical imperative'**

25.-26.01.2014, Verdun  
Aus Anlass der 100-jährigen Geschichte des Ausbruchs des 1. Weltkriegs lädt der IALANA e.V. zu einem "International Peace Seminar" in Verdun ein. Themen sind u.a. die Militarisierungstendenzen in der EU und die Friedensarbeit des IALANA e.V..

Ort: Hotel Le Privilège, Carrefour de l'Europe, Haudainville 55100 Verdun.

www.http://www.1914-2014.eu/

**Film und Diskussion: Jakob der Lügner**

26.01.2014, 18 Uhr, Berlin  
Anlässlich der Befreiung von Auschwitz-Birkenau zeigen wir den Film "Jakob der Lügner". Im Anschluss daran besteht die Möglichkeit mit Vertreter\_innen der VVN-BdA in eine Diskussion überzugehen.

Ort: WB13, Am Berl 13, 13051 Berlin  
www.wb13.org

## CONTRASTE

## JETZT ABONNIEREN

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 EUR/europ. Ausl. 51 EUR (incl. Versand).

Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens 3 Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.

Name: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort, Straße: \_\_\_\_\_

Gruppe/Betrieb/Beruf: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

Einzugsermächtigung: Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber: \_\_\_\_\_

Geldinstitut: \_\_\_\_\_

Konto-Nr.: \_\_\_\_\_ BLZ: \_\_\_\_\_

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Gegen Rechnung. Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto!

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.  
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

## Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn

Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45/51 Euro abonniert. Ich weiß, dass ich das Abonnement innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Dazu genügt eine Postkarte an:  
CONTRASTE-Vertrieb,  
Postfach 10 45 20,  
69035 Heidelberg